

Sprache und Wissenschaft:

Ausweitung der Lernzone

Seite 4 <

Interview:

Margret Wintermantel,
Präsidentin der
Hochschulrektoren-
konferenz

Seite 6 <

**Image-Kampagne
öffentlicher Dienst:**
„Genug gespart!“





Die Erdgasbranche schafft Arbeitsplätze – in allen Regionen.

Die deutsche Erdgaswirtschaft gibt in Deutschland fast 140.000 Menschen Arbeit.

Etwa 35.000 Menschen arbeiten direkt bei lokalen Erdgasunternehmen und Stadtwerken. Über 100.000 weitere Arbeitnehmer sind bei Firmen beschäftigt, die Erdgas nutzbar machen. Auch junge Menschen haben eine Chance, denn wir bilden jährlich Tausende Azubis aus. Sie alle sichern die Versorgung mit Erdgas rund um die Uhr – 365 Tage im Jahr.

Die Studie ‚Wirtschaftsfaktor Erdgasbranche‘ des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) liefert die Fakten. Die Studie und weitere Informationen über die Leistungen der deutschen Erdgaswirtschaft finden Sie unter: www.erdgasfakten.de

Sebastian Aengeneyndt, Auszubildender Stadtwerke Bonn



Ihre Erdgasversorger

Neue Strategie

Für die Einkommensrunde 2008 hat sich der dbb entschlossen, die gewerkschaftliche Rivalität gegenüber ver.di hintanzustellen und zu kooperieren statt zu rivalisieren. Im Mittelpunkt aller Bemühungen steht nicht der Streit mit einem Konkurrenten, sondern das Wohl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Menschen. Über diese neue Strategie hat das dbb magazin in der Juli/August-Ausgabe ausführlich berichtet, und in einem beige-fügten offenen Brief an die Kolleginnen und Kollegen in den Fachgewerkschaften hat dbb Chef Peter Heesen die Beweggründe nochmals zusammengefasst, warum eine deutliche Einkommenssteigerung sowie strukturelle Verbesserungen im Gesamtvolumen von mindestens fünf Prozent erforderlich sind.

Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder hat zustimmend reagiert und die dbb Bundesleitung bestärkt, den eingeschlagenen



Weg fortzusetzen. „Ich begrüße und unterstütze voll Ihre Zusammenarbeit mit ver.di“ heißt es, oder: „den gemeinsamen Kampf um eine Einkommenserhöhung halte ich für ein lobenswertes Verhalten“, um stellvertretend nur zwei Zuschriften zu zitieren. Sparmaßnahmen, betonte dbb Chef Peter Heesen gegenüber der Presse, können nicht länger hingenommen werden. Es versteht sich von selbst, dass dies nicht nur für die Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen und für die aktiven Beamten gilt, sondern auch für die Versorgungsempfänger.

Weitere Informationen, insbesondere über die von dbb und ver.di gemeinsam durchgeführte Kampagne „Genug gesparrt!“, finden Sie in dieser Ausgabe. Sie sind herzlich eingeladen, an dem gemeinsamen Projekt mitzuarbeiten

Impressum: Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, ☎ (0 30) 40 81-40, Fax (0 30) 40 81-55 98.

Internet: www.dbb.de, E-Mail: magazin@dbb.de

Chefredakteur: Dr. Walter Schmitz (sm); Redaktion: Christine Bonath (cri), Jan Brenner (br), Mitarbeiter dieser Ausgabe: Cornelia Krüger (cok), Christian Moos (cm), Alexander Schrader (as), Dagmar Schüler (ds). **Redaktionsschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar.

Gestaltung: Marian-Andreas Neugebauer. **Fotos:** dbb, MEV, Project Photos, www.fotolia.de: Artur Divin, Stephanie Bantmann. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift für Beamte, Angestellte und Arbeiter erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementpreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 29,90 Euro inkl. Porto und Umsatzsteuer. Der Bezugspreis für das Einzelheft 3,50 Euro inkl. Porto und Umsatzsteuer. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: dbb verlag GmbH, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de.

Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, ☎ (0 30) 7 26 19 17-0, Telefax (0 30) 7 26 19 17 40, Commerzbank Berlin: Konto 0733 998, Sparkasse Bonn: Konto 21 006 903.

Versandort: Düsseldorf.

Herstellung und Anzeigen: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de.

Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrisovergis, ☎ (02 11) 73 57-8 41, **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, ☎ (02 11) 73 57-5 63, Fax (02 11) 73 57-5 07, Anzeigentarif Nr. 48 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2006. Druckauflage: 766 050 Exemplare (IVW 2/2006). **Vertrieb:** Heike Lohse, ☎ (02 11) 73 57-8 54, Fax (02 11) 73 57-8 91. **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 0941-8156

> Schwerpunkt in dieser Ausgabe: Sprache und Wissenschaft

> aktuell

- > Interview mit Margret Wintermantel, Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz 4
- > dbb und ver.di: „GENUG GESPART!“ – Gemeinsam in die Tarifrunde 2008 6
- > Beamtenpensionen 8
- > Neues Besoldungsrecht 10
- > Gerichtsvollzieher: Neue Grundlagen schaffen 10
- > Den öffentlichen Dienst konkurrenzfähig machen 11
- > Teilzeitbeschäftigte: Anspruch auf Schichtzulage? 12
- > Hochschulen im Wettbewerb 13

> fokus

- > Report: Arabisch, Ivrut und Paschtu – das Bundessprachenamt: Brücken zu anderen Menschen und Kulturen 14
- > Hochschulforschung: Luther unter der Lupe 20
- > dbb akademie: ALUMNI-Jahrestagung 22
- > Neue Kampagne der Bundesregierung für Auszubildende 24
- > Mittagsgespräch: Gesine Schwan: „Menschen sind mein Hobby“ 26

> spezial

- > Jugend: dbb jugend mit neuer Spitze 28
- > t@cker 28
- > Mitgliederservice 30
- > Senioren: Studienangebote für das dritte Lebensalter Akademisches von Aachen bis Wuppertal 32
- > Auf den Punkt gebracht: Gender Mainstreaming – was ist das eigentlich? 38
- > dbb Mitgliederwerbeaktion 38

> finale

- > Glosse 39
- > Mrozek's Liste 40
- > Mitgliedsgewerkschaften 42
- > Kulis: Hobbygärtner 47

> dbb magazin

Am 14. Juni dieses Jahres haben sich Bund und Länder im Rahmen des Hochschulpaktes über die finanziellen Bedingungen geeinigt, unter denen der erwartete Zuwachs von Studienanfängern bis zum Jahr 2020 von den Hochschulen bewältigt werden kann. Für Bundesbildungsministerin Schavan ist diese Vereinbarung, die sich kritisch besehen auch unter die Kurzformel – der für Bildungsfragen nicht länger zuständige Bund zahlt, die Länder kassieren – bringen lässt, mit der Bemerkung gelobt, die Föderalismusreform habe hier ihre erste Probe bestanden. Lassen sich die Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Hochschulen wirklich so leicht wegfinanzieren?

Fotos: Eduard N. Fiegel



Prof. Dr. Margret Wintermantel,
Präsidentin der
Hochschulrektorenkonferenz
(HRK)

Unzufrieden mit der Föderalismusreform

> Wintermantel

Sie wissen, dass die HRK mit der Föderalismusreform unzufrieden ist. Die deutschen Hochschulen sind mit allen Kräften dabei, durch tief greifende innere Reformen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, und zwar in der Lehre und in der Forschung. Dazu brauchen sie alle Unterstützung sowohl durch die Länder als auch durch den Bund. Man sollte daher das Engagement des Bundes im Rahmen des Hochschulpakts würdigen und auch die Tatsache, dass die Länder sich überhaupt einigen konnten. Damit nun die gesteckten Ziele erreicht werden, müssen die Länder mehr investieren als nur das Bundesgeld gegenzufinanzieren. Der zugrunde gelegte Ansatz von 5 500 Euro pro Studierendem und Jahr ist zu gering (nachdem von dem Geld des Bundes einiges vorab in die Stadtstaaten und die neuen Länder fließt, sind

es de facto nur 4 260 Euro), vor allem für die so notwendigen Studienplätze in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Es sind die Länder, die damit in den Wettbewerb treten: Wer erkennt die Bedeutung der Investitionen in Bildung, wer nutzt die Chancen der starken Studiennachfrage am besten? Die Folge ist klar: Hochschulen in Ländern, die beschließen, bei möglichst geringem eigenen Engagement nur das Bundesgeld abzurufen, werden zu Billigstudienangeboten genötigt und dadurch in ihrer Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit behindert. Das ist nicht der Wettbewerb der Hochschulen, der uns voranbringt. Wir brauchen einigermaßen vergleichbare Ausgangsbedingungen, damit der Wettbewerb seine positiven Wirkungen auf das Hochschulsystem insgesamt entfalten kann.

> dbb magazin

Wegen angeblich akuter Finanznöte in ihren Haushalten und mit dem Hinweis auf eine notwendige qualitative Verbesserung der Universitätsausbildung entschließen sich immer mehr – auch offensichtlich wohlhabende – Länder, ihre Studenten zur Kasse zu bitten. Gibt es denn keine Alternativen zur Zukunftshypothek Studiengebühren?

> Wintermantel

Ich kann mit dem Begriff „Zukunftshypothek“ nicht viel anfangen. Natürlich würde ich mir wünschen, dass die Länder den Fachhochschulen und Universitäten so viel Mittel zur Verfügung stellten, dass wir über Studienbeiträge überhaupt nicht reden müssten. Aber erstens muss man irgendwann die Konsequenz aus der Tatsache ziehen, dass mit einer solchen

wirklich befriedigenden Finanzierung absehbar nicht zu rechnen ist. Zweitens bin ich überzeugt, dass die Beiträge dann bei den Studierenden Akzeptanz finden, wenn sie echte Verbesserungen in ihren Studienbedingungen feststellen. Und das zeichnet sich schon jetzt ab: Es gibt mehr Tutorien, mehr Lehrbücher und so weiter. Wichtig ist, dass das Geld wirklich in Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre fließt und dass die Studierenden auch in die Entscheidungen darüber eingebunden werden. Wenn das außerdem dazu führt, dass die Studierenden bessere Chancen auf ein zügiges Studieren haben, sich besser betreut und aktiv in den Entwicklungsprozess ihrer Hochschule eingebunden fühlen, sind das sehr positive Effekte. Wichtig ist, dass die Beiträge nicht dazu führen, dass fähige junge Leute vom Studium abgehalten werden. Mit vernünftigen Krediten

und Rückzahlungsmodalitäten und einem guten Stipendien-system lässt sich das aber verhindern, das wissen wir auch aus Erfahrungen im Ausland. Studienbeiträge sind unter diesen Voraussetzungen keine Hypothek, sondern eine Investition in die persönliche Zukunft, denn das Studium eröffnet ja erhebliche Karrierechancen.

> dbb magazin

In der Diskussion um den Standort Deutschland hat auch die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft erheblich an Gewicht gewonnen. Befürworter sehen hier große Synergie-Potenziale, Gegner fürchten um die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre. Wo sehen Sie die Chancen, wo die Risiken?

> Wintermantel

Für mich steht ganz außer Frage, dass die bessere Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen ganz unverzichtbar für die Entwicklung beider Partner und damit für die ganze Gesellschaft ist. Wir müssen in dieser Hinsicht noch viel besser und aktiver werden. Das gilt für mehrere Felder. Bei der Entwicklung neuer Studiengänge ist es unerlässlich, die Erfahrungen und Anforderungen der Unternehmen einzubeziehen. Das heißt jedoch nicht ein-

seitige Orientierung an engen Qualifikationsprofilen, aber die Berücksichtigung von Arbeitsmarktchancen der Absolventen von Anfang an. In vielen Forschungsfeldern ist es nicht nur sinnvoll, sondern oft auch notwendig, systematisch Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu nutzen. Dazu gehört die kontinuierliche und vertrauensvolle Kommunikation, die zwischen so unterschiedlichen Arbeitswelten nicht immer einfach ist. Die Gefahr von einseitigen Abhängigkeiten wird dabei in der Öffentlichkeit eher überschätzt. Es gibt inzwischen viele positive Beispiele von strategischen Allianzen zwischen Hochschulen und Unternehmen, deren Grundlage nicht zuletzt auch klare vertragliche Regeln sind. Wichtig ist, dass die Hochschulen unabhängige und starke Kooperationspartner bleiben. Was das Engagement für die Studierenden als zukünftige Mitarbeiter betrifft, so wäre mein Wunsch, dass die Unternehmen bei den angesprochenen notwendigen Stipendien noch mehr Engagement entwickeln würden.

> dbb magazin

Frauen sind als Lehrende an den Hochschulen – trotz erfreulich gestiegener Zahlen – noch immer unterrepräsentiert. Sie sind Professorin für Sozialpsychologie, waren von 2000 bis 2006 Präsidentin der Universität des Saarlandes und sind

seit März 2006 Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz: Braucht die Hochschule aus Ihrer Sicht spezielle Frauenförderpläne?

> Wintermantel

Die Hochschulen haben auf diesem Feld noch großen Nachholbedarf. Ich sehe zwei große Bereiche, in denen wir besser werden müssen: bei der wissenschaftlichen Karriere und bei der Repräsentanz von Frauen in den technik- und naturwissenschaftlichen Fächern. Es zeigt sich sehr deutlich, dass Frauen genau dann in ihrer akademischen Karriere gegenüber den Männern verlieren, wenn es in die Phase der Familiengründung geht. Sie sehen sich noch immer häufig vor die Alternative „Kind oder Karriere“ gestellt. Wir müssen also in erster Linie viel mehr für eine flexible Kinderbetreuung tun, und wir müssen auch stärker die Förderung von beiden Partnern im Auge haben. Bei der Problematik in den Technik- und Naturwissenschaften ist die Sache noch wesentlich komplexer, weil eine frühe Förderung entsprechender Interessen schon in Kindergarten und Schule beginnen muss. Wir brauchen da einen langen Atem. Der große Bedarf an Nachwuchskräften zeigt, dass es auch volkswirtschaftlich nicht hinnehmbar ist, das Begabungspotenzial der Mädchen und Frauen nicht zu entwickeln.

> dbb magazin

Bis zum Jahr 2010 – also in knapp drei Jahren – soll ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum geschaffen sein. So zumindest ist es im 1999 eingeleiteten Bologna-Prozess vorgesehen. In der Realität herrscht aber unter den Universitäten Europas noch immer zu wenig Kompatibilität, gerade auch bei der gegenseitigen Anerken-

nung von Studienleistungen. Was muss – insbesondere bei den deutschen Hochschulen – passieren, um die gewünschte Vereinheitlichung voranzubringen?

> Wintermantel

Unser Ziel muss es sein, dass deutsche Studierende ganz selbstverständlich an ausländische Hochschulen und erst recht innerhalb Deutschlands wechseln können. Für viele Studierende ist ein Semester im Ausland schon heute Realität, aber diese Internationalität muss noch weiter ausgebaut werden. Dabei ist die nun erfolgte deutsche Unterzeichnung der Lissabon-Konvention zu begrüßen, die eine hervorragende rechtliche Grundlage für die Anerkennungsverfahren für Abschlüsse und Studienleistungen in Europa bietet. Die deutschen Hochschulen haben erkannt, dass diese Anerkennung noch flexibler als bisher gehandhabt werden muss. Entscheidend ist, welche Kompetenzen jemand erworben, und nicht, ob die inhaltlichen Schwerpunkte oder die Prüfungen gleich waren. Auch das ECTS, das europäische Kreditpunktesystem, oder das Diploma Supplement, eine meist englischsprachige Erläuterung zum Zeugnis, werden wir noch konsequenter nutzen müssen. Um schon im Bachelorstudium die Mobilität zu fördern, bieten sich in den Studienplan integrierte Auslandsphasen an, sowie Studienprogramme, die gemeinsam mit ausländischen Hochschulen entwickelt werden. Daneben muss die finanzielle Seite „mobilitätsfreundlich“ gestaltet sein, deshalb sollten BAföG, Studienkredite etc. noch besser als bisher ins Ausland „mitgenommen“ werden können. Förderprogramme wie das erfolgreiche Erasmus-programm sollten noch weiter ausgebaut werden. ■

> Info



Margret Wintermantel, Jahrgang 1947, wurde im März 2006 Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die sich als Stimme der Hochschulen gegenüber Politik und Öffentlichkeit versteht und ein Forum für den gemeinsamen Meinungsbildungsprozess der Hochschulen bildet. Mit der Wahl der Psychologieprofessorin, deren Forschungsschwerpunkte in den Bereichen

Sprache, soziale Kognition, Personengedächtnis und soziale Urteilsbildung liegen, hat die aus 257 Mitgliedshochschulen bestehende HRK, in denen rund 98 Prozent aller Studierenden in Deutschland immatrikuliert sind, erstmals in ihrer Geschichte eine Präsidentin. Von November 2000 bis Frühjahr 2006 war die Sozialpsychologin erste Präsidentin der Universität des Saarlandes.

dbb und ver.di:

„GENUG GESPART!“ – Gemeinsam in d

dbb beamtenbund und tarifunion und ver.di werden in der kommenden Tarifrunde für die Beschäftigten in Bund und Kommunen ihre Forderungen abstimmen und eng zusammenarbeiten. Das kündigten die Chefs beider Gewerkschaftsorganisationen, Peter Heesen und Frank Bsirske, am 9. August 2007 vor der Bundespressekonferenz in Berlin an. Zugleich informierten sie über eine gemeinsame große Image-Kampagne, die die Leistungen des öffentlichen Dienstes stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken soll.



Fotos: Marco Urban

> Zusammenarbeit zum Nutzen beider Seiten verkündet: Die Vorsitzenden von dbb und ver.di, Peter Heesen und Frank Bsirske, standen Rede und Antwort vor den Journalisten der Bundespressekonferenz.

Das Medieninteresse war groß, als Peter Heesen und Frank Bsirske die „Initiative Öffentliche Dienste“ vorstellten, die der dbb gemeinsam mit ver.di ins Leben gerufen hat. „Damit wollen wir die Leistungen der Beschäftigten stärker bewusst- und zugleich klarmachen, dass weitere Sparmaßnahmen in den öffentlichen Diensten nicht mehr hingenommen werden“, sagte der dbb Chef. Heesen und

Bsirske warben um breite Unterstützung von Organisationen und Einzelpersonen:

„Die Initiative ist offen für alle, die für eine Stärkung der öffentlichen Dienste in Deutschland eintreten.“ (Siehe Kasten)

> Öffentliche Dienste sind Mehrwert

Die Image-Kampagne unter dem Motto „Genug Gespart!“

Öffentliche Dienste sind Mehrwert“ wird am 31. August 2007 gestartet. Dann werden bundesweit auf großflächigen Plakaten – geplant sind zehn bis zwölf Motive – die negativen Auswirkungen aufgezeigt, die die Einsparungen der vergangenen Jahre für Bürger und Beschäftigte mit sich gebracht haben. So wurden 50 000 Pflegen in Krankenhäusern gestrichen, 1 500 öffentliche

Bäder, 500 Bahnhöfe und ein Viertel aller Jugendclubs geschlossen. Hinzu kommen Anzeigen in großen Wochenzeitungen. Zudem wird die Internetseite www.GenugGespart.de mit einer Leistungsschau des öffentlichen Dienstes online gestellt. Die Themen reichen von Freizeit, Mobilität und Jugend über Bildung, Kultur und Erziehung bis zu Ver- und Entsorgung, Gesundheit und Sicherheit. Bürgerinnen und Bürger sind interaktiv zum „Mitmachen, Diskutieren, Protestieren“ aufgefordert. Auch per SMS kann man seine Unterstützung für „Genug Gespart!“ zum Ausdruck bringen. Die Kosten für die Kampagne teilen sich dbb und ver.di.

„Nach harten Jahren der Einkommens Kürzungen und Arbeitszeiterhöhungen, die hinter den in den öffentlichen Diensten Beschäftigten liegen, muss es jetzt unbedingt einen lohnpolitischen Kurswechsel geben“, machte Heesen klar. „Wir sagen: Genug gespart! Um in der zum Jahresende beginnenden Tarifrunde für die Bediensteten in Bund und Kommunen deutliche Einkommenssteigerungen erreichen zu können, bündeln wir unsere Kräfte.“ Die Kooperation sei



> Das erste Plakat klebten die Vorsitzenden persönlich: Im Rahmen der von dbb und ver.di getragenen gemeinsamen Image-Kampagne „Initiative Öffentliche Dienste“ wird es zehn bis zwölf Plakatsmotive geben.

ie Tarifrunde 2008

auch „ein bewusstes Signal, um nach außen Stärke zu zeigen“.

Heesen und Bsirske verwiesen auf die erfolgreiche Zusammenarbeit ihrer konkurrierenden Organisationen in den zurückliegenden Tarifausschussbesprechungen im Länderbereich. Daran wolle man nun anknüpfen. „Es liegt im Interesse unserer Mitglieder und der Menschen im öffentlichen Dienst, wenn wir kooperieren“, sagte Peter Heesen und fügte hinzu: „Uns verbindet mehr als uns trennt.“ Frank Bsirske unterstrich: „Beide Seiten ziehen Nutzen aus dieser Zusammenarbeit.“

Auch den „Fahrplan“ stellten beide Gewerkschaftschefs in der Bundespressekonferenz vor: Zunächst werde in den Tarifkommissionen von dbb tarifunion und ver.di das weitere Vorgehen beraten. Dann werde man sich auf Forderungen verständigen, die sich „sicher an Tarifausschüssen dieses Jahres in wichtigen Wirtschaftszweigen orientieren werden“. Als Zeitpunkt dafür nannte Heesen den November 2007; die Verhandlungen beginnen im Januar 2008. „Und dann werden wir das gemeinsam durchziehen und notfalls auch mit einem Arbeitskampf unseren Forderungen Nachdruck verleihen“, kündigte der dbb Chef an. „Wir sind nicht streiklustig, aber streikbereit.“

cok

AUFRUF

Initiative Öffentliche Dienste

Initiative für eine Stärkung der öffentlichen Dienste in Deutschland

Der dbb beamtenbund und tarifunion und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) rufen gemeinsam die „Initiative Öffentliche Dienste“ ins Leben.

Die Initiative, die am 31. August 2007 an den Start geht, will die Leistungen dieser Dienste stärker ins öffentliche Bewusstsein bringen. Sie stellt sich gegen anhaltende Haushaltskürzungen, Privatisierungen und Stellenabbau. Die Initiative macht sich stark für eine faire Bezahlung der in den öffentlichen Diensten Beschäftigten. Mit ihrer Zusammenarbeit setzen die Gewerkschaften ein Zeichen der Entschlossenheit, diese Ziele zu erreichen.

Wir sagen:

GENUG GESPART!
ÖFFENTLICHE DIENSTE SIND MEHRWERT

Alle Bürgerinnen und Bürger nutzen öffentliche Dienste, sie sind unverzichtbar. Hier verwendete Steuergelder kommen allen zugute. Der Staat darf sich deshalb nicht aus seiner Verantwortung stellen. Er hat die Pflicht, öffentliche Dienste zur Verfügung zu stellen – bezahlbar, in guter Qualität und überall erreichbar. Öffentliche Dienste dürfen nicht „kaputtgespart“ werden.

Deshalb appellieren wir an Organisationen und Verbände, politisch Verantwortliche und die Bürgerinnen und Bürger: Unterstützen Sie uns! Setzen Sie sich gemeinsam mit uns ein für eine Stärkung der öffentlichen Dienste in Deutschland! Die „Initiative Öffentliche Dienste“ ist offen für alle, die für dieses Ziel eintreten.

Frank Bsirske

Frank Bsirske
Vorsitzender
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Peter Heesen

Peter Heesen
Bundesvorsitzender
dbb beamtenbund und
tarifunion

Auf der Internetseite www.GenugGespart.de können Sie vom 31. August 2007 an interaktiv mitmachen, diskutieren, protestieren. Ihr Protest per SMS an 72626 SMS-Text: Genug Gespart, Vorname, Nachname, Wohnort.

Normale SMS-Gebühr, keine Weitergabe, Veröffentlichung ohne Telefonnummer auf www.GenugGespart.de

Weniger zahlen. Besser leben.



Wer beim Notwendigen spart, hat mehr Geld für die schönen Dinge des Lebens.

Mit den Versicherungen der LBN fällt Sparen nicht schwer: Laut **FINANZTEST** 5/07 und **Capital** 10/06 gehört die Hausratversicherung zu den TOP 4 und auch die LBN-Unfallversicherung wird überaus günstig beurteilt.

Selbstverständlich können Sie jederzeit maßgeschneiderte Leistungen, schnellen, unbürokratischen Service und kompetente Beratung von uns erwarten.

Rechnen Sie im Internet nach oder rufen Sie uns an.

LehrerBrandkasse Niedersachsen
Groß-Buchholzer Kirchweg 49
30655 Hannover
Tel. (05 11) 54 01 96/97
Fax (05 11) 5 41 56 12
www.lbn.de
E-Mail: info@lbn.de



Mobilität die Freude macht Große Auswahl - Hausvorführung -

NEU Badewannenlift Fahrer mit elektrischer Unterstützung 3-Rad in 1 Minute zerlegt	Elektro-Scooter ab 1.551,- € einfach zu bedienen führerscheinfrei NEU Großwage ab 690,- € Doppelsitzer WEILEDER Elektrofahrzeuge	Sehr zu empfehlen NEU Breeze 3-Rad und 4-Rad
---	---	---

Im Winter mit Heizung im Sommer ohne Türen

Weileder TECH GmbH
- Zentrale - Simpert-Kramer-Str. 26 - 87620 Füssen
bundesweiter Vorort-Service
Info-Zentrale Tel: 08362-919326 Fax: -919329
support@weileder-tech-gmbh.de
www.weileder-tech-gmbh.de Auch Großhandel

Beamtenpensionen:

Alterssicherung muss attraktiv bleiben

Zur aktuellen Diskussion über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die rund 360 000 Beamten, Soldaten und Richter des Bundes von derzeit 65 auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 sagte dbb Chef Peter Heesen am 14. August 2007 in Berlin: „Die Frage, ob und wie Alterssicherungssysteme durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit zukunftsfest gemacht werden sollen, ist ein außerordentlich wichtiges Thema. Wir haben uns stets konstruktiv in die entsprechenden Reformmaßnahmen eingebracht und sind insofern nicht überrascht vom Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums.“

Aus grundsätzlichen Erwägungen halte der dbb die schlichte Verlängerung der Lebensarbeitszeit für keinen geeigneten Weg, die Alterssicherungssysteme im Arbeitnehmer- wie im Beamtenbereich auf eine nachhaltige solide Basis zu stellen, betonte Heesen. Ohne flankierende Maßnahmen im Dienst- und Sozialrecht liefen die vorgesehenen Regelungen auf eine pauschale Absenkung von Renten und Pensionen hinaus. Die breite politische Mehrheit habe sich jedoch in Bundestag und Bundesrat trotz vieler vernünftiger Einwände für diesen Weg im Bereich der Rente entschieden. „Die Beamten stehen nicht außerhalb der Gesellschaft. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem vom dbb geführten Verfahren festgestellt, dass Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung Orientierungsgröße für die Veränderung der Beamtenversorgung sein können, jedoch nur unter Berücksichtigung der Systemunterschiede wirkungs-

gleich übertragen werden dürfen. Wenn dies nun politischer Wille ist, nehmen wir das trotz unserer grundsätzlichen Bedenken hin.“ In der selben Entscheidung habe Karlsruhe festgestellt, dass die Beamten aufgrund der in der Versorgung bereits durchgeführten Reformen stärker und früher belastet waren als die Rentner. „Diese Überkompensierung wurde in dem nun vorliegenden Gesetzentwurf für die Bundesbeamten berücksichtigt, was wir ausdrücklich begrüßen. Glücklicher wären wir freilich, wenn wir einen unserer Alternativvorschläge hätten durchsetzen können, beispielsweise ein Bonusmodell bei freiwilliger Verlängerung der Dienstzeit, um Freiwilligkeit ebenso wie bereits im heute gültigen Rentenrecht honorieren zu können.“ Die Alterssicherung müsse auch im öffentlichen Dienst attraktiv bleiben, um den in Zukunft dringend benötigten qualifizierten, hoch motivierten Nachwuchs gewinnen zu können. ■



dbb unterstützt branchenspezifischen Mindestlohn



Fotos: Marco Urban

Nach Plänen der Regierungskoalition soll für die Postdienstleister zeitgleich mit dem Wegfall des Postmonopols ein Mindestlohn eingeführt werden. Der dbb begrüßt alle politischen Bestrebungen zu einem allgemein verbindlichen, branchenspezifischen Tarifvertrag für den Bereich der Postdienstleistungen. Die dbb tarifunion unterstützt hierbei ihre Mitglieds-gewerkschaft DPVKOM, die schon seit Jahren einen allgemeingültigen Mindestlohn für die Postbranche fordert: „Die Entlohnung der Beschäftigten in der Postbranche hat zum Teil ausbeuterische Züge angenommen“, machte der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion, Frank Stöhr, am 22. August 2007 in Berlin deutlich. „Stundenlöhne um 4 Euro und Monatslöhne für eine 45-Stunden-Woche, die kaum 1 000 Euro erreichen, sind keine Seltenheit.“

Dieser Wettbewerb, der einzig und allein über die Löhne ausgefochten wird, führe dazu, dass viele Beschäftigte ihren Lebensunterhalt nur durch den Bezug von „Hartz IV“ bestreiten können. „Bereits heute arbeiten weit über eine Million Menschen in Deutschland zu diesen Bedingungen, viele davon in der Postbranche“, so Stöhr weiter.

Um die drohende Verarmung der Beschäftigten abzuwenden, muss ein Branchentarifvertrag, der die Höhe des Lohnes und Mindeststandards für Urlaubsansprüche und Arbeitszeiten definiert, für allgemein verbindlich erklärt werden. Die dbb tarifunion plädiert dafür, derart prekäre Beschäftigungsverhältnisse auch in anderen Branchen abzubauen. Frank Stöhr: „Der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, nicht nur unter den Postdienstleistern, darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen werden.“ ■

Beitragssenkung seit 1.8.2007
 z. B. Beamtin auf Widerruf
 (21-25 Jahre) 44,74 EUR
 (26-38 Jahre) 49,28 EUR
Mit Beitragsgarantie bis 1.1.2009



Vorsorgen und Sparen – mit dem dbb vorsorgewerk!

Nicht für jeden – nur für Sie!

Das dbb vorsorgewerk ist die Antwort des dbb auf die verschlechterte Versorgung im öffentlichen Dienst. Über den starken Partner DBV-Winterthur bietet es besonders attraktive und preisgünstige Angebote zur Deckung der bestehenden Versorgungslücken.

Die umfangreiche Angebotspalette für die gesamte Daseinsvorsorge reicht von der Altersvorsorge über Kranken-, Unfall- und Schadenversicherungen bis hin zu Dienst- bzw. Berufsunfähigkeitsabsicherung. Alle Vorteile gelten exklusiv für Mitglieder der dbb-Einzelgewerkschaften und deren Angehörige.

Vision B ist mehr als nur Krankenversicherungsschutz

Als Beamtin oder Beamter erhalten Sie im Krankheitsfall vom Dienstherrn finanzielle Beihilfe zu den entstandenen Krankheitskosten.

Beihilferechtigte	Beihilfebemessungssatz	Ihr Eigenanteil
Beamtin, Beamter	50 %	50 %
mit 2 u. mehr Kindern	70 %	30 %
Ehegatten	70 %	30 %
Kinder	80 %	20 %

In der oberen Tabelle sehen Sie den Beihilfebemessungssatz nach den Beihilferegelungen des Bundes und der angeschlossenen Länder.

Sie erhalten also einen Teil Ihrer finanziellen Aufwendungen bei Krankheit ersetzt. Der Ihnen verbleibende Rest ist aber immer noch zu hoch, um ihn alleine zu bezahlen.

Die DBV-Winterthur Krankenversicherung bietet Beamtinnen und Beamten einen hervorragenden Versicherungsschutz, passend zur Beihilfe.

Vision B bietet eine einzigartige Qualität in der Krankenversicherung

- Vertraglich garantierte medizinische Dienstleistungen
- Umfassender Krankenversicherungsschutz
- Optimale Ergänzung zu Ihrer Beihilfe

Das dbb vorsorgewerk empfiehlt die DBV-Winterthur.

Einfach Coupon ausfüllen und faxen oder senden an:

DBV-Winterthur Versicherungen
 234 Bereich Service
 Frankfurter Straße 50
 65178 Wiesbaden
 Tel.: 01803 20 2163 (9 Cent pro Minute)
 Fax: 0611 363 4822

DBV-winterthur

Ja, ich interessiere mich für die kostengünstigen Vorsorge- und Versicherungsangebote des dbb vorsorgewerk und wünsche eine Beratung.

- ☐ Private Krankenversicherung Vision B
☐ Dienstangänger-Police
☐ Staatlich geförderte Privat-Rente
☐ meine persönliche Riesterförderung
☐ Ergänzungsversicherungen zur Gesetzlichen Krankenvorsorge
☐ Pflegetagegeldversicherung
☐ Unfallversicherung

Name, Vorname

Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Telefon dienstlich

Telefon privat

E-Mail

Dienststelle

ich bin Beamtin/Beamter

☐ auf Widerruf ☐ auf Probe ☐ auf Lebenszeit

☐ ich bin Arbeitnehmer

☐ ich bin Auszubildender

Laufbahngruppe

☐ einfacher Dienst

☐ mittlerer Dienst

☐ gehobener Dienst

☐ höherer Dienst

Ich bin damit einverstanden, dass obige Daten verarbeitet, gespeichert und für weitere Aktionen sowie Werbezwecke verwendet werden dürfen. Die DBV-Winterthur versichert, dass Daten nicht an Dritte weitergegeben. Sie können die Verwendung der Daten für Werbezwecke jederzeit schriftlich bei uns widerrufen.

Neues Besoldungsrecht:

Mehr Attraktivität statt Kürzungen

Das Bundesinnenministerium beabsichtigt, für die rund 350 000 Besoldungsempfänger im öffentlichen Dienst auf Bundesebene das Besoldungsrecht zu ändern. Dazu haben der dbb, der Deutsche Bundeswehrverband (DBwV) sowie die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am 27. Juli 2007 eine Erklärung abgegeben.

Die ersten Entwürfe des Ministeriums zeigen, dass noch erheblicher Handlungsbedarf besteht – speziell auf die Besoldung der Soldatinnen und Soldaten bezogen, die immerhin auf Bundesebene mehr als 60

Prozent aller Besoldungsempfänger ausmachen. Aus diesem Grund haben der dbb, DBwV und ver.di erstmals gemeinsame Lösungsansätze entwickelt, die insgesamt die Beschäftigung im öffentlichen Dienst

und in den Streitkräften attraktiver machen und die Wettbewerbsfähigkeit der Streitkräfte im Hinblick auf die demografische Entwicklung stärken sollen.

Die Empfehlungen, die Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung in gleichlautenden Schreiben von Peter Heesen (dbb), Oberst Bernhard Gertz (DBwV) und Frank Bsirske (ver.di) übermittelt wurden, beziehen sich auf das Gehalt, das im ersten Jahr der Zugehörigkeit im öffentlichen Dienst gezahlt wird. Es soll nach Vorstellungen des Innenministers um durchschnittlich zehn Prozent gegenüber dem derzeitigen Gehalt abgesenkt werden. Eine solche Gehaltskürzung wird abgelehnt, da sie die Absicht der Attraktivitätssteige-

rung konterkariert. Vielmehr sollte eine neue Besoldungstabelle flexibleres Aufsteigen in den Grundgehaltsstufen ermöglichen.

Darüber hinaus geht es um die Verbesserung der leistungsabhängigen Besoldung. Während im Tarifbereich die Leistungsbezahlung auch rentenwirksam ist, hat die Leistungsbesoldung seit ihrer Einführung vor mehreren Jahren keinen Einfluss auf die Höhe der Pension. Eine weitere Forderung betrifft die Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung. So werden Zeitsoldaten und Beamte, die aus dem Dienst ausscheiden, in der Rentenversicherung nachversichert. Vermutlich ist es wirtschaftlicher, beim Wechsel von einem zum anderen Versorgungssystem die jeweils erworbenen Versorgungsansprüche mitzunehmen. ■

10

kompakt

Gerichtsvollzieher:

Neue Grundlagen schaffen



Foto: Jan Brenner

Zu einem ausführlichen Gespräch über aktuelle Fragen sind die Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, sowie der Bundesvorsitzende des dbb, Peter Heesen, der Vorsitzende des Deutschen Ge-

richtsvollzieher-Bundes (DGVB), Hans-Eckhard Gallo (zweiter von links), sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende des DGVB, Walter Gietmann (links), am 27. Juli 2007 in Berlin zusammengetroffen.

Hintergrund des Gesprächs war die künftige Entwicklung der Zwangsvollstreckung vor dem Hintergrund eines Gesetzentwurfes des Bundesrates, der die Überführung der Gerichtsvollzieher in eine pri-

vate Organisationsform unter staatlicher Aufsicht vorsah sowie berufliche und wirtschaftliche Fragen. Der dbb hatte im Vorfeld eine Privatisierung abgelehnt, gleichzeitig aber – mit Blick auf die wachsende Bedeutung privater Inkassounternehmen – eine Stärkung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher gefordert. Diese Forderung des dbb zielt auch auf eine Verbesserung der Ausbildung und eine entsprechenden laufbahnrechtlichen Zuordnung. Die grundsätzliche Problematik wurde auch von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries so gesehen. Die Gespräche sollen noch in diesem Jahr mit dem Ziel fortgeführt werden, eine neue gesetzliche Grundlage für das Gerichtsvollzieherwesen zu schaffen. ■

Wettbewerb um Fachkräfte:

Den öffentlichen Dienst konkurrenzfähig machen

Der dbb hat vor einem massiven Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst ab 2012 gewarnt. „Wenn wir nicht schon heute in der Besoldungspolitik gegensteuern, wird der öffentliche Dienst den in den nächsten Jahren immer härter werdenden Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe verlieren“, sagte dbb Chef Peter Heesen dem „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 13. August 2007).

Der demographiebedingte Rückgang des Arbeitskräftepotenzials werde den öffentlichen Dienst ab 2015 nicht nur früher, sondern auch härter treffen als die private Wirtschaft. Als Grund nannte Heesen die starke Überalterung des Personals. Während die Wirtschaft vor allem in den 90er-Jahren ihre Belegschaften stark verjüngt hat, fand im öffentlichen Dienst genau der gegenteilige Prozess statt. Seit 1993 sei jährlich rund 1,5 Prozent des Personals abgebaut worden. Bei einer natürlichen Fluktuation von nur zwei Prozent pro Jahr bedeute dies, dass kaum junge Nachwuchskräfte eingestellt werden könnten. „Bei den Gymnasien fehlen Lehrer in den naturwissenschaft-

lichen Fächern, aber inzwischen zunehmend auch bei Sprachen und musischen Fächern wie Kunst und Musik“, klagte Heesen. Besonders groß sei der Lehrermangel an den berufsbildenden Schulen. Vielen Kommunalverwaltungen falle es schon heute schwer, technisches Personal zu gewinnen. Bei IT-Fachkräften unterliege die öffentliche Verwaltung wegen der schlechten Besoldung regelmäßig im Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft. Selbst Bundesministerien seien nicht mehr in der Lage, IT-Kräfte im erforderlichen Umfang zu gewinnen, weil die Bezahlung in der Privatwirtschaft deutlich besser sei. „In vielen Regionen wird es einen regelrechten Absturz beim Arbeitskräfteange-

bot geben“, warnte Heesen.

„Mit den heutigen Besoldungsstrukturen, deren Wurzeln im Anfang des vergangenen Jahrhunderts liegen, werden wir den damit drohenden Wettbewerb um Fachkräfte mit der gewerblichen Wirtschaft nicht bestehen können“, warnte Heesen. Vor allem bei den Eingangsgehältern sei der öffentliche Dienst schon heute nicht mehr konkurrenzfähig. So seien angesichts der damals klammen Kassen der öffentlichen Arbeitgeber die Anfangsvergütungen im Tarifbereich noch 2005 um zehn Prozent abgesenkt worden. „Das müssen wir korrigieren. Doch das wird nicht reichen“, sagte Heesen.

Auch mit linearen Einkommenserhöhungen sei das Problem nicht zu lösen. Die öffentlichen Arbeitgeber und die Gewerkschaften hätten sich deshalb bereits 2005 darauf verständigt, neue Gehaltsstrukturen zu vereinbaren, die den veränderten Anforderungen Rechnung trügen. Die Tarifreform des öffentlichen Dienstes ist nach Ansicht Heesens zwar ein

wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie gebe aber immer noch zu wenig Spielraum, um auf die Konkurrenzsituation mit der Privatwirtschaft angemessen zu reagieren. Der dbb will noch diesen Herbst das Thema Besoldungsstrukturen für die Beamten auf die Tagesordnung setzen und stoße damit „zumindest bei Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble auf offene Ohren“, schreibt das „Handelsblatt“. Dort befasse sich derzeit eine Arbeitsgruppe mit dem Thema. ■

> Info

Weniger Stellen

Der Stellenbestand des Bundes ist in den vergangenen Jahren um mehr als zehn Prozent gesunken: von 310 353 Stellen (ohne Planstellen für Soldaten) im Haushaltsjahr 1999 auf 275 850 Stellen 2006. Auch die Personalausgaben wurden von 27 Milliarden Euro jährlich auf 26,1 Milliarden Euro (einschließlich des militärischen Bereichs) reduziert. Die Versorgungsausgaben blieben danach mit 5,6 Milliarden Euro jährlich dagegen gleich. Grundsätzlich, so die Regierung, habe der öffentliche Dienst in den vergangenen Jahren „seinen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes geleistet“. ■

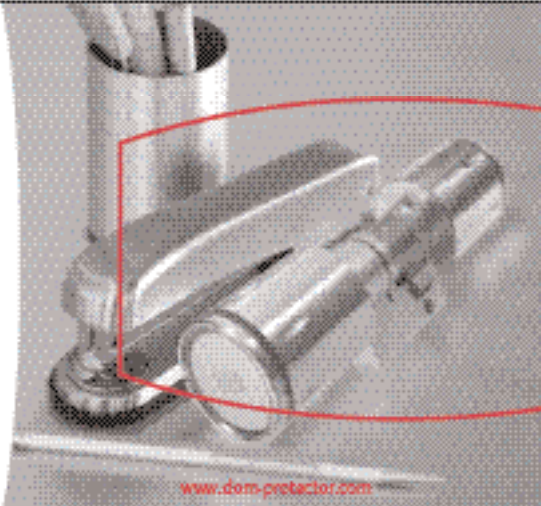
DER SICHERE ALLESKÖNNER
DOM Protector®

Einfach selbstverständlich in der Verwaltung

Öffentliche Verwaltungen sollten den überragenden Komfort und die maximale Flexibilität des neuen DOM Protector® wählen. Mit diesem höchst sicheren Schließsystem können Sie alle Zugänge personenspezifisch programmieren, steuern und sichern. DOM Protector® berücksichtigt jede Raumnutzungsänderung und lässt sich einfach in Ihre Erfassungssysteme integrieren. DOM Protector®: selbstverständlich zuverlässig!

Neu

SICHERHEIT, QUALITÄT, DOM.

www.dom-protector.com



> Wer Teilzeit im Schicht- oder Wechseldienst arbeitet, hat Anspruch auf die entsprechenden Zulagen.

Teilzeitbeschäftigte:

Anspruch auf Schichtzulage?

Auch Teilzeitbeschäftigte arbeiten im Schicht- oder Wechselschichtdienst und sind dort den gleichen Belastungen ausgesetzt, wie ihre vollzeitbeschäftigten Kollegen. Dennoch vertreten Arbeitgeber die Rechtsauffassung, Teilzeitbeschäftigten die ihnen zustehende Schicht- und Wechselschichtzulage nur anteilig auszuzahlen. Die Kommunalen Arbeitgeberverbände (KAV) halten ihre Mitglieder in verschiedenen Rundschreiben sogar zu dieser Praxis an. Die dbb tarifunion hält das für rechtswidrig.

Auch Teilzeitbeschäftigte haben Anspruch auf die volle Zulage – eine Einschätzung, die bereits durch verschiedene Gerichtsurteile bestätigt worden ist. Rechtlich sind Zulagen ein pauschaliertes Entgelt für die mit dem (Wechsel-)Schichtdienst verbundenen Belastungen. Diese Belastungen tragen Teilzeitbeschäftigte ebenso wie Vollzeitbeschäftigte. Im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) wurde zwar vereinbart, dass Teilzeitbeschäftigte das Tabellenentgelt und sonstige Entgeltbestandteile nur anteilig erhalten. Das gilt aber nicht für die Schicht- und Wechselschichtzulage. Die Differenzie-

rung zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten zielt nach Auffassung der dbb tarifunion allein darauf ab, dass Teilzeitbeschäftigte einen geringeren Umfang an Arbeitszeit erbringen als Vollzeitbeschäftigte. Sie regelt aber nicht, wie Belastungen der Tätigkeit zu werten sind.

> Diskriminierung

Schon das Bundesarbeitsgericht hatte in einem Urteil von 1993 (BAG, Az.: 10 AZR 127/92) deutlich ausgeführt, dass eine nur anteilige Zahlung der Wechselschichtzulage nach § 34 BAT diskriminierend und

unvereinbar mit § 2 Abs. 1 des Beschäftigungsförderungsgesetzes ist. Durch die Einführung des Teilzeitbefristungsgesetzes (TzBfG) ist mittlerweile gesetzlich klargestellt, dass eine Differenzierung allein wegen der Teilzeittätigkeit ohne sachliche Gründe nicht zulässig ist.

Nach Ansicht der dbb tarifunion stellt die Verfahrensweise der Arbeitgeber einen Verstoß gegen das Teilzeitbefristungsgesetz dar, denn dort ist eine Differenzierung nur bei „teilbaren geldwerten Leistungen“ zulässig, und es müssen sachliche Gründe für eine Differenzierung vorliegen. Schicht- und Wechselschichtzulagen als pauschalierte Beträge sind keine teilbaren geldwerten Leistungen in diesem Sinn.

Aus dem TVöD und dem Tarifvertrag für die Länder (TV-L) ergeben sich aus Sicht der dbb tarifunion keine sachlichen Gründe für eine unterschiedliche Behandlung von Voll- und Teilzeitbeschäftigten. Die Belastungen, die durch die Schicht- und Wechselschichtzulage honoriert werden sollen, treffen Vollzeit- wie Teilzeitbeschäftigte gleichermaßen.

> Unterschiedliche Auffassungen

Aufgrund der Arbeitgeberhaltung beschäftigt die Frage nach der Höhe der Auszahlung der Zulage nun wieder die Gerichte, mit unterschiedlichen Ergebnissen. Ein stattgebendes Urteil des Arbeitsgerichtes Bielefeld (Az.: 6 Ca 1877/06) wurde zum Beispiel vom LAG Hamm (Az. 17 Sa 1890/06) wieder aufgehoben. Dieses Urteil könnte aber durch das BAG weiter überprüft werden. Die Richter berufen sich in ihrem Urteil darauf, dass Teilzeitbeschäftigte nur in dem ihrer Arbeitszeit entsprechendem geringeren Umfang durch den Schichtdienst belastet seien und verkennen dabei nach Auffassung der dbb tarif-

union die bisherige, eindeutige Rechtsprechung des BAG.

Das LAG Schleswig-Holstein hat in einer Entscheidung (Az.: 5 Sa 557/06) die Berufung gegen ein stattgebendes Urteil des Arbeitsgerichtes Kiel (Az.: 5 Ca 1374 b/06) zurückgewiesen. Das Arbeitsgericht Kiel führt aus, dass Teilzeitbeschäftigte bei der Ableistung von Schichtarbeit in den Grenzen ihrer Teilzeitbeschäftigung durch den wechselnden Arbeitsrhythmus genauso belastet sind wie ein Vollzeitbeschäftigter. Genau diese Belastung solle mit der Schichtzulage ausgeglichen werden. Weiter heißt es in dem Urteil, dass die tarifliche Regelung des § 8 Abs. 6 TVöD lediglich darauf abstelle, dass der Arbeitnehmer ständig Schichtarbeit leiste. Auf die Häufigkeit der Schichten komme es aus Sicht des § 8 Abs. 6 TVöD für die Zahlung einer vollen Schichtzulage nicht an.

> Anspruch geltend machen!

Arbeitnehmer sollten gegenüber Ihrem Arbeitgeber die volle (Wechsel-)Schichtzulage schriftlich und für den jeweiligen Monat geltend machen, mit dem Verweis auf das oben genannte BAG-Urteil aus dem Jahr 1993.

Wichtig ist, dass die Ansprüche der letzten sechs Monate geltend gemacht werden, denn Ansprüche, die gegenüber dem Arbeitgeber nicht angemeldet werden, verfallen danach. Die Forderung sollte nach weiteren sechs Monaten wiederholt werden.

Sollte es der Arbeitgeber ablehnen, den vollen Zuschlag auszusuchen, haben Arbeitnehmer drei Jahre Zeit, ihre Ansprüche gerichtlich geltend zu machen. Bis dahin ist es gut möglich, dass eine Entscheidung des BAG die Situation abschließend klärt.

ds

Hochschulen im Wettbewerb:

Elite-Universitäten – und der Rest ?

Es gibt in Deutschland zurzeit 333 Hochschulen, nämlich 118 Universitäten, 158 Fachhochschulen, 57 Kunst- und Musikhochschulen. 235 befinden sich in staatlicher Trägerschaft, 98 sind nicht staatliche, aber staatlich anerkannte, davon 54 private und 44 kirchliche. Bis zu zehn von den über 90 staatlichen Universitäten haben die Chance, in einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Wissenschaftsrat durchgeführten Verfahren als Spitzen- oder Eliteuniversität anerkannt zu werden. Doch wo bleibt der Rest?

Entschieden wird danach, wo Spitzenforschungszentren und Graduiertenkollegs eingerichtet sind. Mindestens je einmal muss eine Universität in diesen Bereichen erfolgreich sein, bevor sie in die dritte Stufe gelangt, bei der es um den Elitestatus geht. Entscheidend ist dabei das vorgelegte Zukunftskonzept. Es wird insoweit also gar nicht über das entschieden, was bereits geleistet wurde, vielmehr steht das zur Debatte, was man in Angriff nehmen will. Nun ist dies bei Anträgen um Fördermittel üblich. Solche Anträge hängen auch nicht in der Luft, sondern bauen in der Regel auf Vorleistungen auf.

> Vorschusslorbeeren auf einen Elitestatus

Dennoch bleibt festzuhalten, dass Vorhaben beurteilt werden, nicht bereits abgeschlossene Leistungen. Deshalb ist es mindestens irreführend, davon zu sprechen, dass den Auserwählten der Elitestatus zuerkannt wird. Sie berechtigten zunächst nur zu Hoffnungen und sollen bessere Chancen erhal-

ten, im internationalen Wissenschafts-Konzert mitzuspielen.

Neben den beiden Universitäten in München und der in Karlsruhe dürfen sich ab Herbst 2007 voraussichtlich weitere hohe Schulen Eliteuniversität nennen. In einer Vorauswahl befinden sich acht. Das sind Freiburg, Heidelberg und Konstanz aus Baden-Württemberg; Aachen und Bochum aus Nordrhein-Westfalen; die Freie und die Humboldt-Universität aus Berlin und aus Niedersachsen die Universität Göttingen.

Deutschland wird nicht auf einen Schlag weltweit anerkannt. „Spitzenuniversitäten“ bekommen, die in einem Atemzug mit den renommierten US-

amerikanischen Eliteeinrichtungen genannt werden, unabhängig von dem vorhandenen Renommee einzelner Einrichtungen und Fächer. Es wird allerdings bis zu zehn Institutionen geben, die zunächst für fünf Jahre eine besondere Förderung durch Bund und Länder erfahren.

Eine große Zahl von Einrichtungen, die ebenfalls gute Leistungen aufzuweisen haben, wird nicht dabei sein. Sicher wird niemand ernsthaft behaupten, an Universitäten, die mehrere hervorragende Fakultäten aufweisen, seien alle Fächer erstklassig besetzt. Allerdings segeln jetzt einige, die andernorts besser sind, im Windschatten des Elitebanners mit.

> Bewertung nach Spitzen-Fächern viel sinnvoller

Ebenso wenig darf übersehen werden, dass es außer den ausgewählten Universitäten auch andere gibt, in denen ebenfalls Hervorragendes geleistet wird. Innerhalb dieses „Restes“ werden einzelne Institutionen ein

besonderes Profil haben. Das werden Fakultäten oder Fächer sein, die qualitativ herausragen. Insbesondere werden es Einrichtungen sein, die Graduiertenschulen und Forschungs-Cluster bewilligt bekommen haben, ohne dass ihnen der Elitestatus zuerkannt wurde. Das zeigt, dass es viel sinnvoller gewesen wäre, nicht danach zu fragen, welche Universitäten „Spitze“ sind, sondern, wo welche Fächer besonders hervorstechen. Damit hätten auch kleinere Einrichtungen eine Chance, besser wahrgenommen zu werden.

Die eher durch Zuruf als aufgrund sachlicher Erwägungen zustande gekommene Zahl zehn ist zufällig und darf nicht wie ein Fallbeil wirken. Zu befürchten allerdings ist, weil es politisch so schön einfach erscheint, dass man eine im Grunde willkürliche Zäsur vornimmt und bis zu zehn Universitäten mit einem Gütesiegel versieht, das sie zu Mitgliedern der „1. Liga“ erklärt. Die Berichterstattung, die gern das Vokabular des Sports verwendet, wird daraus die Universitäts-Bundesliga machen.

So richtig es ist, dass Deutschland in der Wissenschaft Anschluss an die Weltspitze halten oder zurückgewinnen muss – der eingeschlagene Weg ist mehr als problematisch, weil es sich hier nicht um einen echten Wettbewerb, sondern um eine politische Festlegung handelt. Man will ganze Einrichtungen herausstellen und verkennt, dass dies nicht durch Anordnung oder Vorgaben erreicht werden kann. Die viel gepriesenen US-amerikanischen Spitzenuniversitäten sind nicht durch eine staatliche Feststellung entstanden, sondern haben sich über Jahrhunderte entwickelt – step by step. Die Fixierung auf eine Zahl wirkt planwirtschaftlich. Und das hat noch nie funktioniert.

George Turner

> Info

Der Autor (Jahrgang 1935) ist promovierter Jurist und emeritierter ordentlicher Professor. Er war Universitätspräsident (Hohenheim 1970 bis 1986), Präsident der Rektorenkonferenz (Bonn 1979 bis 1983) und parteiloser Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin (1986 bis 1989). Von 1989 bis 2000 bekleidete er einen Lehrstuhl für Rechtswissenschaft an der Universität Hohenheim und nahm eine Gastprofessur an der Humboldt-Universität zu Berlin wahr.

Arabisch, Ivrít und Paschtu – das Bundessprachenamt:

Brücke zu anderen Me

Von babylonischer Sprachverwirrung kann in Hürth keine Rede sein. Zwar schwirren in den Gängen des Bundessprachenamtes, das hier vor den Toren Kölns seine Zentrale hat, Worte aus den verschiedensten Sprachen der Welt durch die Luft. Aber anders als im biblischen Babel, wo gegenseitige Verständnislosigkeit als göttliche Strafmaßnahme diente, eint die bundesweit rund 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sprachendienstes ein Ziel: Mithilfe der Sprache „eine Brücke zu anderssprachigen Menschen, anderen Ländern und Kulturen zu schlagen“, wie der Präsident des Amtes, Hans Maurer, sagt.

Was sich hinter den unscheinbaren Plattenbaufassaden tut, umreißt Pressesprecher Achim Fiedler zur Begrüßung so: Das Bundessprachenamt ist zuständig für die fremdsprachliche Ausbildung von Angehörigen der Bundesressorts und der Länder, es vermittelt Deutsch als Fremdsprache auf der Grundlage von Vereinbarungen mit Staaten aller Kontinente und betreut militärische Lehrgangsteilnehmer aus aller Welt. Hier werden deutsche und fremdsprachige Fachtexte übersetzt, Dolmetscherleistungen zur Verfügung gestellt und der Sprachendienst der Bundeswehr fachlich gesteuert. „Ob in Afghanistan, Usbekistan oder im Kosovo, die Mitarbeiter des Bundessprachenamtes in Uniform sind aus dem Bild der Bundeswehr im Auslandseinsatz nicht mehr wegzudenken“, führt Fiedler als Beispiel an. Ein Weiteres: „In unseren Klassenzimmern trifft man neben allen Dienstgradgruppen und Teil-

streitkräften der Bundeswehr auch Rechtsberater, Betriebswirte, Steuerfahnder, Zollbeamte und Angehörige der Bundespolizei, die die Sprachkurse nutzen.“ Und ein Drittes: „Seit 2002 ist für Offiziere und erstmals auch für Unteroffiziere zum Ende der Ausbildung ein standardisiertes Sprachleistungsprofil in der Pflichtsprache Englisch vorgeschrieben – dadurch ist der Ausbildungsbedarf enorm gestiegen.“ Diese Regelung ist übrigens auch Bestandteil der Laufbahnausbildung für die Beamten des gehobenen und mittleren nicht-technischen Dienstes der Bundeswehr.

> Ist Major Villatoro groß?

Dann gehen wir auf Erkundungstour durch das Haus. Station 1: Ein Kurs Deutsch als Fremdsprache (DaF) bei Susanne Krahé-Kolb. Zwölf gut gelaunte Männer sitzen um den u-förmigen Tisch und selbst



> Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministeriums – das Bundessprachenamt in Hürth.

Kenner des weltweiten Militärs hätten wohl Schwierigkeiten, die unterschiedlichen Uniformen ihren Herkunftsländern zuzuordnen. Das übernehmen die Lehrgangsteilnehmer nach einer freundlichen Aufforderung ihrer Lehrerin gern selbst. Und obwohl die Herren, die hier die deutsche Sprache lernen, um gut auf ihre weiterführende militärische Ausbildung bei der Bundeswehr vorbereitet zu sein, erst vor zwei Wochen in Hürth eingetroffen sind, geht das den meisten schon erstaun-

lich gut über die Lippen. Mit dabei unter anderem Major Villatoro aus El Salvador und sein „Kollege“ aus Argentinien, ein Pilot der irakischen Luftwaffe und ein Oberstleutnant des Heeres aus Bagdad, ein Fregatkapitän aus dem Scheichtum Katar, ein chinesischer Oberleutnant der Luftwaffe, Korvettenkapitäne aus Südkorea und Mexiko, ein kambodschanischer Major und ein Oberstleutnant aus Kenia. Auch einen Satz zu ihrer privaten Situation – die meisten ha-



> Deutsch lernen verbindet – Susanne Krahé-Kolb mit ihren Schülern, Militärs aus aller Welt.

nschen und Kulturen

ben Frau und Kind(er) und einige der Familien sind mit ihnen gemeinsam nach Hürth gekommen – fügen die Lehrgangsteilnehmer hinzu. Frau Krahé-Kolb lobt und, schleicht sich ein Fehler ein, korrigiert sie sofort. Dabei artikuliert sie die Worte langsam und überdeutlich. Die „Schüler“ sind mit Feuereifer bei der Sache, machen sich Notizen und wiederholen bereitwillig die Sätze. Dann kündigt die Lehrerin an: „Heute sprechen wir über Personen.“ Viel Gelächter, wenn die Eigenschaften des Gegenübers beschrieben werden – er ist groß, mittelgroß oder klein („Oh, Entschuldigung!“), schmal, schlank oder kräftig („Nicht dick!“). Frau Krahé-Kolb erklärt an der Tafel die Satzstruktur ohne zuviel Fachvokabular und wird schließlich auch selbst beschrieben: „Sie ist sehr schlank und hübsch.“ Stimmt.

Insgesamt 26 Kolleginnen und Kollegen lehren DaF und sind „mit Spaß und ganzem Herzen bei der Sache“, sagt Hermann Roder, als Referatsleiter zuständig für Deutsch als Fremdsprache, „nicht zuletzt, weil sie auch sehr viel über die Herkunftsländer ihrer Schüler erfahren“. Das beeindruckend unverkrampte

und konstruktive Miteinander der ausländischen Offiziere hebt Roder besonders hervor. „Bei uns sitzen Griechen und Türken, Inder und Pakistani, die sonst vielleicht ein Problem miteinander hätten, an einem Tisch. Da stellen sie fest: Die Weltbilder sind gar nicht so verschieden.“ Die Teilnehmer des zwölfmonatigen Lehrgangs seien hoch motiviert, hinzu komme das gemeinsame Ziel: Nach dem Abschluss in Hürth gehen sie an die Führungsakademie der Bundeswehr nach Hamburg, wo sie zu Generalstabs- beziehungsweise Admiralstabsoffizieren ausgebildet werden. Hier haben schon Offiziere aus mehr als 80 Nicht-NATO-Ländern diese Ausbildung absolviert; viele nehmen nach der Rückkehr in ihre Heimat militärische Spitzenpositionen ein.

> Paten rund um die Uhr

Doch zunächst geht es auch darum, dass sich die Lehrgangsteilnehmer rasch an das Leben in Deutschland gewöhnen. Das liegt nicht zuletzt in der Hand des dienstältesten Offiziers beim Bundessprachenamt, Mathias Köhler. Obwohl ein „Nordlicht aus Kiel“ (Köhler



> Als dienstältester Offizier auch „Oberpate“ – Mathias Köhler mit seinem kostbaren Dankesgeschenk aus dem Jemen.

über Köhler), gerät der Offizier direkt ins Schwärmen: Deutsche Betreuungsoffiziere vertreten die Teilstreitkräfte Marine, Heer und Luftwaffe als militärische Paten für die Gäste, die zumeist zum ersten Mal in Deutschland sind. Sie helfen auch bei Alltagsdingen – Wohnung mieten, Handyvertrag abschließen oder auch das Ceranfeld eines Küchenherdes nicht als Grillfläche missverstehen. „Unsere Gäste haben praktisch 24 Stunden Betreuung an jedem Tag der Woche, wenn sie es wollen“, sagt Köhler.

Hinzu kommen die zivilen Paten, deren Engagement durchaus als ungewöhnlich bezeichnet werden darf.

Die ausländischen Militärs lernen das Leben in Familien der 58 000-Einwohner-Stadt kennen, bei Patenabenden geben beide Seiten Einblicke in ihren Alltag. Dabei wachsen Freundschaften und auch das Verständnis für Unterschiede in Kultur und Religion. Besuche im Düsseldorfer Landtag und beim Bürgermeister von Hürth tragen dazu bei, das deutsche De-

mokratieverständnis zu vermitteln. „Fußball, Museen, Vereine der Region, der Vergnügungspark Phantasialand in Brühl – wir lassen nichts aus“, sagt Köhler. Man müsse sich nur einmal vorstellen, wie es einem selbst als Teilnehmer eines Lehrgangs in einer entlegenen chinesischen Provinz ergehen würde. „Sprache, Kultur, Religion – alles fremd. Da ist man doch dankbar, etwas an die Hand genommen zu werden, oder?“ Zum Beweis greift er nach einem goldenen Gürtel – kostbares Abschiedsgeschenk eines Lehrgangsteilnehmers aus dem Jemen. „Er hatte ihn von seinem Vater geerbt, wie dieser von seinem Vater. Nun wollte er ihn mir schenken mit der Begründung, er habe sich hier immer zu Hause gefühlt. Das durfte ich nicht ablehnen.“

> Sprache öffnet Tür und Tor

Gerhard Matthey, seit November 2006 Abteilungsleiter Sprachausbildung, legt erst einmal die Gesamtzahlen auf den Tisch: Pro Tag bis zu 4 100 Lehrgangsteilnehmer in über 50 Sprachen. Rückläufig seien Russisch und



> Groß oder klein? Personenbeschreibung will gelernt sein.

Französisch, dafür werden Englisch als lingua franca, aber auch einige selten gelehrt Sprachen wie Arabisch immer wichtiger. 38 Ausbildungsorte



> Hauptsache Kommunikation, Nebensache Grammatik – Abteilungsleiter Sprachausbildung Gerhard Matthey.

gibt es derzeit – neben Hürth, wo rund ein Drittel der 400 Ausbilder arbeitet, unter anderem Wiesbaden, Strausberg, Idar-Oberstein, Delitzsch, Fürstfeldbruck, Heide, Flensburg, München und Münster. 648 000 Lehrgangstage und 18 000 Lehrgangsteilnehmer wurden im vergangenen Jahr gezählt. „Und der Bedarf ist damit längst nicht gedeckt“, sagt Matthey. „Wir könnten mit mehr Personal noch viel mehr machen.“ Dennoch werde alles unternommen, um den Bedarfsträgeranforderungen so gut wie möglich gerecht zu werden. „Geht nicht – können wir nicht – gibt es nicht.“

Zu den Herausforderungen zählt, dass trotz der Streuung an allen Ausbildungsorten der gleiche Qualitätsstandard gelten muss. „Verwendungsbezogen“ müsse die Ausbildung sein, möglichst nah am Teilnehmer. Als „Erfolgsschlagler sondergleichen“ stellt er das Englisch als Pflichtsprache für Offiziere und Unteroffiziere heraus. Trainiert wird Hören, Sprechen, Lesen, Schreiben – und das in unterschiedlichen Leistungsstufen. Das habe sich nicht nur bei Aus-

landseinsätzen bewährt, sondern auch an den Universitäten der Bundeswehr, wo heute viel Literatur auf Englisch gelesen werden muss. Die Abbruchquoten der Studierenden seien gesunken. „Und schließlich ist die Bundeswehr in allen Bereichen international“, fügt Matthey hinzu. Er berichtet, dass das Bundessprachenamt überall, wo Ausbildung der Bundeswehr stattfindet, präsent ist. Darüber hinaus gibt es Angebote für spezielle Verwendungen – etwa Englisch für Patrouillenführer oder für Eurofighter-Techniker.

Auch Bundesminister und Staatssekretäre wissen übrigens die Qualität der Sprachausbildung zu schätzen. Vor wichtigen Auslandsreisen beispielsweise nehmen sie gern „Einzelmaßnahmen“ in Anspruch. „Wir beherrschen unser Handwerk, haben das nötige Know-how für eine zielgruppenorientierte, verwendungsbezogene Sprachausbildung.“ Nicht zuletzt deshalb seien Versuche, Aufgaben des Bundessprachenamtes an andere Auftragnehmer zu vergeben, gescheitert.

Oberstes Ziel der Ausbildung: „Die Leute sollen kommunizieren können. Dabei ist Grammatik nur Mittel zum Zweck. Wir trainieren Sprachhandlungen – zum Beispiel sich entschuldigen oder – in den Streitkräften nicht unwichtig – Befehle geben.“ Immer berücksichtigt werden müsse auch, dass man es mit Erwachsenen zu tun hat, die andere Gedächtnisleistungen haben als Schüler jüngeren Alters. Am Wert der Ausbildung hat Matthey nicht den geringsten Zweifel. „Wenn unsere Absolventen zum Beispiel als Militärattachés eingesetzt werden, sind sie vor Ort sofort in der Lage, Tageszeitungen zu lesen, Kontakte zu knüpfen, zuzuhören, Gespräche zu führen – das öffnet Tür und Tor und hat sich auch politisch und wirtschaftlich vielfach ausgezahlt.“ Außerdem hielten solche Kontakte ein Leben lang.

> Befristung schafft Probleme

Das weiß natürlich auch Hans Maurer, der Präsident des Bundessprachenamtes, zu schätzen. Er kommt aber auch ohne Umschweife auf die angespannte Personalsituation zu sprechen. Seit Ende 2003 gibt es einen Einstellungsstopp, seit Juli 2006 eine Nachbesetzungssperre. Sein Aufgabenbereich mit 1 037 Beschäftigten, darunter 980 Dienstposten, ist von der Größe her einmalig. „Wir sind Spezialisten, sozusagen Exoten innerhalb der Wehrverwaltung. Aber die Streitkräfte kommen ohne uns nicht aus“, ist Maurer überzeugt. „Da aber der Zivilbereich der Bundeswehr stark abgebaut wird, werden wir bis 2010 noch 134 Dienstposten verlieren, trotz des Zuwachses an Aufgaben.“ So habe schließlich vor Jahren niemand an die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr und die damit verbundenen sprachlichen Anforderungen gedacht. Auch die Formenpalette ist gewachsen: Kompaktlehrgänge, interministerieller Sprachunterricht in Berlin und Bonn, Laufbahnausbildung, Ausbildungsformen, in denen Phasen von Präsenz und Selbststudium kombiniert werden, Sonderlehrgänge – das alles gehört zum Angebot.

Ein großes Problem sieht Maurer in der Einschränkung des Amtes auf befristete Vertragsabschlüsse. „Vielen qualifizierten Kräften sind Zweijahresverträge zu kurz. Die Bewerberzahlen sind in den vergangenen Jahren drastisch zurückgegangen.“ Jeder Antrag auf Übernahme aus einem befristeten Vertrag muss über das Bundesverteidigungsministerium gestellt werden.

Wirklich vorangegangen ist es dagegen im Bereich der technischen Arbeitsmöglichkeiten. Maurer, der das Amt seit 2000 leitet, spricht von einem „Quan-



> Präsident Hans Maurer: Qualität nicht durch Dauersparen gefährden.

tensprung“. Die moderne Technik sei unverzichtbar, auch wenn der Lehrer nach wie vor der wichtigste Vermittler bleibe. Der Unterricht findet in hochmodernen Hörsälen statt, in denen auch in Hürth erstellte interaktive Medien wie CD-ROM zum Einsatz kommen. „Die Nachfrage ist groß – wir brennen sie zuhauf.“

> Übersetzungsscheck per Datenbank

Den Übersetzern in Hürth stehen Bildschirmarbeitsplätze mit Zugriff auf das Internet zur Recherche und ein computerunterstütztes Übersetzungssystem zur Verfügung. Damit wird eine bessere sprachliche Konsistenz der Übersetzungen erzielt. Außerdem gibt es elektronische Wörterbücher, elektronisch abfragbare Datenbanken und Volltextkorpora. Auch das Archiv mit bereits übersetzten Texten ist elektronisch recherchierbar. „Und wir betreiben die große Terminologiedatenbank LEXIS. Sie umfasst inzwischen 1,5 Millionen Einträge in zehn Sprachen“, und darauf hat auch jeder Bundeswehrangehörige per Intranet Zugriff, berichtet der Präsident. Zudem haben die Terminologen des Amtes zahlreiche Glossare für verschiedene Fachgebiete in unterschiedlichen Sprachen erarbeitet. „Das alles macht die Arbeit leichter und konsistent.“

Maurer, von Hause aus Jurist und seit über 30 Jahren Mitglied



Testen Sie uns 3 Monate kostenlos: Jetzt anrufen (0921) 80 29 79 06 oder unter www.bsw.de

www.bsw.de



> Technik auf dem neuesten Stand für Studierende und Übersetzer

im Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB), war, bevor er nach Hürth kam, im Bonner Bundeskanzleramt und im Bundesverteidigungsministerium tätig und brachte umfangreiche Personalerfahrung mit. Das kam, darin sind sich die Mitarbeiter einig, dem Strukturwandel des Hauses zugute, den das Amt seit 2003 unter seiner Leitung vollzogen hat. Heute beschäftigt das Bundessprachenamt Menschen aus vielen Teilen der Bundesrepublik, darunter auch etliche Kollegen, die zuvor in der DDR im Bereich der Sprachausbildung der Nationalen Volksarmee gearbeitet hatten. Das ehemalige „Institut für Fremdsprachenausbildung der NVA“ in Naumburg (Sachsen-Anhalt) ist nun Sprachenzentrum Ost und Außenstelle des Bundessprachenamtes mit den Ausbildungsschwerpunkten Englisch und Deutsch als Fremdsprache.

Maurer verweist auf ständige Umbauprozesse – neudeutsch: Transformation – mit dem Ziel, sich dem verändernden Bedarf anzupassen. „Wir verstehen uns als Dienstleister, der sich an den Bedürfnissen der Kunden orientieren muss.“ Beispiel Interaktive Überlebenssprachführer. Die erfreuen sich bei den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr wachsender Beliebtheit. Als Multimediapakete für den Einsatz sind sie in den Sprachen

Dari und Paschtu lieferbar, die in Afghanistan gesprochen werden. Die Militärangehörigen können sich damit bereits im Heimatland auf den Kontakt mit der Bevölkerung und die Meisterung des Alltags vor Ort vorbereiten.

> 260 000 übersetzte Seiten

Hier knüpfen Hans-Wolfgang Roth, Referatsleiter beim Sprachmittlerdienst (SMD), und Knut Reinhold an, auf dessen Visitenkarte „Unterstützung Auslandseinsätze“ steht. „Wir ha-



> Erfahrener Sprachmittler – Referatsleiter Hans-Wolfgang Roth.

ben auch Kurzsprachführer Albanisch für Einsätze im Kosovo und in Mazedonien und Arabisch für die Golfstaaten im Angebot, Bosnisch, Französisch, Persisch, Serbisch, Urdu, die offizielle Sprache Pakistans, und

Usbekisch – alles da.“ Aber das ist nur ein winziger Teil dessen, was die Fachabteilungen des Bundessprachenamtes leisten. Das Spektrum der Abteilung Sprachmittlerdienst umfasst das Übersetzen von Texten unterschiedlichster Fachgebiete aus und in rund 25 Sprachen für das Bundesverteidigungsministerium und in Amtshilfe für andere Bereiche des öffentlichen Dienstes, Dolmetschereinsätze, Pflege der Terminologiedatenbank LEXIS und nicht zuletzt die Fachaufsicht über das Sprachendienstpersonal im Ausland gehören dazu. Denn auch bei den Bundeswehrverwaltungsstellen in den USA, in Frankreich, Belgien, Italien, Polen und in den Niederlanden sind Sprachmittler ansässig, die allerdings der Personalführung des Bundesamtes für Wehrverwaltung unterstehen. Zudem ist SMD zuständig für Nachwuchsgewinnung und fachliche Auswahl von Sprachmittlern und Terminologen.

> Bewerber unter der Lupe

„Im Bereich der Unterstützung der Auslandseinsätze wird die Sache kompliziert“, sagt Roth. Voraussetzungen für eine externe Bewerbung für den Einsatz sind zunächst die deutsche Staatsangehörigkeit, fachliche und gesundheitliche Eignung. Bewirbt sich beispielsweise ein Ex-Afghane, der mit seiner Familie in Deutschland lebt, muss er sowohl Kenntnisse des Deutschen als auch seiner Muttersprache nachweisen. „Das ist oft sehr schwierig, weil die Menschen kaum noch Kontakt zur Sprache ihres früheren Heimatlandes haben und sich deshalb auf sehr niedrigem Level bewegen.“ Unter den Bewerbern sind Bauingenieure und Selbstständige, Taxifahrer, Arbeitslose. Vielleicht 30 Prozent der Bewerber, schätzt Roth, kommen durch. Erst dann folgt im Zusammenwirken mit anderen Behörden eine Sicherheitsüberprü-

fung und danach eine „allgemeine soldatische Ausbildung“ von vier Wochen. Für die Zeit ihres Einsatzes leisten die Externen eine Wehrübung ab. Sie sind also keine Angehörigen des Sprachendienstes und können aus ihrem Einsatz keine Ansprüche auf eine spätere Einstellung ableiten.

Auch Roth illustriert den Arbeitsumfang zunächst mit Zahlen: Im vergangenen Jahr sind vom SMD 260 000 Seiten übersetzt und davon noch einmal 90 000 auf inhaltliche, sachliche und sprachliche Richtigkeit überprüft worden. „Das ist unsere Qualitätssicherung“, sagt Roth. Innerhalb von drei Monaten wurde beispielsweise das Weißbuch der Bundeswehr ins Englische übertragen. Die 430 Sprachmittler, rund 60 Prozent davon Frauen, haben außerdem 33 000 Stunden gedolmetscht.

Bis 2010, so die Sparvorgabe, sollen noch 400 von ihnen im Amt sein.

> Profis – auch beim Weltjugendtag

Die Stärke des Sprachmittlerdienstes sieht Roth unter anderem in der Flexibilität. „Wenn das Ausbildungszentrum U-Boote einen Englisch-Übersetzer anfordert, wird geprüft, ob eine Auslastung des Kollegen auf Dauer gegeben ist. Erst dann ziehen wir einen Dienstposten irgendwo anders ab und geben ihn dorthin.“ Aber auch die völlig überraschende Anforderung, innerhalb von wenigen Stunden 15 Dolmetscher für sieben Sprachen für den Weltjugendtag 2005 in Köln zur Verfügung zu stellen, brachte die SMD-Leute nicht aus der Ruhe. Das Personal stand rechtzeitig bereit. Was Radio Vatikan offenbar nicht wusste, als es am 21. August 2005 auf seiner Homepage vermerkte, eine junge Frau habe am Rande des größten Glaubenstreffens in Köln Wehen bekommen und im nahen Krankenhaus eine Tochter



> Knut Reinhold unterstützt Auslandseinsätze: „Geiler Job“.

zur Welt gebracht, der sie den Namen Benedikta gab: Die Italienerin war nicht nur sprachlich, sondern auch menschlich die ganze Zeit über von einer Kollegin des Sprachmittlerdienstes begleitet worden...

> Beliebter Arbeitsplatz: Afghanistan

Das Fachwissen der Sprachmittler ist geschätzt und begehrt: Wenn zum Beispiel Leopard-Panzer der Bundeswehr nach Kanada und Singapur verkauft werden. Auch bei Zertifizierungsübungen der NATO kommen sie zum Einsatz. Reinhold, der schon andere Verwendungen hinter sich hat, macht aus seiner Begeisterung keinen Hehl: „Das ist der geilste Job überhaupt.“ Und Roth ergänzt: „Viele unserer Kolleginnen gehen gern nach Afghanistan, eine

von ihnen bereits zum achten Mal. Einen Arbeitsplatz mit Blick auf die schneebedeckten Gipfel des Hindukusch – das hat schließlich nicht jeder.“ Hinzu komme der kurze Draht zum Auftraggeber, das direkte Feedback auf die geleistete Arbeit, das es so bei den Übersetzungen im Auftrag deutscher Ministerien nicht gebe.

> Langeweile Fehlanzeige

Ende Februar nächsten Jahres wird sich der Präsident des Bundessprachenamtes in den Ruhestand verabschieden. Dann bleibt Hans Maurer, dem begeisterten Bergwanderer, der die Dolomiten liebt und in früheren Jahren 22 verschiedene 4 000er-Gipfel wie das Matterhorn bestiegen hat, mehr Zeit für seine Hobbys. Dazu gehört neben Familie, Garten, Labradorhündin Anna und einer Vorliebe für gute Weine auch die Fotografie. „Ich mache seit meinem 14. Lebensjahr Bilder“, sagt Maurer und beginnt eine Fachsimpelei über die jüngsten technischen Entwicklungen im Kamera-Bereich. „Keine Gefahr der Langeweile also“, versichert er. Seine Mitarbeiter im Bundessprachenamt weiß er in guter Verfassung. Und Langeweile wird dort auch künftig niemand haben.

Text: Cornelia Krüger
Fotos: Eduard N. Fiegel

> Info

Ständig unterrichtete Sprachen:

Arabisch (Ägyptisch, Irakisch, Marokkanisch, Saudi, Syrisch, Tunesisch), Chinesisch, Deutsch als Fremdsprache, Englisch, Französisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Serbisch, Spanisch, Tschechisch, Türkisch.

Nach Bedarf unterrichtete Sprachen:

Amharisch, Albanisch, Afrikaans, Bosnisch, Bulgarisch, Dänisch, Dari, Finnisch, Georgisch, Hindi, Indonesisch, Iwrit, Japanisch, Kiswahili, Koreanisch, Kroatisch, Lettisch, Makedonisch, Malaysisch, Neugriechisch, Niederländisch, Norwegisch, Paschtu, Persisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Thailändisch, Ukrainisch, Ungarisch, Urdu, Usbekisch, Vietnamesisch.

Helden des Alltags haben Anspruch auf eine risikofreie Vorsorge.

Bei der privaten Vorsorge will man genau wissen, worauf man sich verlassen kann – und aufwen. Die VPV engagiert sich schon seit Langem für den öffentlichen Dienst: Mit Vorsorge- und Versicherungs Ideen, die sich Ihren Bedürfnissen anpassen. Und einer Beratung, die sich alle Zeit der Welt für Sie nimmt. Vereinbaren Sie einen Vorsorge-Check mit uns! Am Servicetelefon unter 0 10 03/45 55 34 25*. Oder unter www.vpv.de

VPV
Der Vorsorgeverband des öffentlichen Dienstes seit 1927

180 JAHRE VPV
1827-2007

* 8,99 €/MON. AUF DEM FESTNETZ DER F-ON

Hochschulforschung:

Luther unter der Lupe

Kernphysik oder Molekularbiologie sind das eine – das breite Fächerangebot der Geisteswissenschaften etwas ganz anderes. Unstreitig ist, dass die intellektuellen Erträge beider Horizontlinien auch im modernen Universitätsleben dringend gebraucht werden. Das Wissenschaftsjahr 2007 hat die Bundesbildungsministerin nach sechs Jahren Naturwissenschaften den Geisteswissenschaften gewidmet, dem Abc der Menschheit, wie sie sagt. Geforscht wird dort natürlich in mehr Sparten, als das Alphabet Buchstaben zählt: Zum Beispiel im Fachbereich T wie Theologie in der Universitätsstadt J wie Jena: Dort wirkt der Kirchenhistoriker Volker Leppin. Seine bevorzugte Forschungsarbeit: den Reformator Martin Luther unter die Lupe nehmen.



Foto: Christine Bonath

> Recherchen zum Reformator: In einer aktuellen Martin-Luther-Biographie präsentiert Professor Volker Leppin seine jüngsten Forschungsergebnisse.

Dienstag ist Luthertag. Die Übung „Luther am Morgen“ ist bereits seit einigen Semestern bei den Studierenden des Fachbereichs ein Renner – trotz der wohl auch für Theologie-Studenten in Jena gewöhnungsbedürftigen Stunde: früh um acht Uhr über Luthers Schriften diskutieren – kommt da schon Akzeptables, etwas, das akademischen Ansprüchen standhält? „Jede Menge“, bestätigt Volker Leppin, „die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten ja eine Woche Zeit, sich mit dem ausgewählten Text auseinanderzusetzen.“ Trotzdem sei auch er oft überrascht von der Konzentration, mit der die Gedanken des Reformators aufgenommen würden. Einige Anregungen habe er in seiner Luther-Biographie weiterentwickeln können, fügt der Theologe hinzu, und diese Ergänzung legt die Vermutung nahe, dass der jugendlich wirkende Professor ein Hochschullehrer der ganz alten

Schule sein könnte. Einer, der seine Studenten ermuntert, eigenständig Fragen zu stellen und im Austausch mit anderen Antworten zu entwickeln. Einer, der nicht den Anspruch erhebt, in seinem Forschungsgebiet das letztgültige Wissen zu hüten. Dabei könnte er das durchaus tun: Der Kirchenhistoriker, der Ende dieses Jahres seinen 41. Geburtstag feiert, hat sich als hervorragender Kenner der Reformationszeit längst einen Namen gemacht. Und seit seine viel beachtete Biographie über Martin Luther im Dezember letzten Jahres erschienen ist, in der es ihm – laut Rezensentenurteil – gelungen sei, Leben und Lehre des Wittenberger Reformators in Teilen neu zu deuten, ist er auch einem breiteren Publikum bekannt. Darüber freut er sich, doch zielt diese Freude nicht in erster Linie auf seine Leistung als Autor, sondern darauf, Luther den Leuten wieder näher gebracht zu haben.

Über Luther zu arbeiten sei „un-
gemein spannend“ sagt Volker Leppin. Was er den Vater der Reformation gefragt hätte, wenn er ihm in seiner Zeit, im frühen 16. Jahrhundert, begegnet wäre? Leppin überlegt nur kurz; „Wie schaffst du das?“, hätte ich gefragt. Man muss Luthers Werdegang aus dem Blickwinkel des Spätmittelalters betrachten: Als er seine Kritik an den herrschenden religiösen Zuständen artikulierte, war er bereits Mitte dreißig, er war in seinem Orden etabliert und als Professor angesehen. Am Ende wird er aus der Kirche ausgeschlossen und muss als Rechtloser um sein Leben fürchten. Und das allein im festen Vertrauen auf Gott, das Richtige zu tun. Für einen Menschen, in dessen Vorstellungskraft die ewige Verdammnis und der Weltuntergang gegenwärtig war, muss dieser Prozess unvorstellbar viel Kraft gekostet haben.“

> Quellen sprudeln in Jena und Weimar

Auch wenn der Reformator seinem Erforscher die persönliche Antwort schuldig bleiben wird: Quellen, aus denen Volker Leppin schöpfen kann, um die Motive Martin Luthers weiter zu ergründen, gibt es reichlich in Jena und Umgebung. Die „Hohe Schule“ zu Jena, die heute den Namen des Dichters Friedrich Schiller trägt, der 1789 hier eine Professur für Geschichtswissenschaft hatte, ist immerhin so etwas wie Luthers akademische Nachlassverwalterin. Sie wurde vom „geborenen Kurfürsten“ Johann Friedrich dem Großmütigen, dem Förderer Luthers und der Reformation, 1548 als Ersatz für Wittenberg gegründet, das im Schmalkaldischen Krieg nach verlorener Schlacht der katholischen Seite zugefallen war.

„Die alte Wittenberger Schlossbibliothek, die dort der Universität gedient hatte, wurde nach Jena

gebracht. Das bedeutet, dass wir sowohl die Bücher haben, die Luther selbst benutzt hat, als auch eine umfassende Sammlung seiner Schriften“, erzählt Volker Leppin. „Das ist längst noch nicht alles systematisch erforscht.“ Der Enthusiasmus, mit dem er das sagt, lässt keinen Zweifel, dass sein Interesse an Luther noch lange nicht erschöpft ist. Weitere Quellen sprudeln im benachbarten Weimar. „Eine halbe Stunde mit dem Zug, dann bin ich im Hauptstaatsarchiv und kann wichtige Dokumente und Urkunden der Reformationszeit einsehen.“

Bei der Sichtung des Quellenmaterials liest der Lutherkenner grundsätzlich „gegen den Strich“ immer neugierig auf unerforschte Dinge, wie er sagt. „Bei uns in der Geisteswissenschaft geht nur etwas voran, wenn man etwas Neues findet“, sagt der in Helmstedt geborene und in Marburg aufgewachsene Sohn eines Pfarrers und einer Kirchenmusikerin, der „Philosophie und Glauben“ nennt, wenn man ihn nach den Triebfedern seines Engagements befragt. Pfarrer sei er nicht geworden, weil er seine Aufgabe „in der Reflexion von Glaubensfragen“ sieht. Den kerzengeraden akademischen Aufstieg – Studium der Theologie und Germanistik in

Marburg, Jerusalem und Heidelberg, mit 27 Jahren Promotion, mit 30 Jahren Habilitation –, der Leppin im Jahr 2000 mit knapp 33 Jahren auf den Lehrstuhl der Universität Jena und damit direkt in Luthers philosophisches Kraftfeld bringen sollte, führt der Professor auf „glückliche Voraussetzungen“ zurück. Schon als Kind habe er mit seinem Vater über Religionsfragen diskutiert, als Schüler des Marburger Traditionsgymnasiums Philipinum erwarb er eine gründliche humanistische Bildung und die für einen angehenden Theologen unverzichtbaren Sprachkenntnisse in Altgriechisch und Latein: „Plato und Cicero hatte ich schon an der Schule im Original gelesen; an der Uni musste ich dann nur noch Hebräisch lernen: Ich konnte also in der Theologie vom ersten Semester an voll loslegen“, sagt Leppin leicht hin. Ob er von seinen Studenten die gleiche Disziplin fordert, die er sich seinerzeit auferlegt hatte? Er lacht. Wichtig sei ihm vor allem, seinen Studenten zu helfen, ihren eigenen Glauben zu verstehen beziehungsweise Nichtgläubige bei ihrer Auseinandersetzung mit christlicher Philosophie anzuleiten.

„Es liegt an den Studierenden, wie weit sie sich auf unser Fachgebiet einlassen. Alle zusammengenommen zählt die

Theologische Fakultät rund 400 Studierende, darunter sind rund 150 bis 200 Hauptfach-Studenten, die Pfarrer oder Religionslehrer werden wollen“, zählt der Professor auf, der seit Oktober auch Dekan seines Fachbereiches ist. Jena bewege sich damit bei den Theologen bundesweit im guten Mittelfeld: „Wenn wir berücksichtigen, dass unsere Universität auf ehemaligem DDR-Gebiet liegt, wo christliche Traditionen vielerorts erst allmählich wieder stärkere Wurzeln schlagen, sind wir mit unseren Absolventenzahlen sogar ziemlich gut“, sagt Leppin. „Doch es könnten noch ein paar Leute mehr auf Pfarramt studieren“, findet er, „nach den Gemeindereformen im Osten sind die Pfarrbezirke immer größer geworden. Dort werden Pfarrer gebraucht.“

► Was wäre, wenn es Gott gar nicht gibt?

Leppin ist übrigens auch als Pfarrer ordiniert, seit er „unter thüringischem Kirchenrecht“ wirkt. Acht- bis zehnmal im Jahr predigt er – auch in der Stadtkirche zu Jena, in der schon Luther Gottesdienste hielt. Darüber hinaus widmet er sich der Bildungsarbeit auch für Nichtstudenten: „Vor ein paar Semestern haben wir in der Stadtkirche eine Ringvorlesung zur Stadtge-

► Buchtipp

Volker Leppin, Martin Luther, 432 Seiten mit 20 Abbildungen, Primus Verlag Darmstadt 2006, 39,90 Euro.

schichte angeboten: Da kamen pro Veranstaltung 300 bis 400 Leute, die etwas über ihre Heimat erfahren wollten. Mit so viel Resonanz hätten wir nie gerechnet.“

Über seine Lehr- und Forschungstätigkeit an der Friedrich-Schiller-Universität ist der vierfache Familienvater Mitglied in einer Reihe von kirchlichen und akademischen Gesellschaften und Arbeitsgemeinschaften. Seit Mai 2007 ist er beispielsweise Vorstandsmitglied des Vereins für Religionsgeschichte, Ende Juli 2007 wurde er in den „Fortsetzungsausschuss des Internationalen Kongresses für Lutherforschung“ gewählt. Der Ausschuss, dem zehn Theologen aus Europa, Nord- und Südamerika angehören, hat den Auftrag, die beiden kommenden Lutherkongresse in Wittenberg (2012) und Helsinki (2017) vorzubereiten. Und vor kurzem wurde Volker Leppin auch in den Beirat der Evangelischen Kirche in Deutschland berufen, durch den die theologischen Aktivitäten zum 500. Reformationsjubiläum im Jahr 2017 vorbereitet werden.

Währenddessen wächst im Hause Leppin offenbar die nächste Gelehrtergeneration heran.

„Papa, was wäre, wenn es Gott gar nicht gibt?“, hat mich mein ältester, heute neun Jahre alter Sohn, vor ein paar Jahren gefragt. Mit einem Fünfjährigen einen Disput über den Gottesbeweis zu führen, das sei auch für einen gestandenen Theologen eine Herausforderung gewesen“, räumt Leppin ein.

„Wenn ich damals doch nur geahnt hätte, dass das erst der Anfang war.“ *cri*



Foto: Universität Jena

► Blick in den Collegienhof, die Gründungsstätte der Universität Jena: Der akademische Lehrbetrieb der vom Geist der Reformation geprägten „Hohen Schule“ startete 1548 mit zwei Professoren und 171 Studiosi – angehenden protestantischen Geistlichen und Lehrern zumeist.

ALUMNI-Jahrestagung

„Frage nicht, was deine Organisation für dich tun kann, frage, was du für deine Organisation tun kannst.“ Unter diesem abgeleiteten Motto von John F. Kennedy trafen am 23. und 24. Juni 2007 die ehemaligen Absolventen des Zertifikatskurses „Gewerkschaftsmanagement – Führen in einer modernen Gewerkschaft“ zu ihrer alljährlichen Alumni-Jahrestagung im dbb forum siebengebirge zusammen.

Wie so vieles kommt die Idee der Alumni-Vereinigung aus den USA. Sie hat dort in amerikanischen Universitäten eine lange Tradition. Alumni werden zu Finanziers und Förderern der Universitäten, an denen sie ihre Ausbildung absolviert haben. In diesem Sinne geben sie der Organisation „etwas zurück“ und profitieren selbst weiterhin von den Vorteilen eines solchen Netzwerks. Auch in Deutschland haben Universitäten und Schulen diesen Gedanken aufgegriffen und Ehemalige organisiert.

➤ Gründung der Alumni-Vereinigung 2005

So entstand bei der dbb akademie die Idee, für die Absolventen des Zertifikatskurses „Gewerkschaftsmanagement“ eine Alumni-Vereinigung zu gründen. Die über sechzig Absolventen der bisherigen Zertifikatskurse treffen sich nun seit Juli 2005 regelmäßig mit dem Ziel, ein funktionierendes Netzwerk aufzubauen, neue Kursteilnehmer aktiv zu unterstützen und die Kommunikation zwischen dbb, den Landesverbänden und Fachgewerkschaften zu fördern. Oberste Priorität hat dabei der Ausbau der Mentorentätigkeit.

Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist der erfolgreich absolvierte Zertifikatskurs. Bisher haben insgesamt neun Zertifikatskurse „Gewerkschaftsmanagement – Führen in einer modernen Gewerkschaft“ stattgefunden. In insgesamt drei Pflicht-

modulen und drei Wahlpflichtseminaren haben sich die Teilnehmer Kenntnisse angeeignet, die den veränderten externen und internen Herausforderungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung Rechnung tragen.

Und so stellten auch die zahlreich erschienenen Teilnehmer der Alumni-Vereinigung dem Kurs das beste Zeugnis aus. Sie äußerten sich positiv über den praktischen Nutzen des Erlernens im Alltag gewerkschaftspolitischer Arbeit. „Der Kurs bietet genau das richtige Rüstzeug, um die konzeptionelle zukunftsgerichtete Interessenvertretung der dbb Mitglieder als eine zentrale Aufgabe der Zukunft anzugehen“, so Norbert Quitter, Vertreter des Sprecherrates der Alumni-Vereinigung. „Führungskompetenz ist für gewerkschaftliche Funktionsträger heute unverzichtbar. Moderne Gewerkschaftsführung muss im Interesse einer erfolgreichen Interessenvertretung auch die in ihrem Umfeld vorhandenen wirtschaftlichen, politischen

und rechtlichen Rahmenvorgaben analysieren und berücksichtigen.“

➤ Zukunft der Gewerkschaften

Dass die Konkurrenz den dbb nicht schonen werde, stellten übereinstimmend Heinz Ossenkamp, Vorsitzender der dbb akademie und stellv. Vorsitzender des dbb beamtenbund und tariffunion und Manfred Schell, stellv. Vorsitzender der dbb akademie und Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), fest. Nur mit einem Höchstmaß an Professionalität sei dieser Situation zu begegnen. Noch nie zuvor sei die Gewerkschaftsarbeit so wichtig gewesen wie in heutigen Zeiten.

Auch Professor Dr. Ulrich von Aleman von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf teilt diese Ansicht. In seinem Vortrag zur „Zukunft der Gewerkschaften“ spricht er unter anderem von den fünf Krisen, in denen sich die deutschen Gewerkschaften befinden und nennt die Mitgliederkrise, die Rekrutierungskrise, die Repräsentationskrise, die Legitimationskrise und die Organisationskrise. Dabei lägen die Ursachen dieser Krisen sowohl bei den Gewerkschaften selbst als auch in ihrer Umwelt. In erster Linie sei dafür ein Wandel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsverhältnisse verantwortlich.

➤ Workshops Netzwerksteuerung und Wissensmanagement

Die Alumni-Mitglieder wissen, wie wichtig ein enger und dauerhafter Kontakt untereinander ist. Ein Workshop hatte deshalb das Thema „Netzwerke effektiv steuern“ und konnte den Teilnehmern wichtige Ansatzpunkte für die souveräne Nutzung von Netzwerken geben. Genauso wichtig ist es aber auch, sich mit dem Thema „Wissensmanagement“ auseinanderzusetzen. Um welches Wissen muss man sich als Vereinigung bemühen, um z. B. an den Zukunftsthemen beteiligt zu sein und den Mitgliederbedarf zu kennen? Klare Zielsetzungen und eindeutige Aufgabenstellungen sind dafür eine wesentliche Voraussetzung. In diesem Sinne möchten die Mitglieder ihre Arbeit fortführen und ausweiten.

Für alle, die Interesse am Fortbildungsangebot „Gewerkschaftsmanagement“ haben: Der nächste Kurs beginnt am 6. Dezember 2007 im dbb forum siebengebirge mit seinem ersten Modul „Gewerkschaftliche Rahmenbedingungen – Anforderungen an die Gewerkschaftsarbeit der Zukunft“.

Ihre Ansprechpartnerin für diesen Kurs in der dbb akademie ist:

Anke Weigend,
Tel. (02 28) 8 19 31 20, E-Mail:
a.weigend@dbbakademie.de ■



➤ „Alumni“ unter sich.

dbb akademie – voll im Trend mit Inhouse-Schulungen und neuen Lernprogrammen

Im Oktober erscheint das Jahresprogramm 2008 der dbb akademie mit seinem breiten Bildungsangebot – Seminare, Workshops, Fachtagungen, Kongresse und Beratungsleistungen. Wir bieten die gesamte Palette von Fortbildung.

Was viele nicht wissen: Alle im Gesamtprogramm aufgeführten Seminare und spezielle von den Kunden gewünschte Themen sind auch als maßgeschneider-tes Inhouse-Training zu buchen. Die Vorteile einer Inhouse-Schulung liegen auf der Hand: Die Programme sind konkret auf die Bedürfnisse der Teilnehmer abgestimmt, Praxisprobleme und -fragen werden fundiert und kundenspezifisch aufgearbeitet, die Dozenten stehen auch nach den Seminaren für Beratung zur Verfügung. Gerne nutzen Behörden und Institutionen unser Angebot, Fortbil-

dungs- und Konzeptionsberatung, Durchführung der Veranstaltung und Erstellung von Unterrichtsmaterialien in eine – sprich unsere – Hand zu geben.

Mit Lernprogrammen haben Sie die Nase vorn

Moderne Lernformen und neueste Technik schaffen ideale Lernvoraussetzungen. Die dbb akademie hat daher Lernprogramme zu folgenden aktuellen Themen für Sie entwickelt:

- > Personalentwicklung in der öffentlichen Verwaltung
- > Das allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG)
- > Vorbereitung auf die Prüfung zum EPMC (European Public Management Certificate)

Ganz neu im Angebot ist das von der dbb akademie und digital spirit erarbeitete Lernprogramm „**Neues Tarifrecht in der öffentlichen Verwaltung**“, das unter anderem Themen wie das neue Entgeltsystem, Stellenbewertung und Eingruppierung, Arbeitszeitmodelle und Dienstvereinbarungen beinhaltet. Es ist ab sofort bei der dbb akademie erhältlich.

Wenn auch Sie an einer Inhouse-Schulung interessiert sind oder das Lernprogramm beziehen möchten, geben Ihnen gerne Auskunft:

Käthe Stelzner (Inhouse-Schulung)

Tel. (0 30) 40 81 65 44

E-Mail: k.stelzner@dbbakademie.de

Renée Krause (Lernprogramme)

Tel. (0 30) 40 81 65 16

E-Mail: r.krause@dbbakademie.de

Bestellen Sie jetzt. Ganz einfach. Ganz wie Sie wollen.

Fragen zur Personalratsarbeit? Hier sind neue Antworten!

Der Inhalt im Überblick:

- Grundzüge des Personalvertretungsrechts
- Gesetzestexte mit Erläuterungen
- Begriffsbestimmungen, Schaubilder
- Mustervorlagen und Formbriefe
- aktuelle Rechtsprechung
- Kurzerläuterung der Wahlordnung



Was Sie davon haben:

In bewährter Weise beantwortet auch die 14. Auflage alle wichtigen Fragen zum Personalvertretungsrecht des Bundes und der Länder: klar, prägnant und praxisorientiert. Ein einführendes Kapitel in die Grundzüge des Personalvertretungsrechts sowie einprägsame Schaubilder erleichtern erstmals gewählten Personalräten den Einstieg; die klare Gliederung und das umfangreiche Register ermöglichen eine schnelle Orientierung ohne langwieriges Suchen.

So bestellen Sie ganz einfach:
Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-mail oder über Internet mit.

453 Seiten € 34,90*

ISBN: 978-3-87863-133-0

* zuzgl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE
UND ARBEITNEHMER

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165
10117 Berlin

Telefon: 0 30/7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/7 26 19 17-40
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de
Internet: <http://www.dbbverlag.de>

BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

☐ ... Exemplar/e „Personalvertretungsrecht des Bundes und der Länder – 14. Auflage“

☐ Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift: _____

MAG/09/07



Neue Kampagne der Bundesregierung für Auszubildende: Vielfalt in der Ausbildung

Auch in diesem Herbst werden wieder viele junge Menschen keinen Ausbildungsplatz finden. Der Anteil der Migranten unter den Suchenden ist besonders groß. Um die Startchancen gerade dieser jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern, hat die Bundesregierung jetzt einen Wettbewerb ausgelobt, bei dem vorbildliche Praxis in Wirtschaft und öffentlichem Dienst ausgezeichnet werden soll. Der dbb ist in einem beim Kanzleramt angesiedelten Sachverständigenrat und als Juror im Wettbewerb „Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung“ beteiligt.

Die Gründe, weshalb gerade Migranten bei der Suche nach einer beruflichen Perspektive scheitern, sind vielfältig: Häufig sind die Schulabschlüsse nicht ausreichend. Oft fehlen die Deutschkenntnisse. Jahr für Jahr verlassen einige Zehntausend Schülerinnen und Schüler die Hauptschule ohne Abschluss. Darunter sind zahlreiche deutsche Jugendliche, aber auch viele Heranwachsende mit Migrationshintergrund.

Doch haben junge Zuwanderer und deren hier geborene Kinder selbst dann häufig Probleme bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz – wenn sie gut qualifiziert sind. Um die beruflichen Startchancen dieser besonderen Gruppe möglicher Arbeitnehmer der Zukunft zu verbessern, sollen auch die Arbeitgeber, private wie öffentliche, mehr in die Pflicht genommen werden, einen Beitrag zur Integration zu leisten: Die von der Bundesregierung unterstützte „Charta der Vielfalt“, bei der es allgemein um mehr Chancengleichheit in deutschen Unternehmen geht, soll hier gute Dienste leisten.

> „Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung“ gestartet

Maria Böhmer ist Staatsministerin im Kanzleramt. Die CDU-Poli-

tikerin ist in der Bundesregierung für Fragen der Integration zuständig. Sie ist Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration. Im Rahmen der 2006 gestarteten „Charta der Vielfalt“ will sie mit dem Wettbewerb „Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung“ auf die bestehenden Integrationsprobleme aufmerksam machen. Vorbildliche Einstellungspraktiken von Unternehmen, aber auch von öffentlichen Verwaltungen, Ämtern und Behörden sollen prämiert werden. Maria Böhmer sagt: „Wir wollen hier Bewusstsein schaffen. Wir reden nicht über Defizite, sondern über Chancen. Vielfalt ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft, für unsere Unternehmen und unsere Verwaltung.“

Wer die von führenden deutschen Unternehmen initiierte und von der Bundesregierung unterstützte „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet, bekennt sich zur Vielfalt als Chance. Ziel ist ein Arbeitsumfeld, das frei von Vorurteilen ist. „Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität“, heißt es in der Charta, zu deren

Erstunterzeichnern die Unternehmen DaimlerChrysler, Deutsche Bank und Deutsche BP gehörten. Aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes haben beispielsweise das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), die Bundesagentur für Arbeit (BA) und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet.

Die Kampagne „Kulturelle Vielfalt als Chance“ zielt speziell auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Sie soll die Chancen verdeutlichen, die in der Integration liegen, Beispiele für erfolgreiche Strategien aufzeigen. Und sie soll den Arbeitgebern – auch im öffentlichen Dienst – differenzierte und konkrete Unterstützung bieten: Schließlich geht es auch um das Erschließen neuer Potenziale, um Flexibilität und Kreativität.

> Sprachkompetenz als Schlüssel zum Erfolg

Obwohl die öffentliche Verwaltung in Sachen Chancengleichheit allgemein kein schlechtes Bild abgibt, ist die Zahl von Auszubildenden und Beamtenanwärtern mit Migrationshintergrund leicht überschaubar. Das mag daran liegen, dass es gerade in der öffentlichen Verwaltung in vielen Bereichen ganz entscheidend auf die Sprachkompetenz ankommt. Eine Hür-

de, an der dauerhaft hier lebende Menschen anderer Muttersprache oft scheitern.

Hier gilt es, schon im vorschulischen und schulischen Bereich für eine bessere Sprachausbildung zu sorgen. Nur so können aus Sicht des dbb gesellschaftliche und politische Anstrengungen für eine bessere Integration auf fruchtbaren Boden fallen.

Wie wichtig diese Bemühungen um eine nachhaltige Integration der Migranten sind, zeigen die Prognosen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Einige deutsche Großstädte werden nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels im Jahr 2020 einen 50-prozentigen Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund haben. Wenn dann die Verwaltungsämter zu 95 Prozent von deutschstämmigen Bürgern besetzt sind, kann das nicht förderlich sein für den sozialen Zusammenhalt in einem Land, das seit Jahrzehnten Einwanderungsland ist und das, so sieht es auch die Bundesregierung, Einwanderung braucht.

> Erste Preisverleihung im Februar 2008

Im Februar 2008 sollen erste Gewinner des Wettbewerbs ausgezeichnet werden, Einsendeschluss für die Wettbewerbsteilnehmer ist am 14. Dezember 2007. Der dbb möchte seine Mitglieder ermutigen, sich an der Kampagne und an dem Wettbewerb zu beteiligen. Wer in der Verwaltung speziell jungen Migranten Ausbildungschancen bietet, sollte sich an dem Wettbewerb beteiligen. „Gerade der öffentlichen Verwaltung kommt immer, das gilt auch auf diesem Feld, eine gesellschaftliche Vorbildfunktion zu“, findet Staatsministerin Maria Böhmer. *cm*

> Info

Weitere Informationen über die Teilnahme am Wettbewerb, seine Modalitäten und Fristen: Regiestelle „Vielfalt als Chance“, c/o Roland Berger Strategy Consultants, Alt-Moabit 101b, 10559 Berlin, Tel. (0 30) 3 99 27 34 56 Fax (0 30) 89 68 34 56
mailto:
info@vielfalt-als-chance.de
www.vielfalt-als-chance.de



Mit dbb-Extrabonus in der Kfz-Versicherung



Nutzen Sie unsere TOP-Vorteile:

TOP-Tarife

Wir versichern Sie günstig und beraten Sie fair.

TOP-Leistungen

ÖKO-TEST bestätigt in Ausgabe 2/2007:
der HUK-COBURG Classic Tarif ist eindeutig Testsieger.

TOP-Schadenservice

Wir kümmern uns auf Wunsch um die Reparatur Ihres PKW.
Das Auto wird in hoher Qualität repariert und wir geben auf die
Reparatur 3 Jahre Garantie. Bei Wahl von Kasko SELECT sparen
Sie 15% vom Kasko-Beitrag.

TOP-dbb-Extrabonus – 25 € für Sie als Neukunde!

dbb-Mitglieder erhalten einmalig 25 € dbb-Extrabonus, wenn sie
als Neukunde mit ihrem Pkw zur HUK-COBURG wechseln.

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtli-
chen Telefonbuch unter »HUK-COBURG«. Sofortige Auskunft bekom-
men Sie hier: 0180 2 153153* oder unter www.HUK.de.

*6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz der Deutschen Telekom AG



dbb
vorsorgewerk



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Gesine Schwan:

„Menschen sind mein Hobby“

„Wir sind mit Frau Schwan verabredet.“ Dieser kurze Satz, halb feststellend, halb fragend formuliert, genügt. Weitere Erklärungen sind unnötig. Ein Ober weist uns freundlich lächelnd den Weg durch das Café Einstein, Unter den Linden 42, in Berlin-Mitte, wo wir die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina zum Lunch treffen. Gesine Schwan ist bekannt – und das nicht nur im Berliner Regierungsviertel. Ihre Kandidatur zur Bundespräsidentin hat ihr eine Popularität beschert, die sie auch nach drei Jahren noch virtuos zu nutzen weiß – nicht für sich, aber für „ihre“ Universität und für die deutsch-polnische Völkerverständigung.

Trotz des schwül-heißen Wetters ist Gesine Schwan bester Laune, begrüßt uns herzlich und plaudert mit uns fast zwei Stunden lang über ihre Arbeit, ihre Pläne und über ein mögliches Engagement in einer der ehrenamtlichen Initiativen ihres Mannes Peter Eigen, wenn sie im Herbst nächsten Jahres ihr Amt als Universitätspräsidentin aufgeben und mit dann 65 Jahren in den Ruhestand treten wird. Davon ist die quirlige Präsidentin allerdings noch weit entfernt, und dem Bild einer (Fast-)Pensionärin entspricht die schlanke Frau mit ihrer obligatorischen Turmfrisur und leuchtend roter Jacke ganz und gar nicht.

Am frühen Morgen ist Gesine Schwan noch ausgiebig im Schlachtensee geschwommen, und nach dem Mittagsgespräch mit dem dbb magazin geht es nach Frankfurt/Oder zur Viadrina. Ihr Terminkalender ist prall gefüllt: „Wenn ich nicht aufpasse, sind alle Termine für dieses Jahr bereits komplett verplant, aber das will ich nicht.“

Sie erzählt von ihrer kleinen Wohnung in Frankfurt/Oder, die sie „als meine Schlafstelle dort“ bezeichnet, aber ihr Lebensmittelpunkt befinde sich nach wie vor in Berlin. „Mein Haus in Berlin-Nikolassee liegt ganz in der Nähe des Hauses meines Mannes. Das ist sehr

praktisch, denn wir sind zwar verheiratet, aber zusammengezogen sind wir nicht.“ Kokett lächelnd fügt sie hinzu: „Meine Kleider sind aber im Haus meines Mannes.“ In Berlin-Reinickendorf wurde sie geboren, auf der renommierten Französischen Schule/Collège Français machte sie Abitur. – Mit einer ehemaligen Klassenkameradin hat sie nach Jahrzehnten wieder Kontakt aufgenommen. – Sie studierte Romanistik, Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaften in Berlin und Freiburg im Breisgau. Studienaufenthalte in Warschau und Krakau wirkten ebenso prägend für ihr späteres Engagement für die deutsch-polnische Freund-

schaft wie die Herkunft der Mutter aus einem Gebiet Oberschlesiens, das nach dem Ersten Weltkrieg polnisch geworden ist.

Ab 1977 lehrte Gesine Schwan als Professorin für Politikwissenschaften am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Dort hatte sie auch ihren ersten Mann, den Politikwissenschaftler Alexander Schwan kennen gelernt, mit dem sie zwei Kinder hat. Schwan verstarb 1989, und sie habe lernen müssen, „sich allein zurecht zu finden“.

Seit Oktober 1999 ist Gesine Schwan Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Hier, an einer historischen Nahtstelle zwischen Ost und West, kann sie ihr Grundanliegen verwirklichen, Menschen aller Nationalitäten zusammenzubringen, um gemeinsam zu lernen und zu leben. „Gemeinsames Wohnen fördert den Zusammenhalt“, erläutert sie ein von ihr unterstütztes und gefördertes Projekt an der Viadrina, „und die Frankfurter haben sich mittlerweile auch an die polnischen Studenten gewöhnt“, fügt sie hinzu und lobt die Zusammenarbeit mit den über 40 studentischen Arbeitsgruppen und den Selbstverwaltungsgremien.

An der Viadrina sind insgesamt etwa 5000 Studenten aus über 70 Ländern eingeschrieben, die sich auf die drei Fakultäten Rechtswissenschaft, Kulturwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften verteilen und ihr Studium nach internationalen Standards gestalten können. Über die angebotene Qualität von Forschung und Lehre macht sich Gesine



Fotos: Jan Brenner

Im Gespräch mit Gesine Schwan: Chefredakteur Dr. Walter Schmitz (links) und Pressesprecher Dr. Frank Zitzka.



mische Aspekte, hält sie für überaus nachteilig.

„Ich habe mich zwar immer als Unternehmerin gefühlt, um Dinge gemeinsam mit Partnern voranzubringen,“ erklärt sie lebhaft, „aber nach Bologna sollen Hochschulen wettbewerbsfähig und vergleichbar gemacht werden, in dem Leistung und Qualität ausschließlich nach ökonomischen Parametern gemessen werden. Wenn Forschungsthemen ökonomisch sein müssen und keine Möglichkeiten für Um- und Irrwege bestehen, dann herrscht Konkurrenz statt Kooperation. Da geht der Geist der Hochschule verloren.“ Sie habe aber weder etwas gegen Drittmittel noch gegen Unis, die Geld machen würden, fügt sie erklärend hinzu, aber das allein mache keine Hochschule aus.

Um mehr ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen und eigene Entscheidungsspielräume zu sichern, kämpft Gesine Schwan seit Jahren um die Umwandlung der Viadrina in eine Stiftungsuniversität. Inzwischen besteht eine Förderung, in der Deutschland und Polen als Hauptstifter agieren. 50 Millionen Euro hat der Bund inzwischen mit Unterstützung von Altbundeskanzler Gerhard Schröder, Wissenschaftsministerin Annette Schavan und Bundeskanzlerin Angela Merkel auf das Stiftungskonto eingezahlt, sodass die Chancen gut stehen, den Umwandlungsprozess bis zur Emeritierung Gesine Schwans zum Abschluss zu bringen.

Hilfreich seien dabei immer noch die Kontakte und Netzwerke, die sie in der kurzen Zeit ihrer Kandidatur für SPD und Bündnis90/Die Grünen zur Bundespräsidentin knüpfen konnte. Die gut sechs Wochen des Frühjahrs 2004 im Rampenlicht seien eine hervorragende PR-Kampagne für die

Viadrina gewesen. Sie selbst habe sich verhalten „wie immer“, musste weder Lobbyarbeit machen noch politische Entscheidungen treffen. Stattdessen hat sie mit Offenheit, Ehrlichkeit und Idealismus versucht, die Menschen zu überzeugen. Dass viele sich von dieser authentischen Art ermutigt gefühlt haben, hat Gesine Schwan ebenso überrascht wie die lange positive Nachwirkung ihrer Kandidatur.

Ganz wichtig ist es ihr, eine Sprache zu benutzen, die nicht in einen „Insider-Jargon“ verfällt, der eine Verständigung mit den Menschen erschwert, wenn nicht verhindert. „Das ist eine enorme geistige Anstrengung, aber sie ist es wert,“ fügt sie hinzu. „Was schlecht ist, ist schlecht und lässt sich nicht schön reden.“

Beim Cappuccino wechseln wir noch einmal das Thema, fragen nach Hobbys. Ja natürlich bleibe ihr trotz Zwölf-Stunden-Tag noch etwas Zeit für Privates. Das regelmäßige Familienabendessen sonntags gehöre ebenso dazu wie Gäste zu empfangen und bei gutem Essen und einem Glas Rotwein spannende Gespräche zu führen. Gelegentlich musiziere sie abends mit ihrem Mann Peter Eigen, der ein „passionierter Jazzler“ sei. Gelegentlich werde geseelt, gelegentlich im Winterurlaub Ski gelaufen. „Eigentlich sind Menschen mein Hobby,“ fasst sie zusammen, und ihr Blick ist für einige Momente ernst und versonnen – doch dann lacht sie wieder herzlich. Das Auto wartet bereits vor der Tür. Sie muss am frühen Nachmittag zu Gesprächen in der Viadrina sein. sm



Schwan denn auch keine Sorgen, aber die allgemeine Ausrichtung der Hochschulpolitik, vor allem vor dem Hintergrund des sogenannten Bologna-Prozesses, auf vorwiegend ökonomische

Lifta – der meistgekaufteste Treppenlift

Wenn Sie uns kontaktieren, rufen Sie an: **0800-22 44 66 1**
kostenlos, werktags 9-18 Uhr

Neu **Jetzt auch zur Miete**

- Lifta passt praktisch überall
- Wird einfach auf der Treppe aufgestellt
- Einfach installieren, Etagen selbst
- Über 60.000 verkaufte Lifts
- Sehr hohe Kundenzufriedenheit
- Eigener Kundendienst: bundesweit
- 165 Tage für Sie erreichbar

GUTSCHEIN

☐ Ich möchte für mich einen Treppenlift – besonders weil unverbindlich

Name/Vorname: _____
Telefon: _____
FELT: _____
Lifta GmbH, AB, DRF 07, Herbolzheimer Straße 33, 50660 Köln

Bundesjugendausschuss in Königswinter:

dbb jugend mit neuer Spitze

Michael Westphal ist neuer Vorsitzender der dbb jugend und folgt damit Dietmar Knecht an der Spitze der zweitgrößten gewerkschaftlichen Jugendorganisation in Deutschland. Am 24. August 2007 wählte der Bundesjugendausschuss Westphal im dbb forum siebengebirge für die verbleibende Amtszeit bis zum Jahr 2011.

Westphal bekräftigte in seiner Antrittsrede in Königswinter-Thomasberg, den klaren inhaltlichen Kurs der dbb jugend weiterzuführen: „Die dbb jugend wird sich auch künftig mit Stellungnahmen zu jugendpolitischen Themen in die öffentliche Diskussion einmischen und die Interessen der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit Nachdruck vertreten“. Westphal will insbesondere die anerkannt gute Stellung im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) sichern. Insgesamt soll aktive Jugendpolitik einen hohen Stellenwert in der Amtsperiode Westphals einnehmen. Projekte wie die Beteiligung der dbb jugend am Deutschen Jugendhilfetag 2008 in Essen und am Ju-

gendfestival Berlin 2008 werden auch unter dem neuen Vorsitzenden weitergeführt. Mit der Vorbereitung beider Events schritt der Bundesjugendausschuss noch während Sitzung zur Tat.

► Events geplant

Die stellvertretenden Vorsitzenden Christian Beisch, Uwe Klapproth und Thomas Löwe vervollständigen das Team der Bundesjugendleitung um den ausgewiesenen Tarifexperten Westphal. Beisch, Klapproth und Löwe bearbeiten künftig die Schwerpunkte Dienstrecht und Innere Sicherheit. Vorerst bleibt es aber bei der Vertretung der dbb jugend in der dbb tarifunion durch Silvio Venturini als Mitglied der Jugendpolitischen Kommission.



► Dietmar Knecht (links) beglückwünschte Michael Westphal zu seinem Wahlerfolg. Knecht schied aus dem Amt, da er im Mai 2007 zum Vorsitzenden des dbb Landesbundes Mecklenburg-Vorpommern gewählt worden war.

Weiter verabschiedete der Bundesjugendausschuss den Haushalt der dbb jugend für das Haushaltsjahr 2008 und be-

riet über die Anträge der dbb jugend an den im November in Berlin stattfindenden Gewerkschaftstag 2007 des dbb. ■

► Info

Der neue dbb Bundesjugendleiter Michael Westphal (37) aus Hamburg ist stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und Landesgeschäftsführer der dbb jugend hamburg. Westphal hat den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Dienst absolviert und nimmt die Aufgaben eines angestellten Betriebsprüfers im Außendienst wahr. Derzeit ist Westphal als Mitglied des Personalrates freigestellt. ■

t@cker

T@cker hat im September über den Teller rand deutscher Politik hinausgeblickt und sich bei Kolleginnen und Kollegen umgesehen und umgehört, die bei der Deutschen Botschaft in Kopenhagen arbeiten. Neben dem Alltagsgeschäft steht ganz aktuell eine weitere wichtige Aufgabe der Deutschen Botschaften insbesondere in Krisengebieten im Fokus des öffentlichen Interesses: Hilfe für in Not befindliche Staatsangehörige – rund um die Welt, rund um die Uhr, egal ob im Katastrophen- oder Entführungsfall. Gemeinsam mit dem Krisenstab im Auswärtigen Amt in Berlin arbeiten die Botschaften daran, auch fern der



Heimat ein möglichst hohes Maß an Schutz und Fürsorge des Staates für die deutschen Staatsbürger zu gewährleisten. „Weltreisen de vom Amts wegen“, so interessant können Jobs im öffentlichen Dienst sein.

Grenzübergreifend widmet sich T@cker neben der großen Diplomatie einem großen Schulterschluss: Gemeinsam mit ver.di hat der dbb die Initiative Öffentliche Dienste gegründet, die unter dem Motto „Genug gespart!“ auf die große Bedeutung des öffentlichen Dienstes in Deutschland aufmerksam macht und sich für bessere Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen einsetzt. Weiteres dazu und natürlich viele aktuelle News aus den Fachgewerkschaften und Jugendorganisationen des dbb, Gewinnspiele und Tipps gibt es wie immer unter www.tacker-online.de. ■

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung
 Festzins 12 Jahre 5,15%, effekt. Jahreszins 5,69%
 Beispiel: 30-jährige Beamte, Festzins 5,95%,
 Laufzeit 20 Jahre, effekt. Jahreszins 6,53%
 20.000 € = monatlich 175,37 € inkl. Lebensvers.
 55.000 € = monatlich 385,21 € inkl. Lebensvers.
 Ratenkredite: Festzins ab 5,48%, effekt. Jahres-
 zins, Laufzeit 1-10 Jahre
 NEB: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre
 Info-Büro 0900/77 88 000 gebührenfrei
 Fax-Nummer: 051/31/79 03 66
 vermittelt: K. Jäkel, Am Hauptberg 3, 30009 Wedemark
www.beamtendarlehen-center.de

Hypotheken
 Festzins 4,92%, effekt. Jahreszins 5,80% (18 Jahre fest)
 Bausparung bis 118% möglich
Beamtendarlehen
 und unbefristete Angestellten des öffentl. Dienstes
 Festzins ab 5,50%, effekt. Jahreszins 6,84%
 Laufzeit 12 Jahre, möglich ist eine Laufzeit bis 28 Jahre
 vermittelt: Ines Jäkel + Rasmussen
 H.-J. Jäkel
 Einigkeit 1 - 4037 Dortmund
 ☎ (02 31) 9 14 51 45
www.ifs-jakel.de

Beamtendarlehen
Angestelltendarlehen
 Festzins ab 5,15% p.a., eff. Jahreszins 5,66% p.a.
 Laufzeiten von 12 bis 20 Jahren
 Sonderdarlehen
 Ratenkredit mit Laufzeiten von 1 bis 10 Jahren
 eff. Jahreszins 5,45 %
 Hypotheken ab 5,25% eff. Jahreszins 5,55%
 5 Jahre fest
 vermittelt:
FINANZSERVICE NEUMANN
 Lange Straße 10, 47 • 47572 Krefeld
 bundesweite Angebotskette (0800) 5 0910 20
 Tel. 0 2402 5 0910 80 • Fax (024 25) 5 0910 84
 E-Mail: www.breite-fair-betrachte.de

BARGELD
 ☎ (02 01) 22 13 48
 1. Einmal, schnell, sicher
 2. Kreditabteilung kein Hindernis
 3. auch bei negativer Auskunft
 4. zinsgünstige Beamtendarlehen
 5. Auszahl. noch am selben Tag mögl.
 6. Laufzeit bis 240 Monate
 vermittelt **PECUNIA GmbH**
 45127 Essen - Gönnerfeld 21

Darlehen supereinstufig ^{*)} nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter
 Vorberatung wichtiger als Kostenvoranschlag
 Beamtendarlehen supereinstufig, z. B. Beamte a. L. oder unbefristete Angest., 40 Jahre, 12 Jahre f.f., bei 30.000,- €, eff. 1,95% - € bei 60.000,- €, eff. 2,34% - € bei 90.000,- €, eff. 2,34% - € bei 120.000,- €, eff. 2,34% - € bei 150.000,- €, eff. 2,34% - € bei 180.000,- €, eff. 2,34% - € bei 210.000,- €, eff. 2,34% - € bei 240.000,- €, eff. 2,34% - € bei 270.000,- €, eff. 2,34% - € bei 300.000,- €, eff. 2,34%
 *) Extrastufen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bauplanvertrag. Supereinstufige Hypotheken, mit 2% Sonderkündigungsschutz, Belastung bis 100%
AK-Finanz Kapitalvermittlung GmbH, Bismarckstr. 85, 67069 Ludwigshafen
 Telefon: (06 21) 5184 88, Fax: (06 21) 62 85 09, E-Mail: info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de **Tel. 0800/1000 500**

Darlehen
 für Beamte, Angestellte und
 Arbeiter des ö. D.
 Zur Verwendung für:
 • Ablösung teurer Altkredite
 • Ausgleich des Girokontos
 • Hypothek- und Nachschulden
 • Umschuldungen
 • Barauszahlung
 Nutzen - niedrige Raten - lange Laufzeiten
 Vertrauensvolle zügige Abwicklung:
IM & KA GmbH
 Warendorfer Straße 57
 48145 Münster
 Tel.: 0251-374 04 91
 Fax: 0251-374 04 92
 0172-868 75 42
<http://www.imundka.de>
service@imundka.de

PARTNER IN BAUFINANZIERUNGSFRAGEN
 Hypothekendarlehen für Kauf, Neubau,
 Restkreditleasing: Zinssatz 4,95 %, effektiv 4,99 %, bei 10 Jahren Tilgung 1 %
 NEB: Fixkosten bei Objektkauf auch mit AMRung
 bescheidener Kredite möglich.
 Darlehen für die Zukunft sichern durch Fixkostendarlehen
 ohne Zinsschwankung
 Beamte- / Angestelltdarlehen: Festzins ab 5,50 %
 effektiv, 12 Jahre f.f., Laufzeit 18 Jahre, effektiver
 Jahreszins 6,40 %, Beispiel: 18.000 € festes Basis-
 30-jähr. mtl. 172 € inkl. Ver.-Beitrag
 Beamtendarlehen für Hausbau: 10.000 € ohne Grund-
 beschuldigung, Zinssatz 4,99 %, effektiv 5,00 %, bei 10 €
 Rendite 10 Jahre bis 100 %
 vermittelt: **Gefinanz Kapitalvermittlung GmbH**
 Egon-Baumgasse 15 • 37679 Göttingen
 Fax 0551 / 999 99 44 • Fax 999 99 30
info@gefina.de • www.gefina.de

TOP-Finanzierung
www.top-finanz.de
 Nur das Beste für Sie:
 Auswahl aus dem gesamten Darlehensprogramm für jede
 Zweck - auch zur Abkehr vom Kredit in Teilzahlungen
 → **Beamtendarlehen** 12 Jahre 5,10% effektiver Jahreszins 5,66%
 und **Angestelltendarlehen** 20 Jahre 5,99% effektiver Jahreszins 6,57%
 mit garantierter Rendite
 Beispiele für 32-jährige Beamte - 20 Jahre Laufzeit - jäh. inkl. Lebensvers. - Beitrag:
 15.000,- € mtl. 197,49 € 25.000,- € mtl. 227,79 € 40.000,- € mtl. 361,47 €
 Ob LV-Darlehen, langf. Ratenkredit, Bausparkredite oder Sofort-Darlehen -
 fordern Sie Ihr kostenfreies TOP-Angebot!
 „Sonderzins ab 1,95% nominal - effektiver Jahreszins ab 2,34% ab Zuteilung des neuen Bauplanvertrags“
Andreas Wendholt
 Kapital- und Anlagevermittlung
 Präf.-Höfing-Straße 10
 46325 Borken
 TEL.-Nummer: 0800-3310 332
 Telefax: (0 28 62) 38 04
 E-Mail: info@top-finanz.de

www.dbbverlag.de
 Informationen für Beamte, Angestellte und Arbeiter

www.aljets-finanz.de
Beamtendarlehen & Angestelltendarlehen
 20 Jahre Laufzeit, Alter 27 Jahre 10.000,- € mtl. Rate ab 80,38 €
 Festzins 5,95% 20.000,- € mtl. Rate ab 135,45 €
 effekt. Jahreszins 6,40% 50.000,- € mtl. Rate ab 239,32 €
 Tel. 0800-10125 55
 gebührenfrei

www.beamteninfo.de
 vermittelt
Darlehen
 für Beamte, öffentl. Dienst,
 Akademiker
 Info: (02 31) 5 86 51 77
Beamteninformationsdienst

ZIPR
 Das ganze Jahr aktuell informiert
 mit der Zeitschrift für Personal-
 vertriebsrecht

Sie sollten es 2 mal lesen
Ein Beispiel:
 35.000,- € sofort bar
 + 15.000,- € Zusatzrente p.a.
 mtl. Belastung ca. 150,- €
www.rjglobal-invest.de
 Tel. (0 72 31) 4 24 02 06
 Fax 424 02 09

**Sie können viel dagegen tun,
 daß Kinder süchtig werden.**
 Rufen Sie uns an:
0221/89 20 31
 Informationstelefon der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

HAMBURG **Beamtenkredit zum Niedrigzins 2007 • Angebot per eMail**
MANNHEIMER **0800 - 770 80 80 (gebührenfrei) • www.beamtenkredit.de**
 mit Gewinnanteil

**Haben Sie kein Mitleid.
 Schenken Sie
 Aufmerksamkeit.**
Lebenshilfe
 für geistig Behinderte e.V.
 Postfach 70 11 63, 35020 Marburg
 Spendenkonto 310, Marburger Volksbank

Die Spezialbank für Beamtendarlehen
 Langfristige Darlehen bis 125.000,- €
 – Persönliche Darlehen ohne dingliche Besicherung –
 Laufzeiten bis 20 Jahre – Festzinssatz – geringe monatl. Belastung
 Zur freien Verfügung oder für kostensparende Umschuldungen
 Bitte fordern Sie unser Informationsmaterial ab
 Telefax (0 30) 30 06 83-22 **www.maselbank.com**
 Telefon (0 30) 30 06 83-0 Seit 40 Jahren im Dienst der deutschen Beamtenschaft

MASELBANK
MASEL BANK
 Heerstraße 18/20
 14052 Berlin

Neue Bankdienstleistungen für dbb Mitglieder:

Attraktiv & exklusiv

Viele Beamte und Tarifbeschäftigte haben wegen stagnierender oder sinkender Einkommen in den letzten Jahren den Gürtel enger schnallen müssen. Gleichzeitig ist vieles teurer geworden. Da lohnt es zu prüfen, wo noch häusliche Sparpotenziale sind: so zum Beispiel beim Girokonto. Für eine Überweisung mittels Beleg werden oft bis zu 1,50 Euro berechnet, ein neuer

Dauerauftrag kostet – von der Bank eingerichtet – schnell mal 1 Euro, und für den Kontoauszug, den sie einmal im Monat verschickt, kassiert die Bank 55 Cent. Die Stiftung Warentest hat errechnet, dass sich bei einem wohl überlegten Wechsel jährlich ein stattlicher dreistelliger Euro-Betrag einsparen lässt. Doch wohin wechseln?

Die Anfrage von Gewerkschaftsmitglied Rudolf Leistner, Steuerbeamter aus dem Großraum Köln, ist daher typisch: „Ich zahle jedes Jahr mehr als 100 Euro für mein Girokonto und bekomme häufig Angebote für ein angebliches kostenloses Konto von ausländischen Banken oder Instituten, die ich gar nicht kenne. Kann mir das dbb vorsorgewerk hier nicht einen Partner empfehlen, der seriös ist und mit dem ich auch noch Geld sparen kann?“

Für Mitglieder der Einzelgewerkschaften des dbb, die wie Rudolf Leistner ein Wechsel ihrer Bankverbindung erwägen, bietet der neue Partner des dbb, die BBBank, das exklusive Bezügekonto für den öffentlichen Dienst an. Das Bezügekonto zeichnet sich nicht nur durch eine kostenlose Kontoführung und kostenlose Depotführung aus, sondern offeriert darüber hinaus weitere attraktive Mehrwerte für die Kunden. Hierzu gehören auch die kostenfreie BankCard, kein Mindestgeldeingang pro Monat, ein bequemer Umzugservice für Ihr Konto und die kostenfreie Bargeldversorgung an 2 300 Geldautomaten der Cash-Pool-Partner. Als weiteres Highlight steht den Kunden der unkomplizierte Abrufkredit zum Bezügekonto zur Verfügung. Mit bis zum sechsfachen Ihrer Nettobezüge (mind. 5 000 Euro)



und attraktiven 7,99 Prozent Zinsen p.a. nom.* bietet der DispoAbrufkredit den notwendigen finanziellen Spielraum für Ihre Wünsche. Übrigens, auch Berufsstartern oder Teilzeitbeschäftigten wird er von Anfang an zur Verfügung gestellt. Ihr Vorteil Dank Mitgliedschaft: Bei Eröffnung eines Bezügekontos wird Ihnen ein dbb Startguthaben in Höhe von 30 Euro gutgeschrieben. Damit zählt das Bezügekonto überregional zu den Top-Angeboten!

Die BBBank, wurde im Jahr 1921 als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte gegründet und ist somit seit mehr als 80 Jahren als leistungsstarke und kompetente Bank speziell für den öffentlichen Dienst tätig. Sie verfügt als eine der mitgliederstärksten europäischen Genossenschaftsbanken über ein bundesweites Filialnetz, das stetig ausgebaut und um einen mobilen Vertrieb ergänzt wird. Daneben steht den Kunden rund um die Uhr ein leistungsfähiges Internet- und

Telefonbanking zur Verfügung. Das gemeinsame Angebot von BBBank und dbb vorsorgewerk umfasst derzeit neben dem kostenfreien Bezügekonto, auch attraktive Bankanlageprodukte wie beispielsweise das Tagesgeldkonto ExtraZins, das preisgünstige Konsumentendarlehen easycrredit oder auch die professionell gemanagten BBBank-Dachfonds aus dem Bereich der Investmentanlagen. Durch die Investition zum Beispiel in den BBBank-Dachfonds Wachstum Union, der durch ein ausgewogenes Verhältnis von aussichtsreichen Aktien- und Rentenfonds geprägt ist, eröffnen Sie sich gute Ertragschancen für einen stabilen Vermögensaufbau. Und: Auch nach Einführung der Abgeltungssteuer bleiben mögliche Kursgewinne nach einer Haltedauer von einem Jahr – bei Kauf vor dem 31. Dezember 2008 – steuerfrei! Zum Start der Kooperation von dbb vorsorgewerk und BBBank wird den Mitgliedern der Einzelgewerkschaften des dbb bei Kauf des Dachfonds BBBank Wachstum Union als Einführungsrabatt bis zum 12. Oktober 2007 ein dbb Rabatt von 40 Prozent auf den Ausgabeaufschlag gewährt. Rudolf Leistner hat das Startangebot bereits überzeugt. Er hat den BBBank-Service genutzt und mit Startgutschrift und Investment mehr als 250 Euro gespart. as

* Bei entsprechender Bonität, Zinssatz variabel.

> Info

Unsere Empfehlung:

Informieren auch Sie sich über das neue Angebot vom dbb vorsorgewerk. Für Fragen oder eine persönliche Beratung stehen Ihnen gerne die Kollegen der BBBank in allen Filialen oder unter der kostenfreien Service-Nummer (0800) 46 22 22 6 zur Verfügung. Mehr Informationen finden Sie auch im Internet unter www.dbb-vorsorgewerk.de

Lesenswertes vom dbb verlag empfohlen



Anzahl: _____

Tender Bar J. R. Moehring

„Als vom Vater verlassenes Einzelkind brauchte ich eine Familie, ein Zuhause und Männer – vor allem Männer als Mentoren, Helden und Vorbildfiguren und als Gegenwicht zu Mutter, Großmutter, Tante und fünf Cousinen“, schreibt Moehring im Prolog seines autobiografischen Romans. Gefunden hat er das Gesuchte ausgerechnet in Steves' Bar mit ihren warmherzigen, skurrilen aber wenig lebensstöhnigen Stammgästen, die dem jungen J. R. gemeinsam mehr oder weniger den schmerzlich vermissen Vater ersetzen. In der Bar trinkt J. R. nicht nur sein erstes Bier, sondern er kann auch Erfolge und Misserfolge loswerden, Rat in Liebesdingen und andere Rezepte fürs Erwachsenwerden einholen.

460 Seiten, geb., 19,90 €



Anzahl: _____

Lexikon der Autokennzeichen

Wer hat bei längeren Autofahrten nicht schon häufiger über die Angaben auf den Nummernschildern der anderen Fahrzeuge gerätselt, insbesondere, wenn es sich um weniger bekannte dreistellige Ortskennziffern gehandelt hat. Das Lexikon der Autokennzeichen schafft hier bei allen deutschen und den internationalen Staaten-Kennzeichen Abhilfe. Darüber hinaus sorgt der Band, der in jedes Handschuhfach passt, auch dafür, dass sich die Orts- bzw. Kreisangaben nicht auf eine Buchstabenfolge beschränken. Mit kurzen Einträgen über Wissenswerte aus der Kultur, Geschichte und Sagenwelt, über berühmte Söhne und Töchter oder über landschaftliche Reize erhält jeder Ort für den Leser ein eigenes Gesicht.

253 Seiten, brosch., 5,95 €



Anzahl: _____

Meine Rechte als Nachbar Detlef Stollenwerk

„Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“, ist ein geflügeltes Wort, dass die Häufigkeit nachbarschaftliche Auseinandersetzungen erahnen lässt. Der Ratgeber informiert deshalb über die Rechtslage bei den gängigsten nachbarschaftlichen Auseinandersetzungen, etwa bei Lärm- und Geruchsbelästigung, Tierhaltung, Beeinträchtigungen durch Bäume und Sträucher oder bei Unkrautflug. Der Leser erfährt, in welchen Fällen Toleranz angesagt ist bzw. wann man sich mit welcher Vorgehensweise zur Wehr setzen sollte.

215 Seiten, 9,90 €



Anzahl: _____

Trend following Michael Covel

Trend Following ist eine Anlagestrategie, mit der die erfolgreichsten Trader der Welt schon seit Jahrzehnten arbeiten. Konkret beobachten Trend Follower die größten Teile wirtschaftlicher Auf- und Abwärtsbewegungen, um daraus Gewinn zu ziehen. Börsenexperte Michael Covel bringt dem „normalen Anleger“ das Erfolgsrezept der Profis anhand vieler Beispiele nahe. Das Buch ist eine faszinierende und lehrreiche Lektüre für jeden, der sich für Traden, Investieren und Finanzmärkte interessiert und auch bereit ist, traditionelle Weisheiten des Wertpapierhandels infrage zu stellen.

327 Seiten, geb., 34,90 €



Anzahl: _____

Aldidente & Co – Der Schnäppchenplaner 2007/2008 Hagen Rudolph

Der Kauf von Sonderangeboten bei Aldi, Lidl oder Tchibo muss kein Zufallstreffer sein, sondern lässt sich systematisieren. Der Schnäppchenplaner zeigt für das ganze Jahr im Voraus, wann die drei Anbieter welche Artikel zu Sonderkonditionen auf den Markt werfen. Ob Laptops, Bohrmaschinen, Bettwäsche, Kosmetik oder Bratpfannen, es lohnt nicht selten, die Anschaffung eine Weile zu verschieben und auf ein Schnäppchen der drei großen Handelsketten zu warten.

195 Seiten, brosch., 7,77 €



Anzahl: _____

Das Beste aus meinem Leben Axel Hacke

Den ganz alltäglichen „Wahnsinn“ nimmt Axel Hacke in fast hundert satirischen Episoden aufs Korn und sorgt damit für hundertfaches höchst vergnügliches Lesevergnügen. Hauptakteure der komischen, teilweise aber auch besinnlichen Geschichten sind der Verfasser selbst, Ehefrau Paola, Vorschulkind Luis und der sprechende Kühlschrank Bosch, ein alter, vertrauter Freund des Hausherrn. Die Schilderungen aus dem Leben dieser Kleinfamilie sind eine Bestenlese aus einer wöchentlich erscheinenden Kolumne im Magazin der Süddeutschen Zeitung.

287 Seiten, geb., 9,90 €

Für unsere Leser versandkostenfrei!

Einfach diesen Bestellcoupon ausfüllen, die gewünschte Anzahl eintragen und per Post oder Fax unter (0 30) 7 26 19 17 40 abschicken.

Name/Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____



Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin
Telefon (0 30) 7 26 19 17-0 • Telefax (0 30) 7 26 19 17-40
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de • www.dbbverlag.de

Studienangebote für das dritte Lebensalter: (Teil 1)

Akademisches von Aachen bis Wuppertal

Die Generation 50Plus ist nicht nur die konsumfreudigste und unternehmenslustigste, die es je gab, die heutigen Angehörigen des dritten Lebensalters sind auch wissensdurstiger als jede Senioren generation vor ihr. Um den Andrang der im Sinne des Wortes

„älteren Semester“ besser zu bewältigen, haben zahlreiche Universitäten inzwischen spezielle Studienangebote für Senioren im Programm. Welche Hochschulen das sind und welche Zugangsvoraussetzungen sie verlangen, zeigt unsere Übersicht.*

Stadt	Hochschule	Kontaktadresse	Studium
Aachen	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule www.rwth-aachen.de	Büro für Technologietransfer und Wissenschaftliche Weiterbildung (BTW) Bergdriesch 27, 52062 Aachen Telefon 0241/80-4515	Die Uni Aachen bietet für Seniorinnen und Senioren einen eigenen Studiengang an, der auch ohne Abitur belegt werden kann.
Augsburg	Universität Augsburg www.uni-augsburg.de	Universitätsstr. 2, 86159 Augsburg Telefon 0821/598-0	Seniorinnen und Senioren können sich an der Uni Augsburg als Gasthörer einschreiben. Voraussetzung ist das Abitur, die Fachhochschulreife und in Ausnahmefällen die mittlere Reife.
Bamberg	Otto-Friedrich-Universität www.uni-bamberg.de	Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZeWW) Austraße 37, 96045 Bamberg Telefon 0951/863-1226	An der Uni Bamberg können sich Seniorinnen und Senioren mit Abitur, mittlerer Reife oder einem besonderem fachlichen Interesse als Gasthörer einschreiben.
Berlin	Freie Universität www.fu-berlin.de	Rüdesheimer Str. 1, 14197 Berlin Telefon 030/822-0805, -811, -826	An der FU (Freie Universität) und der HU (Humboldt-Universität) können Gasthörer auch ohne Abitur Veranstaltungen besuchen.
	Humboldt-Universität www.rz.hu-berlin.de	Unter den Linden 6, 10099 Berlin Telefon 030/2093-0	Die TU (Technische Universität) bietet für Senioren mit Abitur oder mindestens 10-jähriger Berufs-, Erziehungs- oder Familienarbeit ein 4-semestriges Studium mit Abschlussprüfung an.
	Technische Universität www.tu-berlin.de	Steinplatz 1, 10625 Berlin Telefon 030/314-25509	
Bielefeld	Universität Bielefeld www.uni-bielefeld.de	Universitätsstr. 25, 33645 Bielefeld Telefon 0521/106-00 Studienberatung für „Studieren ab 50“ Telefon 0521/106-4562	Am Programm „Studieren ab 50“ können alle interessierten Seniorinnen und Senioren teilnehmen. Das Abitur ist hierfür keine Voraussetzung.
Bochum	Ruhr-Universität Bochum www.ruhr-uni-bochum.de	Universitätsstr. 150, 44780 Bochum Beratungs-Hotline: 0234/32-22435 Telefonzentrale der RUB: 0234/32-201	Seniorinnen und Senioren können sich auch ohne Abitur als Gasthörer einschreiben und mit Ausnahme der zulassungsbeschränkten Fächer an fast allen Veranstaltungen teilnehmen.
Bonn	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität www.uni-bonn.de	Regina-Pacis-Weg 3, 53113 Bonn Telefon 0228/287-0	An der Uni Bonn können sich Seniorinnen und Senioren auch ohne Abitur als Gasthörer einschreiben.
Braunschweig	Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig www.tu-braunschweig.de/	Bültenweg 17, 38106 Braunschweig Telefon 0531/391-4344	Zum Gasthörerstudium an der Uni Braunschweig können Senioren sich auch ohne Abitur bewerben. Daneben gibt es jeweils im Wintersemester eine öffentliche Ringvorlesung.
Bremen	Universität Bremen www.uni-bremen.de	Bibliotheksstraße 3, 28359 Bremen Telefon 0421/218-3180	Am Wissenschaftlichen Weiterbildungsprogramm der Universität Bremen können Seniorinnen und Senioren auch ohne Abitur teilnehmen.
Chemnitz	Technische Universität www.tu-chemnitz.de	Lehrstuhl für Erwachsenenbildung und betriebliche Weiterbildung Reichenhainerstr. 70, 09126 Chemnitz Telefon 0371/531-4250	Am Seniorenkolleg der Universität Chemnitz können Interessierte auch ohne Abitur teilnehmen.
Darmstadt	Technische Universität www.tu-darmstadt.de Hochschule Darmstadt/ Evangelische Fachhochschule www.efh-darmstadt.de	Karolinenplatz 5, 64277 Darmstadt Telefon 06151/16 3527 Telefon 06151/879816 Zweifalltorweg 12, Nähe Hauptbahnhof DA	TU Darmstadt (TUD), Hochschule Darmstadt (hda) und Evangelische Fachhochschule (EFH) bieten ein gemeinsames Seniorenstudium an. Veranstaltungen können parallel besucht werden. Die Anmeldung erfolgt zentral an der Evangelischen Fachhochschule. Das Abitur ist hierfür nicht erforderlich.
Dortmund	Universität Dortmund www.uni-dortmund.de	Emil-Figge-Str. 50, 44227 Dortmund Telefon 0231/755-4128	Das weiterbildende Studium für Seniorinnen und Senioren der Universität Dortmund verläuft über 5 Semester und endet mit einer Abschlussarbeit. Das Abitur ist nicht erforderlich.
Dresden	Technische Universität www.tu-dresden.de	Toepler-Bau, Zi. 224 01062 Dresden Telefon 0351/4635-492	Die Dresdner Seniorenakademie bietet auch für Hörerinnen und Hörer ohne Abitur ein umfangreiches Programm an.

Stadt	Hochschule	Kontaktadresse	Studium
Düsseldorf	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf www.uni-duesseldorf.de	Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf Telefon 0211/81-00	Seniorinnen und Senioren können sich an der Uni Düsseldorf für ein Gasthörerstudium bewerben. Das Abitur ist hierfür nicht erforderlich.
Duisburg	Gerhard-Mercator-Universität www.uni-duisburg.de	Lotharstr. 65, 47058 Duisburg Telefon 0203/379-225	Seniorinnen und Senioren können auch ohne Abitur am Gasthörerstudium der Universität Duisburg-Essen teilnehmen.
Erfurt	Universität Erfurt www.uni-erfurt.de	Universität Erfurt Nordhäuser Str. 63, 99089 Erfurt Telefon 03 61/7 37-51 51	Seniorinnen und Senioren können sich auch ohne Abitur als Gasthörer an der Universität Erfurt bewerben. Ein weiteres Angebot ist seit Sommer 2006 das Erfurter Kolleg.
Erlangen	Friedrich-Alexander-Universität www.uni-erlangen.de	Schlossplatz 3, 91054 Erlangen Telefon 09131/85-3976	Für ein Gasthörerstudium an der Uni Erlangen-Nürnberg benötigen Seniorinnen das Abitur, die mittlere Reife oder ein besonderes Interesse.
Flensburg	Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg-Universität www.uni-flensburg.de	Mürwiker Straße 77, 24943 Flensburg Telefon 0461/3130-0	Das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Flensburg bietet ein Gaststudium für interessierte Erwachsene an.
Frankfurt/M.	Universität des 3. Lebensalters an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt e. V.	Robert-Mayer-Straße 5, 60325 Frankfurt Telefon 069/798-23084 www.rz.uni-frankfurt.de	Die Universität des 3. Lebensalters (U3L) ist der Träger für das Seniorenstudium in Frankfurt. Für eine Einschreibung ist kein Abitur erforderlich.
Frankfurt/Oder	Europa-Universität Viadrina www.euv-frankfurt-o.de	Europa-Universität Viadrina PSF 1786, 15207 Frankfurt (Oder) Telefon 0335/5534-0	Seniorinnen und Senioren können auch ohne Abitur als Gasthörer an der Universität Frankfurt zugelassen werden.
Freiberg	Technische Universität Bergakademie www.tu-freiberg.de	Akademiestr. 6, 09596 Freiberg Telefon 03731/39-0	Die Universität bietet Interessenten mit Abitur oder mittlerer Reife die Möglichkeit eines Gasthörerstudiums.
Freiburg	Pädagogische Hochschule www.ph-freiburg.de	Kunzenweg 21, 79117 Freiburg Telefon 0761/682-244	Die Pädagogische Hochschule (PH) hat ein umfangreiches und speziell an Seniorinnen und Senioren gerichtetes Programm, das auch ohne einen bestimmten Schulabschluss absolviert werden kann.
Gießen	Justus-Liebig-Universität www.uni-giessen.de	Ludwigstr. 23, 35390 Gießen Telefon 0641/99-0	Seniorinnen und Senioren können auch ohne Abitur einen Aufnahmeantrag als Gasthörer stellen.
Göttingen	Georg-August-Universität www.uni-goettingen.de	Universität des 3. Lebensalters/ Zentralstelle für Weiterbildung: Kreuzberggring 50, 37075 Göttingen Telefon 0551/39-4178	Die Universität des 3. Lebensalters (UDL) bietet ein spezielles Programm für Interessierte ab 50 Jahren an. Das Abitur ist hierzu nicht erforderlich.
Greifswald	Ernst-Moritz-Arndt-Universität www.uni-greifswald.de	Rubenowstr. 2, 17487 Greifswald Telefon 03834/861293	Das Gasthörerstudium an der Universität Greifswald ist auch ohne Abitur möglich. Die Teilnahme an einer Veranstaltung bedarf der Zustimmung des jeweiligen Dozenten.
Halle/S.	Martin-Luther-Universität www.uni-halle.de	Franckeplatz 1, 06099 Halle/Saale Telefon 0345/55-20	Das Seniorenkolleg der Universität Halle-Wittenberg bietet ein spezielles Programm für Ältere an, das allen Interessierten offen steht. Das Abitur ist dabei keine Voraussetzung.
Hamburg	Universität Hamburg www.uni-hamburg.de	Vogt-Kölln-Str. 30/Haus E, 22527 Hamburg Telefon 040/42883-2477	Das „Kontaktstudium für ältere Erwachsene“ steht allen wissenschaftlich Interessierten offen. Bestimmte Schulabschlüsse werden nicht benötigt.
Hannover	Universität Hannover www.uni-hannover.de	Lange Laube 32, 30159 Hannover Telefon 0511/762-5687	Neben dem Gasthörer- und Seniorenstudium (GHS) bietet die Uni Hannover noch drei weitere Programme an, die allen Interessierten auch ohne Abitur offen stehen.
Heidelberg	Ruprecht-Karls-Universität www.uni-heidelberg.de	Bergheimer Str. 76, 69005 Heidelberg Telefon 06221/9750-50	Für ein Gasthörerstudium an der Uni Heidelberg ist kein Abitur erforderlich. Ein eigenes Programm für Seniorinnen und Senioren bietet die Akademie für Ältere an.
Hildesheim	Universität Hildesheim www.uni-hildesheim.de	Marienburger Platz 22, 31141 Hildesheim Telefon 05121/883-0 Zentrum für Fernstudium und Weiterbildung Telefon 05121/883-230	Interessierte Seniorinnen und Senioren können sich auch ohne Abitur für das Gasthörerstudium der Uni Hildesheim einschreiben.
Ilmenau	Technische Universität www.tu-ilmenau.de	Max-Planck-Ring 14, 98693 Ilmenau Telefon 03677/69-0	Das Gasthörerstudium an der Universität Ilmenau steht auch Interessierten ohne Abitur offen. Der Fächerschwerpunkt liegt hierbei im naturwissenschaftlichen Bereich. Seit September 2006 existiert auch die eher geisteswissenschaftlich orientierte Seniorenakademie.
Jena	Friedrich-Schiller-Universität www.uni-jena.de	Fürstengraben 1, 07743 Jena Telefon 03641/93-1131	Seniorinnen und Senioren können sich auch ohne Abitur als Gasthörer einschreiben, am Seniorenkolleg teilnehmen und andere Weiterbildungsangebote nutzen.

* Für Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben übernimmt die Redaktion keine Gewähr.

Teil 2 erscheint in der nächsten Ausgabe



Habichtswald-Klinik

-Klinik für Ganzheitsmedizin-

Im Herzen Deutschlands, am größten Bergpark Europas und doch stadtnah, liegt die Habichtswald-Klinik Kassel, direkt verbunden mit einer der schönsten Badelandschaften Europas, der Kurhessen-Therme.

Die Habichtswald-Klinik versteht sich als ganzheitlich-naturheilkundliche Klinik. Die Klinik hat 4 Abteilungen:

- ◆ Onkologie ◆ Psychosomatik
- ◆ Innere Medizin ◆ AYURVEDA-Medizin

Wir führen Schulmedizin, Naturheilkunde und psychologische Betreuung zu einem ganzheitlichen Ansatz zusammen, um für jeden Patientin/Patienten einen eigenen, ganz individuellen Behandlungsplan zu erstellen. Wir setzen konsequent Maßstäbe, indem wir nicht Krankheiten, sondern kranke Menschen behandeln. Bei uns finden Sie Medizin auf erstklassigem wissenschaftlichen Niveau, persönliche Betreuung, aber auch Räume der Stille und des Rückzuges. Gesundwerden – Salutogenese – ist mehr als passives Erleben und Erleiden der Medizin. Es bedeutet verantwortliches Mitgestalten und persönliche Entwicklung, bei der wir unsere Patientinnen und Gäste unterstützen.

Die Aufnahme kann kurzfristig erfolgen.

Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111, ist nach § 30 GVO als beihilfefähig anerkannt. Bei den privaten Krankenversicherungen wird die Habichtswald-Klinik als „Gemischte Einrichtung“ geführt. Wir berechnen nur den mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten allgemeinen niedrigsten Pflegesatz ab.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite: www.habichtswaldklinik.de
oder rufen Sie uns an: Kostenfreies Telefon: (08 00) 8 90 11 00
E-Mail: info@habichtswaldklinik.de
Kostenfreies Fax: (08 00) 7 32 73 80
Habichtswald-Klinik • Wigandstraße 1 • 34121 Kassel-Bad Wilhelmshöhe

Gesundheits-Urlaub im Dreiländereck D/F/CH im südbadischen Markgräflerland

Aktiv gegen Osteoporose – Gesund & Vital – Für meinen Rücken

Reha-Klinik Hausbaden • 79410 Badenweiler
Tel. (076 32) 7 59-150 • Web: www.reha-klinik-hausbaden.de

www.NORDSEE-SANATORIUM.DE

Private Krankenanstalt

26434 Wangerland-Horumsersiel • Tel. (044 26) 948 80

Seit 25 Jahren
Das „Tote Meer in Deutschland“



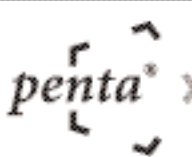
Exklusivangebote für Ihren Gesundheitsurlaub

z. B.
Psoriasis Classic
7 U/HP, 5 x TOMESA
Balneophototherapie/Solewanne/Dampfbad,
5 x UV-Lichttherapie/Teilkörper,
5 x UV-Lichttherapie Ganzkörper,
7 x cortisonfreie Wirkstoffsalbentherapie,
arztl. Eingangs- und Abschlussuntersuchung uvm.
Preis pro Person: € 708

Für Gelenkerkrankungen
7U/HP mit Therapie und arztl. Untersuchung
Preis pro Person: € 652

TOMESA Fachklinik
für Dermatologie, Allergologie,
Orthopädie & Rheuma

Information:
TOMESA Gesundheitszentrum
Riedstraße 19 d
56364 Bad Salzigshof
Tel.: 06648/55 0
Fax: 06648/55 159
www.tomesa.de



Klinikum

Penta-Zentrum Prof. Dr. Baur & Kollegen
Klinik für Akutmedizin und Psychotherapie
psychischer Erkrankungen mit integrierter
innerer Medizin, Neurologie, Gerontopsychiatrie,
Spezielle Schmerztherapie

... z. B. Stress ↔ Angst ↔ Schmerz ↔
↔ Depression ↔ körperliche Krankheit ...



Penta-Klinikum, Privatklinik
Akutkrankenhaus
79713 Bad Säckingen/Hochrhein

Sofortaufnahme/Info:
Tel.: 0 77 61/55 36 556
Fax: 0 77 61/56 00-702
www.penta-klinikum.de

RX. Mayr-Kur, Info kostenlos 08 00-6 29 75 87
oder www.pankraz-mayr-kur.de ab 315,- € Wo. p. P./DZ

Kuren in Bad Tölz

Sanatoriumskuren beihilfefähig, alle Kurverfahren im Haus,
Thermalhallenbad, Sauna, Dampfbad, Moorschlammanwendungen, Fitnessraum
mit modernsten Reha-, Kraft- und Ausdauergeräten.
Modernes 4-Stern-Haus, gehobenes Ambiente im Landhausstil, ruhige Lage.
Parkmöglichkeit direkt am Haus, Linienvorhanden.

Kuranatorium Eberl GmbH • Buchener Str. 17 • 83646 Bad Tölz
Telefon (0 80 41) 78 72-0 www.kurhotel-eberl.de
Telefax (0 80 41) 78 72-78 info@kurhotel-eberl.de

Private Akutklinik für Psychologische Medizin

wunderschön gelegen im
westlichen Münsterland



SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassiger
Ambiente einen erfolgreichen
und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur klinischen
Behandlung psychischer Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie.

Indikationen: Depressionen,
Essstörungen, Schlafstörungen,
Angst und Panik, Belastungsreaktionen („Burn-Out“),
Zwänge, Schmerzsyndrome.



Info-Telefon
0 28 61/80 00-0

Pröbstinger Allee 14
46325 Borken
www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Klinik Hohenfreudenstadt
Zentrum für Prävention & Rehabilitation
www.klinik-hohenfreudenstadt.de

Fachbereiche für:
INNERE MEDIZIN, ORTHOPÄDIE und
PSYCHOSOMATIK
Diabetiszentrum Nordschwarzwald
Lehrstuhl für Ernährungsmedizin

Leistungsfähig/gewidmet u. präventiv:
• Gesundheitswesen
• Spezialprogramme

Wir sind spezialisiert auf:
• Erschöpfungszustände („Burnout“)
• Psychische Begleitreaktionen bei
körperlichen Erkrankungen
• Herz-Kreislauf-Erkrankungen
• Diabeteserkrankung
• Adipositas/Gewichtserkrankungen
• Orthopädische Erkrankungen

72280 Freudenstadt - Tel.: 07141/524-0 (Krankenr.) - Fax: 07141/524-666 - Wir beraten Sie gerne!

Stress lass nach!
...ausgebrannt, erschöpft?
Wir helfen Ihnen Ihr
körperlich-seelisches Gleichgewicht
wiederzufinden!

KUREN UND ERHOLUNG AN DER NORDSEE
In hotelähnlicher Atmosphäre behandelt unser Kompetenzteam:

Atemwege, HNO	Herz-Kreislauf	Spezialprogramme:
Psychosomatik	Orthopädie	Tinnitus
Stoffwechsel	Haut	Gewichtsabnahme

Gesundheitsklinik 25828 St. Peter-Ording - Im Bad 35
"Stadt Hamburg" Tel.: 048 63 / 8 67 30
Fachklinik für Rehabilitation und Prävention www.Gesundheitsklinik.com

Schlosspark-Klinik
Gersfeld Fachklinik für naturgemäße
Ganzheitsmedizin

Natürlich gesund werden – gesund bleiben!

Ganzheitl. Behandlung auf schulmedizinischer Basis von: Krankheiten von Magen
und Darm, Krebserkrankungen, Allergien, Chron. Müdigkeit, Migräne, Schmerz-
krankheiten, Infektanfälligkeit, Chron. Bronchitis. Spezialisiert auf Mayr-Kuren!

36129 Gersfeld / Rhön - Inhaber und ärztl. Leiter: Dr. med. J. Freiherr von Rosen
Tel.: 06654 / 160 - Besuchen Sie uns im Internet: www.schloss-klinik.de

Öffne deine Augen für meine Welt. **Werde Pate!**

Rufen Sie an: **0137-446688**

100 bis 1.000 € Jahresbeitrag 20 von 1.000 €

Plan International Deutschland e.V. - Brunfelde Str. 70 - 22305 Hamburg

ERSCHÖPFT?
MIGRÄNE? TINNITUS?
KRANKHEIT „UNBEKANNT“?

WIR SUCHEN! nach versteckten Krankheitsursachen und zeigen naturmedizinische Wege zu neuer Kraft. Buchen Sie jetzt einen Ursachen-diagnose-Tag, eine Schnupperwoche, einen Krankenhaus- oder Kuraufenthalt.

*Auch für Selbstzahler.
Privatklinikenhaus, beihilfefähig.*

Naturamed ... mit Ihre Gesundheit wie ein  liegt

NaturaMed Vitalclinic
Badstraße 31
88339 Bad Waldsee
Tel.: (0 75 24) 990-222
kontakt@naturamed.de
www.naturamed.de

Neue Kraft

Wir geben Ihnen individuelle Hilfe bei:

**Angst- und
Zwangsstörungen,
Belastungsreaktionen,
Depressionen,
Essstörungen,
Erschöpfungs-
reaktionen,
Entgiftungen,
organischen Störungen,
Schlafstörungen.**



Privatkassen, Beihilfen,
keine Kur- und Sanatoriumsbehandlung.



Horst 49, 41238 Mönchengladbach
Anmeldung/Info: Tel.: 0216/98695-0



Riedrich-Ebert-Straße 11a, 50354 Huth
Anmeldung/Info: Tel.: 02233/9723-0

Kuren am schönen Hopfensee – der „Allgäuer Riviera“!



Innere Medizin, Orthopädie, phys. und Rehab.-Medizin,
Naturheilverfahren, trad. chin. Medizin, Akupunktur,
Erkrankungen der Halts- und Bewegungsorgane,
Herz-Kreislauferkrankungen, Stoffwechselstörungen,
Biologische Krebsnachsorge, Migräne, Erschöpfungs-
zustände, chron. Schmerzzustände, Stressfolgen.

Hotelatmosphäre – Wellnessbereich – volle Beihilfe!

KNEIPP-SANATORIUM MÖST, Uferstraße 1, 87629 Füssen-Hopfen am See
Tel.: (0 83 62) 5 04-0, Fax: (0 83 62) 5 04-184
www.moest.com, E-Mail: info@moest.com

Krampfadern? **Behandlung ohne Operation!**

- Behandlung in **nur 4 Tagen** von erfahrener Facharzt (Phlebologe).
Ohne Operation, ohne Narben!
- **Keine Narkose** und auch keine örtliche Betäubung notwendig.
Nach der Behandlung ist man **normal belastbar**.
- **Bereits über 3.000 Patienten** mit allen Formen und Größen von Krampfadern
wurden mit dieser ausgerollten und **hochwirksamen Therapie** behandelt.

Fordern Sie unverbindlich und kostenlos unseren ausführlichen Hausprospekt an.

Sanatorium Uibeleisen-Eckloff KG

Prinzregentenstraße 15 • 97688 Bad Kissingen
Tel.: (09 71) 91 80 • www.uibeleisen.com

5 Sterne

für Ihre Gesundheit:

Die Inselklinik auf Usedom!

Rehabilitation • Sanatoriumsbehandlung •
Krankenhausbehandlung
(anstelle einer Behandlung am Wohnort)



- Usedom – die Sonneninsel
- Zahlreiche Heilfaktoren
- Ganzheitlich-integrative Medizin
- Interdisziplinäres Team
- Einzigartiges Equipment

Die Inselklinik Heringsdorf/Haus Kulm ist spezialisiert auf die Behandlung von Tinnitus, Chronischen Schmerzen wie Kopfschmerz, Migräne, Rheuma und Fibromyalgie, Erschöpfungszustände, Burn out und Depressiven Störungen, Angststörungen, Zwangsstörungen und Schlafstörungen.

Gesundheits-Tipps:

Burn out?

Wirkungsvolle Hilfe durch multimodale
Komplexbehandlung.

Chronische Schmerzen?

Hilfe durch multimodale Schmerztherapie
mit integrierter Ganzkörperkältetherapie.

Neu:

Unser Komfortpaket bei Krankenhaus-
behandlung.

Individuelle Informationen für Beihilfe-
berechtigte und Privatversicherte
erhalten Sie unter unserer kostenfreien
Service-Hotline: 0800-3333456



Inselklinik Heringsdorf

Haus Kulm

Klinik für ganzheitlich-integrative Medizin

Fachklinik für Psychosomatische Medizin und
Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Kulmstr. 9 • 17424 Seehellbad Heringsdorf
Tel.: (03 83 78) 5 91 09 oder 5 95 91
Fax: (03 83 78) 5 95 85

www.inselklinik.de



Klinik am
Leisberg

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin
Baden-Baden

Von hier an geht es aufwärts!

Aufnahme im Notfall sofort möglich!

Mit intensivistischer Fachabteilung

Die überschaubare Größe der Klinik und
unsere freundlichen Mitarbeiter ermög-
lichen den persönlichen Umgang mit
Ihnen, in dem Sie sich wohlfühlen werden!

Sicheres Auffangen von Krisen, konstruktive Fie-
derung Ihres Potentials, Ruhe und Entspannung.
Indikationen: Depressionen, Schlafstörungen,
Ängste, Belastungsreaktionen, Essstörungen,
KID: Privatversicherungen, Beihilfe, PostBeKK.



Hotline: 0 72 21/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden

Internet: www.leisberg-klinik.de

Zu Gast in Sachen Gesundheit Zu Gast in der Sächsischen Schweiz

Diabetes – Herz-Kreislauf – Magen-Darm – Orthopädie

www.falkenstein-klinik.de oder www.kirnitzschtal-klinik.de

Die Wollmarshöhe



Klinik
Wollmarshöhe

Fachkrankenhaus
für psychosomatische
und Innere Medizin

Individuelle Hilfe bei
psychosomatischen,
internen und
depressiven Erkrankungen.

Klassische Medizin mit
Verfahren der
Naturheilkunde,
Homöopathie,
Psychotherapie

Akutaufnahme möglich.
EZ-Unterbringung,
persönliche Atmosphäre,
in Bodenseenähe.

Für Privatpatienten und
Beihilferechtlige.

Gemeinsam werden wir Ihnen
unser Experte!

Privatklinik Wollmarshöhe
Tel. 07520/927-0 • Fax 2875
Wollmarshöhe 14 • 88285 Bodnegg
info@klinik-wollmarshoehe.de

www.klinik-wollmarshoehe.de

Kursanatorium Anders

Im Herzen von Niederbayern
beliebtesten Kurortes bieten wir
Ihnen großzügige Einzel- und
Doppelzimmer mit persönlicher
Betreuung rund um die Uhr.
Direktabrechnung mit allen Kas-
sen, NLBV, PBeKK.

Arztpraxis (Naturheilverfahren)
u. Praxis f. physikalische Thera-
pie im Haus. Therapie nach Wahl!
Sauna, Lift, Parkpl., Fitnessraum
u. Nachmittagskaffee kostenlos.

Beihilfefähig und § 111 SGB V
Indikationen: Bandscheiben-,
Muskel-, Gelenks- sowie psy-
chosomatische Erkrankungen.
Genießen Sie die ausgezeich-
neten bayerischen Schmankerl.
Niedr. Tagessatz € 54,50 VP!

Fordern Sie unseren Prospekt an:
Herr Matthias Anders
Saffersleutener Str. 16-18
94072 Bad Füssing
Tel. (08631) 2 404-0, Fax 2 404-60
www.KS-Anders.de

Kuren Sie auf Ihrem Niveau!

**Niedrigster
Tagessatz mit VP
90,- € p.P./Tag**

**- und das ist
schon drin:**

**Freie Getränke zu
allen Mahlzeiten**

Nachmittagskaffee

**Mineralwasser nach
Bedarf - auch für's
Zimmer!**

**Fordern Sie unseren
neuen Hausprospekt
an - gebührenfrei
unter 0800-810 11 12.**

**Klinisches Sanatorium
FRONIUS**

Bismarckstraße 52-62
97688 Bad Kissingen
www.sanatorium-fronius.de



Zeit für Gesundheit in Bad Tölz
Beihilfekuren in wunderschöner,
ruhiger Ambiente.

Persönliche Zuwendung, moderne
Therapie- und Fitnessleistungen,
Moor und Tölzer Heilmittel.

Arrangements für Begleitpersonen.

Interessiert? Wir senden Ihnen
gerne Unterlagen zu.

Beer Gesundheit - Kursanatorium
Bruckfeldstraße 3 • 83646 Bad Tölz
Tel. 080 41/805-0 • Fax 080 41/805-89
www.beer-gesundheit.de

Sucht, Depression, Angst, Burn-out

Zurück ins Leben

Beratung und Information

0800 32 22 32 2

(kostenfrei)

Unsere privaten Akutkrankenhäuser:
Schwarzwald, Weserbergland,
Berlin/Brandenburg
www.oberbergkliniken.de

Sofortaufnahme – auch im akuten Krankheitsstadium.
Hochintensive und individuelle Therapien
für Privatversicherte und Beihilferechtlige.
Wir helfen bei der Klärung der Kostenübernahme.

Oberberg

Psychotherapie • Psychiatrie • Psychosomatik

Herz-, Kreislauf-, Stoffwechsel- und orthopädische Erkrankungen:

BEWEGUNG IST LEBEN

- ist das Motto unseres exklusiven Hauses.

Fachabteilungen für
Kardiologie, Onkologie, Orthopädie, Neurologie, Neurorehabilitation.
NEU: Ganzkörper MRT 3.0T - Klarheit für Ihre Gesundheit!

Besondere Ausstattungen:

Spiroergometrie (Diagnostik von Herz, Kreislauf, Atmung und Stoffwechsel), kardiologische und Gefäß-Ultraschalluntersuchung, Bodyplethysmograph (Lungenuntersuchung), biomechanische Muskelstimulation und Schmerzklavierbehandlung, Kältekammer (bis -110°C), Wirbelsäulen-Schwingtisch, Kolon-Hydrotherapie, 2 Schwimmbäder (30°C). Außerdem **spez. Krampfadernbehandlung** (ultraschall-gestützte Venenverödung mit aufgeschäumten Verödungsmitteln **ohne Operation**)

Bei KUREN Abrechnung über KRANKENKASSEN und BEIHALFESTELLEN möglich!

- Vollpension im Einzel- oder Doppelzimmer **NUR 59,- € p.P./Tag**
- Pauschalkur einschl. aller ärztlich verordneten Therapieanwendungen, Anfangs-, Zwischen- und Schlußuntersuchungen **NUR 98,- € p.P./Tag**
- Immer enthalten: alle Mahlzeiten mit Getränken, Nachmittagskaffee, Mineralwasser und Obst fürs Zimmer.
- Günstiger Fahrten: Hin- und Rückfahrt von 80,- bis 190,- € p.Pers.

Fordern Sie unverbindlich und kostenlos unseren ausführlichen Hausprospekt an

Sanatorium Ulbeisen-Eckloff KG

Prinzregentenstraße 15 • 97688 Bad Kissingen
Tel.: (09 71) 91 80 • www.ulbeisen.com

www.dbbverlag.de

Informationen für Beamte, Angestellte und Arbeiter



Privates Krankenhaus nach § 30 SGB V
Alle privaten Krankenkassenversicherungen, beihilfefähig



Ihre private Fachklinik bei:

- Depressionen
- Angst- und Zwangserkrankungen
- Konflikte- und Trauerreaktionen
- Burn-out

Ärztl. Direktor: Prof. Dr. med. F. Reimer
Leitender Arzt: H.-J. Köhler
Geschäftsführer: W. Lippke

SANIMA Klinik am Mayenbach GmbH
Alte Dobler Str. 8
76332 Bad Herrenalb

Freecall 0800 748 4444
FAX 07083 748 444

E-Mail info@sanima-klinik.de, www.sanima-klinik.de

Privat-Sanatorium Saller

Klinik für Innere Medizin und Orthopädie



Oberer Kirchweg 3, 79430 Badenweiler
Telefon (07632) 7570, Fax (07632) 757 81
E-Mail: info@privat-sanatorium-saller.de
www.pro-badenweiler.de/Saller

Über 70 Jahre Erfahrung in ganzheitlicher Medizin

Im südlichen Schwarzwald (Dreiländereck), zentrale Lage, alles unter einem Dach, 45 Betten, individuelle Betreuung in familiärer Atmosphäre mit Hotelkomfort. Hallenschwimmbad (32°) mit Thermalwasser der original Römerquelle. Fachärztlich geleitet: physikalisch-medicinische Abteilung.

Beihilfefähig, offene Badekuren, Rehabilitationsmaßnahmen nach § 111, SGB V. Gerne senden wir Ihnen unseren ausführlichen Hausprospekt mit Indikationsliste.

Aktuelle Angebote im Internet.

Kliniken und Sanatorien

Lebensfreude

wieder finden

Angst
Erschöpfung
Depression
Schmerz



www.indervilla.com

Von namhaften Privatversicherungen empfohlen

www.inntalklinik.de

Simbach • +49(0)8571-985-0

www.privatklinik-badaussee.at

Bad Aussee • +49(0)8571-985-555

www.michael-balint-klinik.de

Königsfeld • +49(0)7725-932-0



Romed Gruppe

RatgeberService für den öffentlichen Dienst

- Rund ums Geld im öffentlichen Dienst
- Beamtenversorgung
- BerufsStart im öffentlichen Dienst
- FrauenSache im öffentlichen Dienst
- Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst
- Nebenamtlichkeitsrecht des öffentlichen Dienstes
- Die Beihilfe
- Gesundheit von A bis Z



Jeder Ratgeber 7,50€ zzgl. 250€ Versandpostgebühr

DBW e.V. • Tel. (02 11) 7 30 03 35 • Fax (02 11) 7 30 02 75

www.die-beihilfe.de

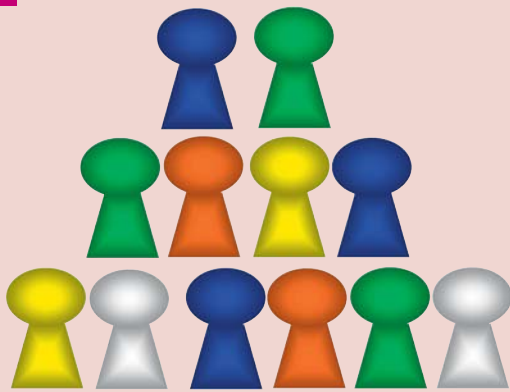
ENTSCHULDIGUNG, SIE HABEN DA EINEN BRUNNEN AM OHR HÄNGEN.

SCHMUCK KAUFEN ODER KINDERN IN LATEINAMERIKA ZUKUNFT SCHENKEN.

Sichern Sie mit 31 Euro im Monat das Leben eines Kindes. Werden Sie Pate! Rufen Sie uns an! 0180 33 33 300 (10 Cent/Min.)

Kinderhilfe e.V.
Dresdener Landstraße 100 • 47240 Duisburg
www.kinderhilfe.de





Auf den Punkt gebracht:

Gender Mainstreaming – was ist das eigentlich?

Die Redaktion des dbb magazins bekommt immer wieder Briefe von Lesern, denen der Fachbegriff des „Gender Mainstreaming“ Probleme bereitet. Die Leser-Kritik reicht von der Vermutung, der aus dem Englischen stammende Begriff werde in der Berichterstattung über frauenpolitische Themen vor allem benutzt, weil Anglizismen nun einmal in Mode wären, bis zur Spekulation, dass ohnehin keiner so recht Bescheid wisse, was mit

„Gender Mainstreaming“ denn gemeint sei. Um hier etwas mehr Klarheit zu schaffen, haben wir Helene Wildfeuer, die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, gebeten, die komplizierte Materie des „Mainstreaming“ zu erläutern. Der Begriff „Gender Mainstreaming“ bedeutet, dass für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen, für junge und alte Menschen die gleichen Chancen bestehen sollen. Dabei

müssen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, aber auch zum Beispiel zwischen Jung und Alt berücksichtigt werden. Dies ist insbesondere in einer zunehmend globalisierten Welt nötig, da sich keine Gesellschaft Ausgrenzung, Diskriminierung und Fixierung auf überkommene Rollenbilder leisten kann.

Im Zuge der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking 1995, wurden alle UN-Mitgliedstaaten verpflichtet, auf nationaler Ebene für die Umsetzung der Prinzipien des Gender Mainstreamings zu sorgen. Damit sollen politische Maßnahmen und Verwaltungshandeln daraufhin überprüft werden, wie sie sich auf die unterschiedlichen Lebenslagen von Männern und Frauen auswirken und wie sie zur Gleichstellung beitragen. Dass mit dem Begriff Gender Mainstreaming erneut ein Anglizismus in unseren Sprach-

schatz Einzug gehalten hat, ist darauf zurückzuführen, dass die deutsche Sprache keinen passenden Begriff aufweist. Das Wort setzt sich aus den englischen Begriffen „Gender“ (Geschlecht) und „Mainstream“ (vorherrschende Richtung) zusammen. Gemeint ist mit Gender nicht das biologische Geschlecht, sondern die gesellschaftliche Rollenzuweisung. Lange wurde in Deutschland nach einem passenden Begriff gesucht. Bundesministerin a. D. Renate Schmidt hatte bereits in ihrer Dienstzeit vergeblich in ihrem Ministerium eine Belohnung für die Erfindung eines griffigen Begriffes ausgelobt, wie sie anlässlich der 50-Jahr-Feier der dbb bundesfrauenvertretung im Juni erzählte. Wir werden uns also mit dem Begriff anfreunden müssen, so wie wir es mit Begriffen wie „Handy“ oder auch „E-Mail“ getan haben.

Helene Wildfeuer

dbb Mitgliederwerbung 2007



Ein kluger Schachzug

Jedes neue Mitglied in Ihrer Fachgewerkschaft...

... ist ein Pluspunkt für den dbb,

weil jede neue Stimme unseren Dachverband stärkt. Der dbb vertritt erfolgreich die Interessen von über 1,3 Millionen Mitgliedern. Überzeugen Sie daher Ihre Kolleginnen und Kollegen von unseren Aufgaben und Zielen, und werben Sie neue Mitglieder für Ihre Fachgewerkschaft!

Jedes neue Mitglied in Ihrer Fachgewerkschaft...

... ist ein Pluspunkt für Sie,

weil Sie Bonuspunkte sammeln! Für jedes neu geworbene Mitglied erhalten Sie im Aktionszeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 einen Punkt. Es stehen 20 attraktive Prämien zur Auswahl. Ein Sudoku-Spiel ist ebenso dabei wie ein Laptop-Rucksack oder ein MP4-Player.

Außerdem nehmen Sie automatisch an der Verlosung einer hochwertigen Kamera-Digitalausrüstung von Kodak, und eines Kaffeevollautomaten von Saeco teil. Viel Glück!

Alle wichtigen Informationen zur Mitgliederwerbung und zur Gewinnaktion erhalten Sie bei Ihrer Fachgewerkschaft oder der dbb Bundesgeschäftsstelle, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Tel. (0 30) 4 08-40, Fax (0 30) 40 81-55 98, E-Mail: post@dbb.de sowie unter www.dbb.de.

Ihre Gewinnchance!

Am Ende der Werbeaktion 2007 verlosen wir zwei Spitzenpreise:

Hochwertige Kamera-Digitalausrüstung von Kodak, bestehend aus:



Kodak EasyShare V705

die kleinste digitale Zoom-Kamera mit 23-mm-Ultraweitwinkel



Kodak EasyShare G600

die mobile Druckstation, mit der man auch unterwegs Fotos drucken kann



Kaffeevollautomat Talea Ring von Saeco

für Espresso, Cappuccino oder Latte Macchiato. Innovative Ausstattungsvielfalt, außergewöhnliches Design, Milchschaum in Sekunden-schnelle

Bonuspunkte anfordern und einlösen bei:

Schlösser Werbeartikel
dbb Mitgliederwerbung
Rheinstraße 8
53560 Vettelschoß
Tel. (0 26 45) 97 73-0
Fax (0 26 45) 44 12
E-Mail: info@schloesser-werbeartikel.de

dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169/170,
10117 Berlin,
Tel. (0 30) 40 81-55 03,
Fax (0 30) 40 81-55 99,
E-Mail: post@dbb.de

Vor kurzem hat eine der besten Ehefrauen von allen einen Sponsortankauf im Hightechbereich getätigt und damit eine ganze Familie in Erstaunen versetzt. Die wohlfeil – weil Auslaufmodell – erstandene Mini-Maschine im futuristischen Alu-Design mit One-Button-Touchscreen-Display (früher: Einknopfbedienung) soll angeblich eine komplette Büroausstattung ersetzen und zusätzlich noch so manches Hobby-Feature (früher: Freizeitprogramm) beinhalten: Die AIOM – (Abkürzung für: All-In-One-Machine) ist Drucker, Scanner und Kopierer, Rechner, Recorder und DVD-Player, Anrufbeantworter, Telefonanlage und DigiCam in einem, um nur die wichtigsten Anwendungen zu nennen.

Richtig eingesetzt und genutzt macht eine gute AIOM das Leben nicht nur leichter und bequemer, sondern wir gewinnen Zeit und Muße, uns mit den schönen Dingen des Lebens zu beschäftigen,



Der AIOM gehört die Zukunft

die mangels Equipment (früher: Ausrüstung) zu kurz gekommen sind. So richtig und in allen Verästelungen erschließen sich die Vorzüge solcher Geräte allerdings den Usern (früher: Benutzern) erst nach und nach. Learning by doing (früher: üben) war und ist angesagt, und manchmal sind die Ergebnisse geradezu verblüffend: Die Tochter schwört auf die Effekte der integrierten Hausaufgabenkontrollsoftware, und der Sohn geht ohne abendliches Training mit dem Flugsimulator nicht mehr ins Bett. Den Hausherrn hat der dreidimensionale Ausdruck eines seiner Lieblingsfotos – einer Schafherde auf grüner Wiese – restlos überzeugt. Der Print (früher: Ausdruck, noch früher: Abzug) roch sogar nach Schaf – und das war keineswegs Einbildung – schließlich hatte zuvor seine liebe Ehefrau in der AIOM ein hervorragendes Lammragout zubereitet. sm

Bestellen Sie jetzt. Ganz einfach. Ganz wie Sie wollen.

Das Beamtenrecht: Leitfaden für Praxis und Studium

Der Inhalt im Überblick:

- Grundzüge des Beamtenrechts
- Rechte und Pflichten
- Laufbahnrecht
- Praxis- und prüfungsrelevante Beispiele aus der aktuellen Rechtsprechung
- Umfassendes Stichwortverzeichnis

Was Sie davon haben:

Die Autoren sind als Juristen mit Fragen des öffentlichen Dienstrechts befasst; Ihr Expertenwissen ermöglicht eine schnelle und zuverlässige Orientierung im Beamtenrecht. Der Leitfaden ist sowohl Nachschlagewerk als auch Ratgeber zu spezifischen Fragen – durch seine kompakte Darstellung und zahlreiche Beispiele aus der Praxis erschließt er die Materie auch interessierten Lesern ohne beamtenrechtliche Kenntnisse.

So bestellen Sie ganz einfach:
Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit.

261 Seiten

€ 19,90*

ISBN: 978-3-87863-128-6

* zuzgl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE
UND ARBEITNEHMER

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165
10117 Berlin

Telefon: 0 30 / 7 26 19 17-0
Telefax: 0 30 / 7 26 19 17-40
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de
Internet: <http://www.dbbverlag.de>

NEUERSCHEINUNG



BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

☐ __ Exemplare „Beamtenrecht“

☐ Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift: _____

MAG/05/07

Von Affenschaukel bis Zimtzicke:

Mrozek's Liste

Den holden Augenstern fernmündlich ins Lichtspielhaus einladen? Manch jugendlicher Zeitgenosse dürfte das nicht nur verschnörkelt finden, sondern wahrscheinlich sogar unverständlich. Dabei geht es schlicht um die telefonische Verabredung mit der Liebsten zum Kinoabend. Aber hold und Augenstern, fernmündlich und Lichtspielhaus haben eines gemeinsam – sie sind „bedrohte Wörter“.

Und die trägt Bodo Mrozek, umtriebiger Berliner Autor, seit 2004 mit Eifer zusammen. „Alles hat angefangen mit einer satirischen Idee“, blickt Mrozek im Gespräch mit dem „dbb magazin“ zurück. Als 2004 wieder einmal „das schönste Wort des Jahres“ gesucht wurde, wollte der damalige Redakteur beim Berliner „Tagesspiegel“ gegenhalten und forderte stattdessen dazu auf, schöne, verschwindende Wörter zu benennen. „Die Wirkung dieser zunächst ironisch angelegten Aktion hatte ich unterschätzt“, sagt Mrozek. „Aus allen Ressorts des Blattes meldeten Kollegen Wörter, die ihrer Ansicht nach bedroht und schützenswert seien, etwa Libero und Spekulant. Da habe ich erkannt: Das Thema interessiert sehr viele Menschen.“

Auch der Rowohlt Verlag in Reinbek fand diese Überlegung reizvoll und schlug Mrozek ein „Lexikon der bedrohten Wörter“ vor. Das ist inzwischen in zehnter Auflage erschienen – und nun, da auch der erste Wettbewerb „Das bedrohte Wort“ entschieden ist, dürfte das Interesse kaum nachlassen.

Wie es dazu kam? „Na, für die meisten Menschen geht es bei den bedrohten Wörtern um Begriffe aus ihrer eigenen

Kindheit, einen hoch subjektiven Blickwinkel also. Sie verbinden damit Geschichte(n). Deshalb dachte ich, wir sollten ein Forum für Vorschläge und Diskussion bieten.“ Also wurde zunächst die Internetseite www.bedrohte-woerter.de eingerichtet. Dort wird eine „Rote Liste“ bedrohter Wörter fortgeschrieben. „Von dem enormen Echo waren wir selbst überrascht. In den ersten paar Monaten gab es bereits 8 000 Einträge, inzwischen haben wir 60 000 Wortmeldungen registriert.“ Was dem Einen sein Amtsschimmel, Atombussen oder eben Augenstern, ist dem Anderen sein Zaster, Zahnklemmer oder eben die Zimtzicke. „Dabei ist mir gleichgültig, ob die Wörter 5, 50 oder 500 Jahre alt sind“, sagt Mrozek. Wörter könnten an Altersschwäche sterben oder würden von neuen Worten „gemeuchelt“, den sogenannten Neologismen.

> Aktion Artenschutz

Er selbst, so Mrozek, mische sich in die Debatten per Web gar nicht mehr ein, „das machen die Leute unter sich aus“. Einig sind sich die Nutzer aber offenbar in ihrem Anliegen: „Aktion Artenschutz“ steht als Überschrift auf der Homepage.



Foto: Doris Claas

> Info

Bodo Mrozek, Hüter der bedrohten Wörter, ist Journalist. Geboren 1968 in Berlin, Studium der Geschichte, Literatur und Politikwissenschaft in Berlin und Amsterdam. Er war Mitarbeiter der Berliner Seiten der FAZ, Redakteur im Feuilleton des Tagesspiegel, schrieb auch für dpa, Frankfurter Rundschau, Neue Zürcher Zeitung, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, taz, Rheinischer Merkur, Weltwoche, Die Zeit. Sein „Lexikon der bedrohten Wörter“ ist bei Rowohlt erschienen.

Da lag die Idee eines Lesers, „das bedrohte Wort“ per Wettbewerb zu suchen, gewissermaßen auf der Hand. „Also haben wir gefragt: Liebe Leute, welche Wörter vermisst Ihr denn am meisten?“ Erstaunlich seriös seien die Antworten gewesen. Fast 3 000 Beiträge gingen ein, aus 2 000 verschiedenen Wortvorschlägen musste die international besetzte Jury schließlich wählen. Neben Mrozek stritten die Wiener Schriftstellerin Eva Menasse, der Berliner Autor Jakob Hein (auch ein

Sammler von Wörtern aus der Jugendsprache), der Schweizer Kritiker und Essayist Michael Angele und der Germanist Marco Schneider, der am Deutschen Wörterbuch der Brüder Grimm arbeitet, um die Rang- und Reihenfolge.

„Das schöne alte Wort Labsal steht ganz oben auf der Liste“, schreibt Mrozek in einem Rückblick auf diese Qual der Wahl. (Das war zudem auch sein persönlicher Favorit, verrät er im Gespräch und fügt mit ironischem Unterton hinzu: „Die heutige Übersetzung dafür könnte Wellness lauten. Oder denken Sie an das schöne Wort Kurschatten. Hoffentlich wird daraus nicht eines Tages Wellness-Shadow...“)

> Vom Schlüpfer zum Kleinod

„Auch der Luftikus hat seine Fürsprecher, scheidet aber aus. Am Wort Fracksausen, ein von der modernen Kleiderordnung abgeschafftes Lampenfieber, scheiden sich die Geister: Die Norddeutschen halten das Wort für veraltet, doch die Vertreterin des alten Österreichs hat es noch im aktiven Wortschatz. Un-Wörter wie Ungemach oder unflätig fliegen raus, ebenso der Liebestöter.“ Ist eben alles Geschmackssache... Mal entscheidet der Wohlklang eines Wortes, mal die inhaltliche Schönheit. Schließlich steht die Liste der Top Ten fest: Schlüpfer auf Platz 10, weil es ein „durch und durch ehrliches Wort“ ist. „Das als String-Tanga oder Boxershirt entfremdete und sprachlich wie symbolisch oft überhöhte Kleidungsstück wird

> Info

Amtsschimmel

Ebenso wie der Büro- und der Paragraphenhengst bevorzugt dieses Pferd eine natürliche Umgebung aus Yuccapalmen und Topfpflanzen und ernährt sich bevorzugt von Heftklammern und Ringlochverstärkern... Das Wort hat allerdings nichts mit verschimmelten Akten oder berittenen Amtsmännern zu tun. Sprachhistoriker leiten es von einem simile (lateinisch für ähnlich) genannten Standardformular der österreichischen Monarchie her, das ursprünglich bürokratische Prozesse beschleunigen sollte. Dies lief irgendwann schief, wie der Seufzer aus dem Volksmund belegt: Von der Wiege bis zur Bahre: Formulare, Formulare...“

(Lexikon der bedrohten Wörter, Rowohlt Taschenbuch Verlag, 2007)

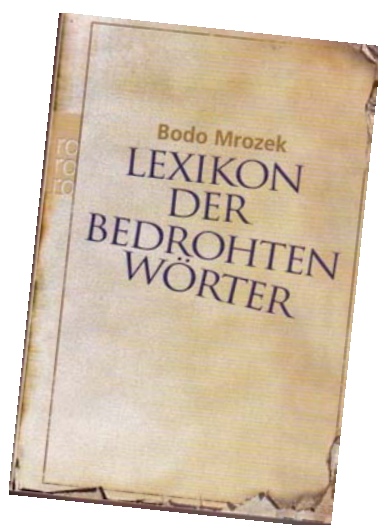
mit dem Wort Schlüpfer gewissermaßen geerdet, auch schwingen Kindheitserinnerungen mit.“ Dann folgen hold (Platz 9), Lichtspielhaus (8), fernmündlich (7), Augensterne (6), bauchpinseln (5), Labsal (4), Dreikäsehoch (3) und blümerant (2) – Sieger wird das Kleinod. „Das Wort ist sehr alt“, heißt es in der Begründung, „schon im Mittelalter war ein Kleinod die Zierde an einem Ritterhelm.“ Die Insignien eines Königs nannte man die Reichskleinodien; das Kleinod konnte aber auch ein Geschenk oder

welche und wie viele Wörter seit der ersten Duden-Ausgabe im Jahr 1880 das Standardwerk wieder verlassen mussten.

Manchmal meint es das Schicksal aber auch gut mit bedrohten Wörtern. So fand die zunächst verloren gegangene Petitesse in einer Rede Willy Brandts in den 70er-Jahren wieder Verwendung – und danach den Weg zurück in den allgemeinen Sprachschatz.

Mrozek legt Wert auf die Feststellung: „Ich bin kein verbissener Sprachschützer, eher jemand, der den kreativen Umgang mit Sprache will. Sprache sucht sich ihre Wege.“ Auch der Wettbewerb sei kein heimliches Plädoyer für eine Wende zum Sprachnationalismus – vielmehr ein Bekenntnis zur Internationalität der deutschen Sprachgeschichte. Der Wettbewerb, glaubt der Autor, werde das Wörtersterben zwar nicht aufhalten, „aber vielleicht einige Sprachschichten und -geschichten freilegen und das Interesse auf den Bedeutungswandel der deutschen Sprache und die Schönheit mancher Wörter lenken“.

Dazu könnte auch seine jüngste Idee beitragen: ein Wörterfriedhof. Dort, so stellt sich der Sprachenthusiast vor, sollten Gedenksteine mit bedrohten Wörtern herumliegen, und die Besucher könnten sich die Wortbedeutungen „erwandern“. Zur Finanzierung des Wörtergedenkens könnten sich verschiedene Seiten zusammentun – öffentliche Hand, Stiftungen, Public Private Partnership und private Wortpaten. Mrozek's Appell: „Wenn also eine Stadt oder Gemeinde ihren alten Kirchhof kulturell beleben oder ein wenig besuchter Schlosspark um eine Attraktion reicher gemacht werden soll – warum nicht?“ Auch dort könnte dann das Motto lauten: „Pfui allen hässlichen Gewerben, an denen Wort und Wörter sterben.“ *cok*



eine Abgabe sein. Immer aber geht es dabei um etwas Wertvolles. Zwar kennt der Duden das Wort noch, aber nur die wenigsten Zeitgenossen dürften es noch im aktiven Wortschatz haben, bedauert Mrozek.

> Duden sortiert aus

Apropos Duden. Das „Standardwerk zu allen Fragen der Rechtschreibung“ will den aktuellen Gebrauch der Sprache abbilden. „Dafür rennt der Duden den Leuten hinterher – nicht umgekehrt“, meint Mrozek. „Der Anfangsverdacht gegen ein Wort entsteht beim Lektor – dann wird ausgezählt. Erstmal gilt ein Wort als veraltet, dann als veraltet und dann fliegt es raus.“ Aber die „Ausortierten“ werden nirgends gesammelt, es gibt bislang in Deutschland kein Wörterbuch aussterbender Wörter, sogenannter Archaismen. Und so weiß derzeit leider niemand,



Entdecken Sie die Banken mit den zufriedensten Kunden.

Zum 14. Mal in Folge die Bankengruppe mit der höchsten Kundenzufriedenheit: die freundlichen und fairen Sparda-Banken. Werden Sie zufriedener Kunde.



www.sparda.de
Telefon:
0800 999 700
(gebührenfrei)

Sparda-Banken

freundlich & fair

COUPON

☐ **Ja, ich will Ihre Banken entdecken.**
Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach –
Coupon ausfüllen und einsenden an die Service-Agentur der Sparda-
Banken, Postfach 106, 98751 Wädgassen, Fax 0 68 34 / 24 20-45

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

Telefon (gebührenfrei)

0800

> Trauer um getötete Polizisten

Mit Trauer und Bestürzung haben die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) und die Bundespolizeigewerkschaft (bgv) auf den Tod von drei Kollegen in Afghanistan reagiert. Beide Gewerkschaften forderten, das Attentat zum Anlass zu nehmen, Auslandseinsätze der Polizei auf andere Grundlagen zu stellen. So hält es die bgv grundsätzlich für falsch, dass der Einsatz von Polizisten in Krisengebieten bislang keiner Zustimmung des Deutschen Bundestages bedarf. Auch dürfe am Grundsatz der Freiwilligkeit für solche Einsätze nicht gerüttelt werden. Aus Sicht der DPoIG sollten die Vorbereitungen auf Auslandseinsätze in Zukunft noch gründlicher der konkreten Gefährdungslage angepasst und die Ausstattung aller in Krisengebieten eingesetzten Sicherheitskräfte weiterhin optimiert werden. ■

> DVG

Perspektiven schaffen

Die anstehenden Reformen im Beamtenrecht dürfen nicht zu einer Sparbaustelle werden. In diesem Punkt waren sich die Mitglieder des Bundesvorstandes der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) und der Vorsit-



> Raimund Pickel,
Bundesvorsitzender der DVG

zende der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK), der Berliner Innensenator Erhart Körting, bei ihrem Zusammentreffen am 10. August 2007 in Berlin einig. Der DVG-Bundesvorsitzende Raimund Pickel äußerte in diesem Zusammenhang auch die Hoffnung, „dass die Länder ihre neuen dienstrechtlichen Kompetenzen dazu nutzen, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu verbessern und Perspektiven

zu schaffen.“ Im Mittelpunkt des Gesprächs standen zudem die Auswirkungen, die die Föderalismusreform, insbesondere auf die Arbeitssituation der Beschäftigten der allgemeinen inneren Verwaltung der Länder haben wird. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit, einen leistungsfähigen und attraktiven öffentlichen Dienst auch in der Zukunft zu erhalten. Die DVG gab zu bedenken, dass bereits in wenigen Jahren geeignete und leistungsbereite Schulabgänger wegen der besseren Verdienstmöglichkeiten verstärkt in die freie Wirtschaft gehen würden und der öffentliche Dienst gezwungen sein könnte, auf weniger qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zurückzugreifen.

Unverzichtbar sei es auch, dass nach der in der Föderalismusreform neu geregelten Übertragung der Kompetenzen im Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht auf die Länder und den Bund, Standards erhalten werden, welche die von den öffentlich Bediensteten geforderte Mobilität ermöglichen. „Wir brauchen neben bundeseinheitlichen Altersgrenzen und der gegenseitigen

Anerkennung der Laufbahnbefähigung auch Regelungen über die Verteilung der Versorgungsverpflichtungen bei einer Versetzung“, stellte DVG-Chef Raimund Pickel klar. ■

> dbb hamburg

Beihilfe schneller bearbeiten

Der dbb hamburg hat zu lange Bearbeitungszeiten der Beihilfeanträge von Beamten kritisiert. Das Zentrum für Personaldienste (ZPD), das für die Erstattung zuständig ist, sei „hoffnungslos überlastet“, erklärte der Vorsitzende des dbb Landesbundes, Rudolf Klüver, am 26. Juli 2007. Die Bearbeitung der Anträge dauere seit Beginn des Jahres 2007 im Schnitt nicht unter vier Wochen. Für die Stadt Hamburg bedeute dies einen „nicht un-

ansehnlichen Zinsgewinn. Das führe dazu, dass die Beamten ihre Arztrechnungen, für die sie die Beihilfe erhalten, nicht pünktlich bezahlen können, kritisierte Klüver. Eine Beamtin in der Finanzbehörde warte sogar schon seit 60 Tagen auf Erstattung. Der Grund soll ein



> Rudolf Klüver, Vorsitzender
des dbb hamburg

nicht ausgereiftes Computersystem sein, das per Hand mit Daten „gefüttert“ werden müsse. Klüver: „Ich mache den Beschäftigten im ZPD keinen Vorwurf. Sie tun ihr Bestes.“ ■

> Erfolgsbeteiligung auch für Beamte

Die dem Deutsche Bahn-Konzern zugewiesenen Beamtinnen und Beamten werden die im Rahmen des Entgeltabschlusses 2007 vereinbarte zusätzliche Erfolgsbeteiligung ebenfalls erhalten. Damit wird die entsprechende Forderung der GDBA erfüllt, wie die Verkehrsgewerkschaft am 17. Juli 2007 mitteilte. Die Erfolgsbeteiligung laut Tarifabschluss 2007 beläuft sich auf einmalig 600 Euro. Allerdings muss für die zugewiesenen Beamtinnen und Beamten die Höhe dieser Zahlung noch um den sozialversicherungsrechtlichen Anteil gemindert werden, sodass sich eine Sonderzahlung von 480 Euro ergibt. ■

> Besoldungsanpassung in Bayern

Die Erhöhung der Amtsbezüge der bayerischen Beamten – drei Prozent mehr zum 1. Oktober 2007 – wird vom Bayerischen Beamtenbund (BBB) begrüßt. „Eine längst überfällige Anpassung“, sagte BBB-Vorsitzender Rolf Habermann am 7. August 2007 zu der Ankündigung von Ministerpräsident Edmund Stoiber. ■

> Telemediengesetz ändern

Im Zusammenhang mit dem drastischen Anstieg von Internet-Mobbing gegen Lehrer fordert der Deutsche Philologenverband (DPPhV) eine umfassende Nachbesserung des am 1. März 2007 in Kraft getretenen Telemediengesetzes (TMG).

> dbb mecklenburg-vorpommern

Dienstrecht fortentwickeln

Hauptthema des Antrittsgesprächs, zu dem der neue Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, am 5. Juli 2007 mit Ministerpräsident Harald Ringstorff zusammentraf, war die Fortentwicklung des Dienstrechts. Ringstorff sprach sich für einheitliche Regelungen in den norddeutschen Bundesländern aus sowie für den Einklang zwischen Besoldung und Vergütung. Der Ministerpräsident bedauerte, dass es im Prozess der Föderalismusreform nicht gelungen sei, das Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht für Landesbeamte bundeseinheitlich zu belassen: „Ich hoffe

aber, dass es unter den norddeutschen Ländern gelingt, einheitliche Regelungen zu vereinbaren.“ Er bekräftigte den Willen der Landesregierung, den Einklang zwischen



> Dietmar Knecht, Vorsitzender des dbb mecklenburg-vorpommern

Besoldung und Vergütung zu wahren und die Angleichung der Einkommen an die Einkommen West zu den vorgesehenen Terminen vorzunehmen.

> Ausstieg aus Fremdvergabe

Die Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM begrüßt, dass die Deutsche Post AG bei der Gewährleistung der Sicherheit in Paketzentren ab sofort auf eigene Beschäftigte zurückgreift. In den bisher fertiggestellten und geplanten 29 Security- und Servicepoints sollen im Schnitt 4,7 Vollzeitmitarbeiter eingesetzt werden, teilte die Gewerkschaft am 18. Juli 2007 mit.

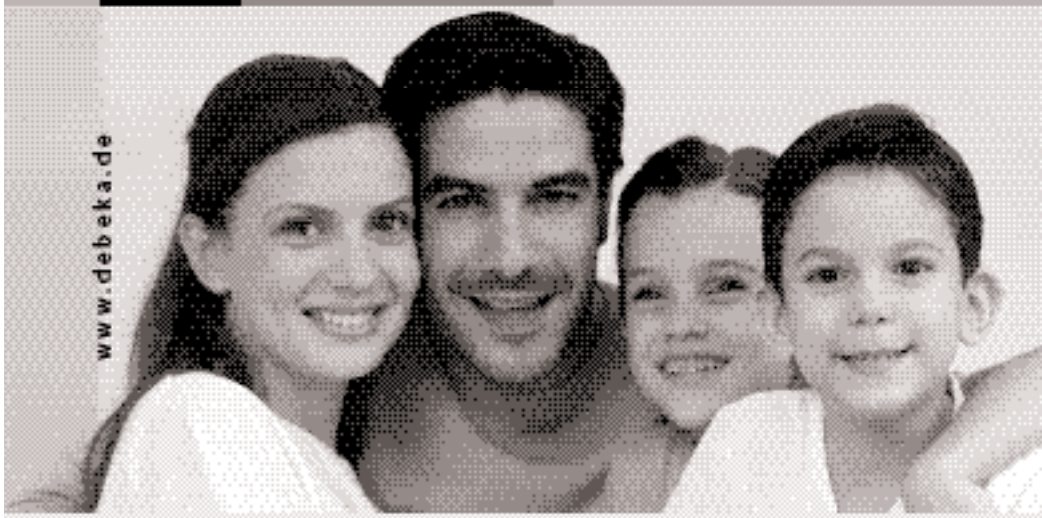
> Pensionsfonds ist richtiges Signal

Die von der Landesregierung beschlossene Schaffung eines Pensionsfonds für die niedersächsischen Landesbeamtinnen und -beamten ab 2010 ist vom Landesbund des dbb als „richtiger Weg“ begrüßt worden. „Die Landesregierung setzt damit später als von uns gefordert, aber gerade noch rechtzeitig eine alte Forderung von uns um“, sagte der niedersächsische dbb Chef Friedhelm Schäfer am 20. Juli 2007 in Hannover. Beim Landeshaushalt 2008 gehe es insgesamt um „eine solide Finanzpolitik, die die Nachhaltigkeitswirkung im Blick behält, denn eine solche ist die Voraussetzung für Planungssicherheit in der Zukunft“, so Schäfer weiter.



ihre Krankenversicherung





Höchste Zeit, ...

... dass Sie sich von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen: bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, keine Rezeptgebühren, Heilpraktikerbehandlung ...

Und sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 4 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

Erhöhen. Sicher. Günstig.

Debeka
Krankenversicherungsverein a. G.
Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz
Telefon (0261) 498-0

Debeka

> BGVÖD

Leistungsfähigkeit erhalten

Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BGVÖD), Dr. Klaus Walter, hält die Schaffung tariflicher Eingruppierungen und Einstu-



> Dr. Klaus Walter, Bundesvorsitzender des BGVÖD

fungen, die Ärztinnen und Ärzte bei den Gesundheitsämtern und der Gesundheitsverwaltung ihren Kolleginnen und Kollegen an Krankenhäusern und Unikliniken gleichstellen, für dringend notwendig. Bereits heute drohen die Folgen der zu niedrigen Bezahlung der Ärztinnen und Ärzte der Gesundheitsämter zu einer ernstesten Personalknappheit zu führen. Eine von den BGVÖD-Landesverbänden durchgeführte Befragung habe ergeben, dass überall im öffentlichen Gesundheitsdienst Mediziner-mangel herrsche. Der Hauptgrund sei, dass die Bezahlung nicht attraktiv ist. „Wer 500 bis 1 000 Euro pro Monat bei einem Stellenwechsel einbüßt, wird sich schwerlich für eine solche Stelle entscheiden“, erklärte Walter. ■

> Digitalfunknetz

Bei der Einführung des bundesweiten Digitalfunknetzes, an dem auch der Zoll teilnimmt, kommt es zu Verzögerungen. Medienberichten zufolge geht die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) davon aus, statt im Jahr 2010 erst 2013 ein flächendeckendes Netz in Betrieb nehmen zu können. Das Bundesinnenministerium hält hingegen an dem Terminplan fest. Der BDZ reagierte mit Unverständnis auf die Verzögerungen. ■

> DPoIG

Mehr Sicherheit für Autobahnpolizei

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat die Arbeitsbedingungen für Polizisten auf deutschen Autobahnen als „unzumutbar“ bezeichnet. Verkehrsunfälle an Bau-, Unfall- und sonstigen Gefahrenstellen gehören zum Alltag der Autobahnpolizei, erklärte die Gewerkschaft am 1. August 2007. So ereignen sich jedes Jahr mehr als 1 000 Unfälle mit Personenschaden in Baustellenbereichen. Grund sei häufig die überhöhte Geschwindigkeit, mit der Autofahrer auf Gefahrenstellen zufahren. „Wichtig ist es deshalb, die Verkehrsteil-



> Wolfgang Speck, Bundesvorsitzender der DPoIG

nehmer so früh wie möglich auf Unfall- und Gefahrenstellen aufmerksam zu machen“, sagte der DPoIG-Bundesvorsitzende Wolfgang Speck. Polizistinnen und Polizisten seien bei Unfällen auf Autobahnen besonders gefährdet, weil sie in ihrer Dienstkleidung nur sehr schwer auszumachen sind. Bei Feuerwehr, ADAC und Autobahnmeisterei sei es Standard,

> Kontenabruf konsequent

Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Dieter Ondracek, hat die am 12. Juli 2007 veröffentlichte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts begrüßt, wonach das Abfragen von Kontenstammdaten durch die Steuerverwaltung rechtmäßig ist. Das höchste deutsche Gericht hatte mehrere Klagen gegen den automatisierten Kontenabruf weitgehend abgewiesen. ■

> Besoldungserhöhung

Mit dem Beschluss zur Besoldungserhöhung am 12. Juli 2007 haben die Landespolitiker in Sachsen-Anhalt nach Einschätzung des dbb Landesbundes „verloren gegangene Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit zurückgewonnen“. Das sagte der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Maik Wagner, zu der Entscheidung des Parlaments. ■

> Kritik und Lob für Landesregierung

Lobend hat sich der dbb nrw zur geplanten Aufstockung der Versorgungsrücklage geäußert. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Helmut Linssen hatte bei der Vorstellung des Nachtragshaushalts 2007 und des Haushaltsentwurfs 2008 angekündigt, dass die Versorgungsrücklage noch im Jahr 2007 um 680 Millionen Euro aufgestockt wird. Auf Kritik stieß dagegen, dass die Besoldungsanpassung der Beamten und Versorgungsempfänger von 2,9 Prozent erst ab 1. Juli 2008 kommen soll. ■

dass die Dienstkleidung auffällig reflektierende Streifen in Arm- und Beinbereich hat. Bei der Polizei verzichte man auf sichere, oft lebensrettende Dienstbekleidung. Zur Standardausführung der Dienstfahrzeuge müssten auch hydraulische Dachaufbauten gehören, die Verkehrszeichen und polizeiliche Verkehrsanordnungen in Form von Piktogrammen zeigen. ■

> VdB

Widerspruch einlegen

Die VdB-Bundesbankgewerkschaft empfiehlt, gegen bestimmte Beihilfebescheide Widerspruch einzulegen. Gleichzeitig wurde die Bank aufgefordert, die Beihilfeberechtigten von Amts wegen auf diesen Sachverhalt hinzuweisen. Hintergrund ist ein erstinstanzliches Urteil des



> Karl-Heinz Schmidt, Bundesvorsitzender des VdB

Verwaltungsgerichtes Aachen vom 24. Mai 2007, wonach nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel beihilfefähig sein können, teilte die Gewerkschaft am 6. August 2007 mit. Der Sachverhalt liegt dem Bundesverwaltungsgericht zur Entscheidung vor. Nach den geltenden Beihilferichtlinien ist die Gewährung einer Beihilfe auf nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel grundsätzlich nur in Ausnahmefällen möglich. Eine Änderung ist nicht vor April 2008 zu erwarten. ■

> dbb Landesbünde und Fachgewerkschaften

Längere Lebensarbeitszeit für Bundesbeamte

Auf die Diskussion um eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die rund 360 000 Beamten, Soldaten und Richter des Bundes von derzeit 65 auf 67 Jahre bis zum Jahre 2029, haben Landesbünde und Fachgewerkschaften des dbb reagiert.

Der Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW) forderte die Landesregierung umgehend auf, bei der „Pension mit 67“ dem Vorgehen des Bundes zu folgen: Im Grundsatz habe sich der BBW seit Beginn der Diskussion einer Anhebung der Altersgrenze auch für Beamte nicht widersetzt, für Baden-Württemberg jedoch stets eine Regelung gefordert, die im Gleichklang mit der Anhebung des Rentenalters einhergehe, stellte BBW-Chef Volker Stich am 14. August in Stuttgart klar.

„Mehr Weitsicht“ im Umgang mit den Beamten und Versorgungsempfängern des Landes erhofft sich der Bayerische Beamtenbund (BBB). Wenn es soweit sei, ein bayerisches Versorgungs- und Dienstrecht zu schaffen, müssten klügere Entscheidungen fallen, so die erste Reaktion des BBB-Vorsitzenden. „Wir brauchen intelligente Lösungen und keinen populistischen Angleichungsaktivismus, wenn wir dem demographischen Wandel wirksam begegnen wollen“, sagte Rolf Habermann am 14. August in München. Wichtiger als die statische Anhebung des Ruhestandsalters sei es, einen flexiblen Übergang zu ermöglichen. „Wer länger arbeiten will und kann, soll dies auch dürfen. Wer körperlich nicht mehr in der Lage ist, im Dienst zu verbleiben, darf nicht unverhältnismäßig zur Kasse gebeten werden.“

Kritisch ist auch die Reaktion des dbb schleswig-holstein (dbb sh). Zwar gebe es in Schleswig-Holstein noch keinen entsprechenden Gesetzesentwurf, dem Vernehmen nach plane das Finanzministerium aber die Regelungen wirkungsgleich zu übertragen: „Diese Ankündigung findet nicht unsere Zustimmung“, sagte Landesbundvorsitzende Anke Schwitzer am 14. August in Kiel. „Beim ersten Hinhören klingt die Begründung, Pensions- und Rentenalter dürften nicht auseinander klaffen, logisch; nach dem ersten Nachdenken hingegen wird klar, dass sehr differenziert an die Sache herangegangen werden muss.“ Gleichwohl seien aber flexible Lösungen denkbar: „Es sollte sehr wohl eine Möglichkeit geschaffen werden, auf freiwilliger Basis bis 67 zu arbeiten. Dies kann in einigen Laufbahnen oder bei Berücksichtigung individueller Lebensbiografien durchaus Sinn machen. Die Alterssicherung muss auch im öffentlichen Dienst attraktiv bleiben, um den in Zukunft dringend benötigten qualifizierten Nachwuchs gewinnen zu können.“

Auch beim dbb nordrhein-westfalen (dbb nrw) rechnet man mit einer zeitnahen Übertragung der Bundesregelung auf Landesrecht bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit: „Wir haben die Erfahrung gemacht: Was auf Bundesebene praktiziert wird, das wird auch im Land versucht“, prognostizierte dbb Landeschef Ralf Eisenhöfer am 14. August im Westdeutschen Rundfunk (WDR). Eisenhöfer kündigte zugleich an, im Fall einer Übertragung der Regelung „Ausnahmen für einzelne Beamtengruppen auszuhandeln“.

Dass es in bestimmten Berufssparten ohne Flexibilität bei der Pensionsgrenze nicht geht, meint auch die Deutsche Poli-

zeigergewerkschaft (DPoLG): „Das ist ein Angriff des Bundesinnenministers auf die Gesundheit der Bundespolizistinnen und Bundespolizisten“, sagte der in der DPoLG für die Bundespolizei zuständige Vorsitzende des DPoLG-Fachverbandes Bundespolizei Hans-Joachim Zastrow. „Die Bundespolizei leistet ihren schweren Schicht- und Wechselschichtdienst 24 Stunden rund um die Uhr, und das mit über 70 Prozent niedrig bezahlten Polizeibeamtinnen und -beamten im mittleren Dienst, unter dieser Belastung sind schon heute viele Kollegen gesundheitlich angeschlagen und müssen vor dem Erreichen

des Pensionsalters von 60 Jahren den Dienst quittieren.“

Auch bei der Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ hat das Vorhaben des Bundesinnenministers Protest ausgelöst. Der BDZ werde nach dem Spardiktat der letzten Jahre weitere empfindliche Einbußen nicht widerspruchslos hinnehmen, stellte der Bundesvorsitzende Klaus-Hilger Leprich unmissverständlich klar. Die angeblich „wirkungsgleiche Übertragung“ der rentenversicherungsrechtlichen Regelung auf das Dienstrecht sei „ein einziger Etikettenschwindel“. Der BDZ fordert eine besondere Lösung für die Vollzugskräfte des Zolls.

> GDL

Kompromiss erzielt

Die DB hat sich am 28. August 2007 endlich bereit erklärt, mit der GDL über einen eigenständigen Tarifvertrag zu verhandeln und diesen bis zum 30. September 2007 abzuschließen. Damit hat die GDL ein wichtiges Ziel in den Moderatorenverhandlungen erzielt. Der nun zu verhandelnde Tarifvertrag soll zunächst ausschließlich Entgelt- und Arbeitszeitregelungen für Lokomotivführer beinhalten. „Wir bewerten das Ergebnis des Moderatorenverfahrens als ausgewogenen Kompromiss. Er beinhaltet Licht und Schatten“, so der GDL-Bundesvorsitzende Manfred Schell in Berlin.

Die GDL hat die Forderung der Einbindung des Zugbegleitpersonals in den eigenständigen Tarifvertrag im Moderatorenverfahren nicht aufrecht erhalten können. „Wir werden dem Arbeitgeber und der Tarifgemeinschaft Transnet/GDBA (TG) unseren Tarifvertragsentwurf mit der Forderung nach höheren Einkommen und verbesserten Arbeitszeitregelungen übersenden.



> Manfred Schell, Vorsitzender der GDL

Dieser Entwurf beruht auf dem Entwurf des eigenständigen Fahrpersonaltarifvertrages vom 19. März dieses Jahres“, so Schell weiter. Die GDL werde alles unternehmen, um das Zugbegleitpersonal in gleichem Umfang am Abschluss des eigenständigen Tarifvertrages für Lokführer partizipieren zu lassen. Um dies zu erreichen, wird die GDL entsprechend der zwischen dem Arbeitgeber und den Gewerkschaften geschlossenen Erklärung über Entgelt und Arbeitszeitregelungen in enger Abstimmung mit der TG verhandeln. Während der Verhandlungen, die bis zum 30. September 2007 abgeschlossen sein sollen, herrscht Friedenspflicht.

► Dass nicht vertilgtes Unkraut

die größte Schmach des Hobbygärtners darstellt, ließ einen 38-jährigen Wuppertaler nicht länger ruhig schlafen. Mitten in der Nacht rückte er schließlich dem Wildwuchs vor seiner Garage mit einem Propangasbrenner zuleibe. Der Erfolg der Aktion dürfte nicht ganz in seinem Sinne gelegen haben. Binnen kurzem standen nämlich die Garage und darin ein Auto und zwei Motorräder in Flammen. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte die Fahrzeuge nicht mehr retten. Der Schaden des Gartenbesitzers beläuft sich auf viele tausend Euro.

► **20 Prozent** aller einjährigen Kinder hocken regelmäßig vor dem Fernseher. Bei den Dreijährigen sind es bereits 90 Prozent. Das hat eine Studie ergeben, die das internationale Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) im Auftrag der Zeitschrift „Eltern“ durchgeführt hat. Untersucht worden ist der Fernsehkonsum von Kindern im Alter zwischen null und fünf Jahren. Bundesweit sind dafür knapp 750 Mütter befragt worden, die als häufigste Begründung angaben, gemeinsam mit dem Nachwuchs fernzusehen und das Kuscheln zu genießen. Die zweithäufigste Begründung: Die Mütter nutzen die Flimmerkiste als Babysitter, um ungestört ihre Hausarbeit erledigen zu können.

► **Klicker, Klamotte** und Elvira Klawitter sind wieder da. Dreißig Jahre lang waren die Marionetten der Augsburger Puppenkiste verschwunden, die kürzlich von einem Fan aus Dortmund in einem Keller in Ottobrunn gefunden wurden. Hase Klicker, Hund Klamotte und die Schildkröte Elvira Klawitter wurden restauriert und neu gefädelt und sind seit ein-

gen Wochen bereits wieder im Augsburger Puppentheatermuseum zu bewundern. 1976 war das Trio aus der Fernsehserie „Kli-Kla-Klawitterbus“ nach Dreharbeiten nicht mehr auffindbar gewesen. Nachforschungen, die bis nach Los Angeles geführt hatten, waren ergebnislos geblieben.

► **Eine zahme Krähe** namens Samy war ihrem Besitzer – einem elfjährigen Jungen – entflohen und saß zeternd in einem Baum. Eine Polizeistreife wurde auf den weinenden Krähenbesitzer aufmerksam, der den Beamten erklärte, der Vogel könne in der freien Natur keine Nahrung finden, deshalb müsse er zu ihm zurück. Kurz



schlagen auf der Hitliste des Jahres 2006 liegen Lotte und Ryan. Doch auch exotische Vornamen sind im Kommen. Pumuckel ist inzwischen als zweiter Vorname gestattet, und Emma Tiger ebenfalls. Sogar Emilie-Extra durfte ein Paar in Schleswig-Holstein die Tochter nennen. Was in Deutschland langsam Mode wird, ist in den USA längst ein alter Hut. Wie sang Johnny Cash bereits vor 40 Jahren? A boy named Sue ...

► **Ein dreister Dieb** hat sich nicht damit begnügt, Pflaumen zu stehlen, sondern gleich mehrere Äste des fruchttragenden Baumes im Garten eines Hobbygärtners abge-

Hobbygärt-



Pfund erzielt hat: 35,4 Millionen Pfund oder umgerechnet rund 52,3 Millionen Euro. Einem Bericht in der Zeitung „The Sun“ zufolge hat sie zunächst eine Tasse Tee zur

Beruhigung getrunken und dann beschlossen, ihre kleine Wohnung in der Nähe von Glasgow aufzugeben und in eine Villa in Italien zu ziehen. Arbeiten muss sie ohnehin nicht mehr, denn sie kann künftig ausschließlich von den Zinsen ihres Millionengewinns leben.

► **Wer Wurst heißt**, sollte seinen Filius nicht Hans nennen, und wer Hoffmann heißt, tut seinem Sprössling auch mit dem Vornamen Dustin keinen Gefallen. An die 100 000 Vornamen sind zurzeit in Deutschland im Umlauf. Die beliebtesten sind immer noch Anna und Lukas, Leonie und Leon. Weit abge-

schnitten und entwendet. Der erboste Geschädigte erstattete nicht nur Anzeige gegen unbekannt, sondern meldete den Sachverhalt auch der zuständigen Lokalzeitung, in deren nächster Ausgabe ein Bericht über den Obstfrevel erschien.



Eine aufmerksame Zeugin meldete sich daraufhin bei der Polizei, die einen ihr namentlich bekannten Mann bei der Tatausübung beobachtet hatte: Es handelte sich um den Sohn des Geschädigten, der die Äste des Pflaumenbaumes – ohne Absprache mit dem Vater – abgeschnitten hatte, damit er besser Rasen mähen konnte. sm

Großer Fotowettbewerb – gleich mitmachen!

Ich suche Ihr schönstes Blumen-Foto für die neue Blumen-Briefmarke!

Einsendeschluss ist
der 30.09.2007!



Foto einschicken
und gewinnen!

Schicken Sie mir Ihr schönstes Blumen-Foto – und mit etwas Glück wird es das Motiv von Deutschlands neuer Blumen-Briefmarke! Den Gewinner des 1. Preises begrüße ich zudem persönlich in meiner „Wetten, dass...?“-Sendung.

Einfach Blumen-Foto mit Ihrer Adresse einsenden an:
Deutsche Post AG, Thomas Gottschalk, Postfach 81 08, 33307 Gütersloh.

Weitere Informationen erhalten Sie per Telefon
unter 0180 3 246868* oder im Internet: www.ihreblume-ihremarke.de

Teilnahmebedingungen: Mit der Einreichung Ihres Blumen-Fotos geben Sie Ihr Einverständnis, dass alle Rechte zur Veröffentlichung unentgeltlich an die Deutsche Post AG übergehen. Eine Rücksendung Ihres Fotos oder der Daten ist nicht möglich. Die ausgewählten Gewinner erhalten eine schriftliche Benachrichtigung. Mitwirkende sind dementsprechend der Deutschen Post AG und ihrer Tochterunternehmen und von der Teilnahme ausgeschlossen. Es können nur volljährige Personen am Gewinnspiel teilnehmen. Der Rechtsweg sowie die Barauszahlung der Gewinne sind ausgeschlossen. Einsendeschluss ist der 30.09.2007 (Poststempel ausschlaggebend).

*Stimme angefangene 60 Sek. im Festnetz der Deutschen Telekom

Deutsche Post 

PHILATELIE